

# Monatsbericht des BMF Mai 2011





Monatsbericht des BMF Mai 2011

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

#### □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2011	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	34
Analysen und Berichte	36
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011	37
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2011	
Ergebnisse des Treffens der G7- und G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der	
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank	
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010	
Statistiken und Dokumentationen	91
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	93
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	127

#### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

die anhaltend günstige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wirkt sich auch auf die Einnahmen des Staats aus. Das zeigen die Ergebnisse der 138. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", die in diesem Monatsbericht dokumentiert werden. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2011 bis 2015. Dabei haben sich für den Bundeshaushalt im Vergleich zum Eckewertebeschluss vom 16. März 2011 Mehreinnahmen in Höhe von durchschnittlich rund 5 1/2 Mrd. € pro Jahr im Zeitraum 2012 bis 2015 ergeben.

Es darf jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Mehreinnahmen haushalterische Spielräume eröffnen. Im Gegenteil: Um den Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse auch dauerhaft zu entsprechen, muss der eingeschlagene Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt werden. Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten sollten wir konjunkturell bedingte Mehreinnahmen in erster Linie zum Abbau der Neuverschuldung nutzen, anstatt sie zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben zu verwenden. Zudem sind in Zukunft neue finanzpolitische Anforderungen zu bewältigen, die in den Haushaltseckwerten vom 16. März noch nicht berücksichtigt sind, wie etwa der deutsche Beitrag für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus zum Schutz des Euro. Darüber hinaus sind beispielsweise Belastungen für den Bundeshaushalt infolge des mittlerweile ansteigenden Zinsniveaus denkbar.

Ein internationaler Vergleich der Steuerund Abgabenquote zeigt: Deutschland ist gut positioniert. Die deutsche Steuerquote ist im Jahr 2010 im Vergleich zu 2009 leicht gesunken. Sie verbleibt damit auf relativ niedrigem Niveau. Bei einer Betrachtung der Abgabenquoten – welche sowohl die



Steuerbelastung als auch die Beiträge zur Sozialversicherung in Relation zum BIP erfassen – kann die deutsche Abgabenquote im internationalen Vergleich als relativ moderat bezeichnet werden. Insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich ist die Abgabenquote vergleichsweise deutlich höher, während die USA, Irland, Japan, die Slowakei und Griechenland relativ niedrige Abgabenquoten aufweisen. In Deutschland reflektiert die relativ hohe Belastung durch Sozialabgaben auch ein hoch entwickeltes Sozial- und Alterssicherungssystem. Als Produktionsstandort ist Deutschland attraktiv. Die nominale Steuerbelastung in Deutschland versteuerter Gewinne liegt im oberen Mittelfeld der EU-Staaten.

Anlässlich der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vom 14. bis 17. April 2011 in Washington wurde die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von den internationalen Organisationen wie auch den Partnerländern ausdrücklich positiv beurteilt. Dies gilt sowohl für die Ausgewogenheit des deutschen Wachstums als auch für die Entwicklung des Arbeitsmarkts und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Schwerpunkte der Diskussion waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft sowie die Reform des internationalen Währungssystems. Hierbei spielt Deutschland zusammen mit Mexiko als Vorsitzländer der entsprechenden G20-Arbeitsgruppe eine zentrale Rolle. Wichtige Fortschritte konnten

#### □ Editorial

etwa zum Umgang mit internationalen Kapitalströmen, beim Aufbau lokaler Anleihe- und Kapitalmärkte sowie bei der Erweiterung des den Sonderziehungsrechten des IWF zugrundeliegenden Währungskorbs erzielt werden. Erörtert wurden darüber hinaus das Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ("G20 Framework for Growth"), die Lage an den Rohstoffmärkten und Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung.

Ein Blick in den "World Economic Outlook" des IWF zeigt: 2010 war in den Schwellenländern ein robustes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Aussichten für 2011 sind weiterhin gut. Wachstumsmotoren sind insbesondere in Asien vor allem China, Indien und Indonesien. Allerdings werden in vielen Schwellenländern auch angesichts steigender Kapitalzuflüsse zunehmend

Überhitzungstendenzen gesehen. Somit besteht für viele Schwellenländer die Herausforderung, der Inflationsentwicklung mit einer angemessenen Finanz- und Geldpolitik entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang ist die Ursache der Inflation entscheidend: So ist ein Preisanstieg aufgrund steigender Weltmarktpreise von Rohöl und Nahrungsmitteln anders zu bewerten als ein Preisanstieg aufgrund sogenannter Zweitrundeneffekte, die sich auch auf die Lohnentwicklung auswirken.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

#### Ausgabenentwicklung

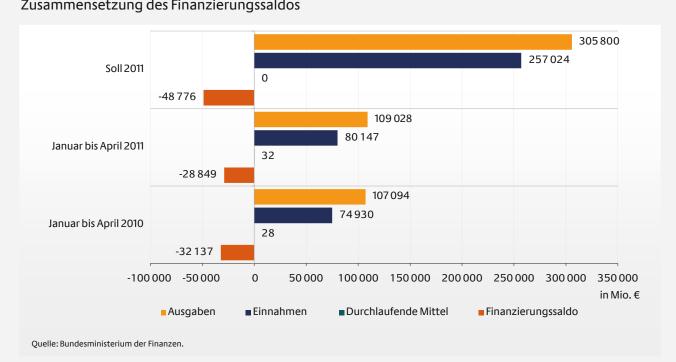
Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich April 2011 auf 109,0 Mrd. €. Sie überstiegen das Ergebnis bis einschließlich April des Vorjahres um 1,9 Mrd. € (+1,8%). Die Ausgabensteigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verteilt

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2011	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis April 2011
Ausgaben (Mrd. €)	305,8	109,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	1,8
Einnahmen (Mrd. €)	257,0	80,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,9	7,0
Steuereinnahmen (Mrd. €)	229,2	71,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	10,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-48,8	-28,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-20,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-48,4	-8,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

#### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entwi	icklung	Ist - Entwi	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar bis A	April 2011	Januar bis A	pril 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	54 227	55 490	17 466	16,0	17 203	16,1	+1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	6 149	2 000	1,8	2 104	2,0	-4
Verteidigung	31 707	32 147	10 220	9,4	10570	9,9	-3
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	6376	2 095	1,9	1 954	1,8	+7
Finanzverwaltung	3 727	4166	1 164	1,1	1 173	1,1	-0
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	16 933	4 603	4,2	3 824	3,6	+20
BAföG	1 382	1 544	695	0,6	572	0,5	+21
Forschung und Entwicklung	8 940	9 471	1 926	1,8	1 759	1,6	+9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	160 005	58 874	54,0	59 654	55,7	-1
Sozialversicherung	78 046	77 655	31 304	28,7	31 474	29,4	-0
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	13 446	5 422	5,0	5 205	4,9	+4
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	34 190	9 803	9,0	11 983	11,2	-18
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	20 400	5 881	5,4	7 756	7,2	-24
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	3 600	1 386	1,3	1 097	1,0	+26
Wohngeld	881	679	288	0,3	309	0,3	-6
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	4389	1 640	1,5	1 576	1,5	+4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	1 748	704	0,6	768	0,7	-8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	1 580	374	0,3	288	0,3	+29
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	2 098	520	0,5	512	0,5	+1
Wohnungswesen	1 356	1 353	467	0,4	434	0,4	+7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	6 497	2 151	2,0	2 323	2,2	-7
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	740	186	0,2	136	0,1	+36
Kohlenbergbau	1319	1 350	1 350	1,2	1319	1,2	+2
Gewährleistungen	805	1 770	140	0,1	259	0,2	-45
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	11 735	2 928	2,7	2 790	2,6	+4
Straßen (ohne GVFG)	6341	5 9 2 6	971	0,9	1 031	1,0	-5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	15 999	4 990	4,6	4 536	4,2	+10
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	5 283	1 464	1,3	1 498	1,4	-2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	3 877	930	0,9	905	0,8	+2
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	35 462	17 121	15,7	15 965	14,9	+7
Zinsausgaben	33 108	35 343	16818	15,4	15 638	14,6	+7
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	109 028	100,0	107 094	100,0	+1

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

sich über zahlreiche Ausgabenpositionen. Hervorzuheben hierbei ist insbesondere der Ausgabenbereich des Gesundheitsfonds.

#### Einnahmeentwicklung

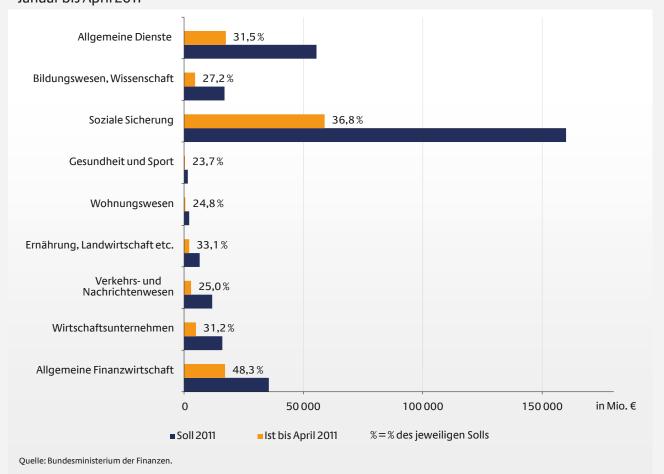
Die Einnahmen des Bundes in Höhe von 80,1 Mrd. € vom Januar bis April 2011 übertrafen das Vorjahresergebnis um 5,2 Mrd. € (+7,0%). Getragen wurde das Ergebnis von den Steuereinnahmen in Höhe von 71,9 Mrd. €. Die Steuereinnahmen lagen um 7,0 Mrd. € (+10,7%) über dem Stand vom April 2010. Hier wirkten Einnahmesteigerungen bei den Steuern vom Umsatz, der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag, der Lohnsteuer und den reinen Bundessteuern. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 8,3 Mrd. € um −17,3% unter dem Ergebnis bis einschließlich April 2010.

Hauptursächlich hierfür war die geringere Abführung des Bundesbankgewinns.

#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen für den Vollzug des Bundeshaushalts 2011 insgesamt ist weiterhin mit einem Schwankungsrisiko behaftet. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von − 28,8 Mrd. € unmittelbar ableiten. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Nettokreditaufnahme des Vorjahres von rund 44 Mrd. € unterschritten werden wird. Nach aktueller Einschätzung wird sogar eine Nettokreditaufnahme von unter 40 Mrd. € als wahrscheinlich angesehen.





FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

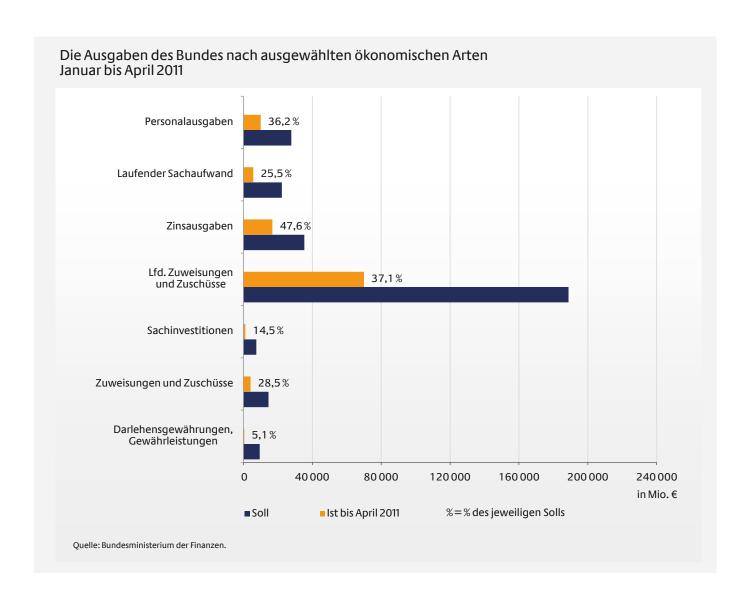
#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2010	2011	Januar bis .	April 2011	Januar bis /	April 2010	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	274 627	102 701	94,2	100 431	93,8	+2,
Personalausgaben	28 196	27 799	10 051	9,2	9 977	9,3	+0,
Aktivbezüge	21 117	20749	7 400	6,8	7 3 3 8	6,9	+0,
Versorgung	7 0 7 9	7 050	2 651	2,4	2 639	2,5	+0,
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	5 700	5,2	6 055	5,7	-5,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	1 350	463	0,4	460	0,4	+0,
Militärische Beschaffungen	10 442	10 429	2 707	2,5	3 0 1 6	2,8	-10,
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	2 5 3 0	2,3	2 5 7 9	2,4	-1,
Zinsausgaben	33 108	35 343	16 818	15,4	15 638	14,6	+7,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	69 993	64,2	68 598	64,1	+2,
an Verwaltungen	14114	15 094	4 655	4,3	4 2 0 4	3,9	+10
an andere Bereiche	180 263	173 662	64356	59,0	65 064	60,8	-1
darunter:							
Unternehmen	24212	25 056	8 403	7,7	7 559	7,1	+11
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	28 159	8 526	7,8	10 438	9,7	-18
Sozialversicherungen	120 831	114657	45 627	41,8	45 343	42,3	+0
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	139	0,1	163	0,2	-14
Investive Ausgaben	26 077	32 330	6 326	5,8	6 663	6,2	-5
Finanzierungshilfen	18 417	24 831	5 236	4,8	5 417	5,1	-3
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	14581	4 1 5 9	3,8	4 0 3 1	3,8	+3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	9 444	481	0,4	740	0,7	-35
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	596	0,5	647	0,6	-7
Sachinvestitionen	7 660	7 499	1 091	1,0	1 246	1,2	-12
Baumaßnahmen	6 242	6014	860	0,8	928	0,9	-7
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	186	0,2	239	0,2	-22
Grunderwerb	503	576	44	0,0	79	0,1	-44
Globalansätze	0	-1 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	303 658	305 800	109 028	100,0	107 094	100,0	+1,

#### Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich April 2011 sind 14,5 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 6,6 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,3 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



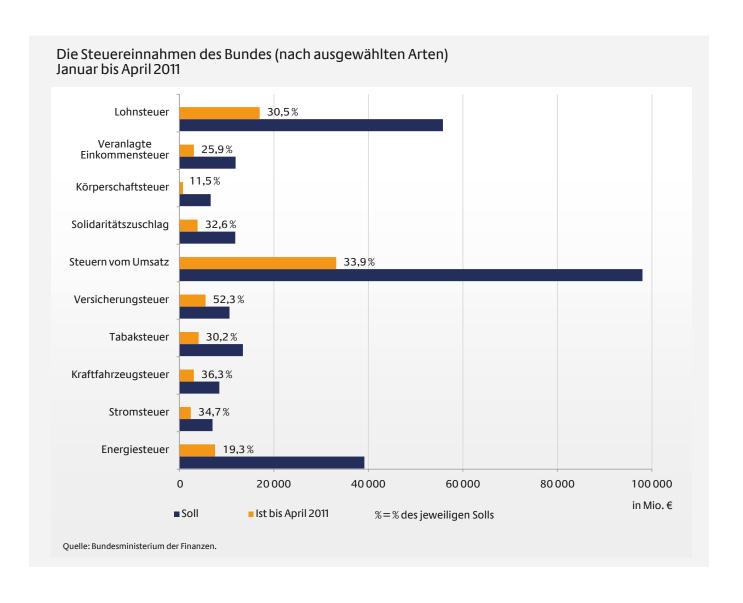
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderund
	2010	2011	Januar bis /	April 2011	Januar bis A	April 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	226 189	229 164	71 856	89,7	64 900	86,6	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	184 183	59 949	74,8	54 672	73,0	+9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup> )	84355	84791	26 449	33,0	24 403	32,6	+8,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	55 781	16 989	21,2	15 878	21,2	+7,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	11 921	3 087	3,9	3 150	4,2	-2,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	6 8 9 5	3 792	4,7	2 233	3,0	+69,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	3 832	3 569	1819	2,3	2012	2,7	-9,
Körperschaftsteuer	6 0 2 1	6 625	762	1,0	1 129	1,5	-32
Steuern vom Umsatz	95 860	97 985	33 203	41,4	30 106	40,2	+10
Gewerbesteuerumlage	1 287	1 407	296	0,4	162	0,2	+82
Energiesteuer	39838	39 142	7 555	9,4	7212	9,6	+4
Tabaksteuer	13 492	13 440	4062	5,1	3 596	4,8	+13
Solidaritätszuschlag	11713	11 850	3 864	4,8	3 692	4,9	+4
Versicherungsteuer	10 284	10 620	5 553	6,9	5 185	6,9	+7
Stromsteuer	6 171	7 030	2 437	3,0	2 007	2,7	+21
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	8 445	3 062	3,8	3 149	4,2	-2
Branntweinabgaben	1 993	1 963	717	0,9	660	0,9	+8
Kaffeesteuer	1 002	1 030	343	0,4	338	0,5	+1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-12 159	-2 996	-3,7	-3 188	-4,3	-6
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-21 870	-7 756	-9,7	-7 275	-9,7	+6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-2 300	- 721	-0,9	-764	-1,0	-5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 877	-6 980	-2 327	-2,9	-2 292	-3,1	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-8 992	-2 248	-2,8	-2248	-3,0	+0
II. Sonstige Einnahmen	33 105	27 860	8 291	10,3	10 030	13,4	-17
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	5 565	2 410	3,0	3 877	5,2	-37
Zinseinnahmen	385	512	79	0,1	94	0,1	-16
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	4247	1 356	1,7	1 775	2,4	-23
Einnahmen zusammen	259 293	257 024	80 147	100,0	74 930	100,0	+7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2011

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im April 2011 im Vorjahresvergleich um + 3,4% gestiegen. Der Bund (nach Verrechnungen) konnte das Ergebnis des Vergleichsmonats sogar um + 4,7% übertreffen. Das kumulierte Aufkommen von Januar bis April 2011 überschritt das Vorjahresniveau insgesamt um + 8,9% (Bund: +11,2%).

Im April schlugen die überwiegend positiven Veränderungsraten bei den gemeinschaftlichen Steuern mit einem aggregierten Aufkommenszuwachs von +2,9% zu Buche.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds, erhöhten sich auch im Berichtsmonat April 2011 aufgrund der verbesserten Beschäftigungslage um +6,8 %. Die Verringerung des Volumens der Kindergeldauszahlungen um - 2,7 % ist insbesondere auf den Rückgang der kindergeldberechtigten Kinder zurückzuführen. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer übertraf somit das Vorjahresniveau um +9,8 %.

Das Aufkommen der veranlagten
Einkommensteuer unterschritt das
Vorjahresniveau um - 59,5 %. Die
Vorauszahlungen erhöhten sich zwar
leicht, doch führten deutlich niedrigere
Nachzahlungen für zurückliegende
Veranlagungszeiträume insgesamt zu einem
Aufkommensrückgang. Im Vorjahr war es im
April zu hohen Nachzahlungen aufgrund von
Betriebsprüfungen gekommen.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich gegenüber dem Vorjahresmonat um -1,3 Mrd. € verschlechtert. Während die Vorauszahlungen leicht abnahmen, gingen die Nachzahlungen um knapp die Hälfte zurück. Wie bei der Einkommensteuer ist auch hier der Rückgang vor allem auf geringere Einnahmen aus weiter zurückliegenden Veranlagungszeiträumen zurückzuführen. Außerdem stiegen die Erstattungen von Körperschaftsteuer um gut ein Drittel.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde das Vorjahresniveau um + 50,0 % übertroffen. Aufgrund der guten Gewinnentwicklung im Vorjahr kommt es nun zu hohen Ausschüttungen. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Monaten grundsätzlich fortsetzen. Allerdings ist das monatliche Aufkommen auch von den Ausschüttungsterminen der Kapitalgesellschaften abhängig, sodass ein Teil des aktuellen Zuwachses auch aus der Verschiebung von Ausschüttungen in den April resultieren könnte.

Die Erträge aus der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge blieben im April 2011 mit + 0,6 % in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Vor dem Hintergrund einer äußerst schwachen Vorjahresbasis signalisiert dieses Ergebnis, dass das niedrige Zinsniveau nach wie vor zu relativ geringen Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zinserträge führt.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz übertraf mit + 3,5 % im Berichtsmonat April 2011 erneut das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin äußerst lebhaften Außenhandelstätigkeit mit + 22,3 % kräftig an. Da ein Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, wurde das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer in diesem Monat um - 3,3 % unterschritten.

Die reinen Bundessteuern dehnten im April 2011 ihr Volumen insgesamt um + 6,4% aus. Hierzu trugen insbesondere

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM APRIL 2011

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2011	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € <sup>4</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 374	+9,8	43 852	+8,0	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	509	-59,5	7 2 6 4	-2,0	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 493	+50,0	7 585	+69,8	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	616	+0,6	4135	-9,6	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	- 961	X	1 524	-32,5	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	14 225	+3,5	61 615	+8,8	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	730	+56,2	937	+60,7	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	713	+56,6	872	+57,1	3 0 2 6	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 698	+2,9	127 782	+9,1	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 098	+12,0	7 555	+4,8	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 169	+3,1	4 062	+13,0	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	142	+6,8	715	+8,6	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	684	-0,6	5 553	+7,1	10 920	+6,2
Stromsteuer	652	+28,3	2 437	+21,4	6 980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	713	-11,2	3 062	-2,7	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	72	X	191	Х	940	×
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 700	×
Solidaritätszuschlag	792	-5,3	3 864	+4,7	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	118	-5,6	514	+3,6	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	7 440	+6,4	27 954	+7,5	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	332	-16,2	1 502	+14,3	4670	+6,0
Grunderwerbsteuer	417	+4,0	1 973	+21,0	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	+6,2	489	+3,4	1 415	+0,2
Biersteuer	57	-8,3	206	-4,2	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	21	+10,5	186	+7,4	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	948	-4,5	4 356	+14,5	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	380	+9,3	1 504	+2,8	4 5 4 0	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	76	-1,1	721	-5,7	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	808	+1,1	7 756	+6,6	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 263	+3,3	9 980	+5,0	26 620	+9,2
Bund <sup>3</sup>	18 245	+4,7	71 835	+11,2	237 385	+5,1
Länder <sup>3</sup>	16 817	+2,2	70 388	+7,7	217 272	+3,4
EU	1 263	+3,3	9 980	+5,0	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 140	+2,4	9 393	+5,7	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	38 466	+3,4	161 597	+8,9	510 384	+4,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,\text{Steuern.}}$ 

 $<sup>^3</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2011

die Entwicklungen der Energiesteuer (+12,0%), der Tabaksteuer (+3,1%) und der Stromsteuer (+28,3%) bei. Das Aufkommen der Energiesteuer und insbesondere der Stromsteuer wird durch Rechtsänderungen positiv beeinflusst. Die Kraftfahrzeugsteuer (-11,2%), die Versicherungsteuer (-0,6%) und der Solidaritätszuschlag (-5,3%) mussten Aufkommenseinbußen hinnehmen.

Die reinen Ländersteuern blieben im Berichtsmonat um - 4,5 % unter dem Vorjahresniveau. Während die Grunderwerbsteuer einen Anstieg um + 4,0 % aufweist, verzeichnet die Erbschaftsteuer mit - 16,2 % einen deutlichen Rückgang. Zu Mehreinnahmen kam es ferner bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 6,2 %) und der Feuerschutzsteuer (+ 11,1 %). Demgegenüber ging das Aufkommen aus der Biersteuer um - 8,3 % zurück.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im April durchschnittlich 4,51% (4,37% im März).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende April 3,27% (3,35% Ende März).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende April auf 1,39 % (1,24 % Ende März).

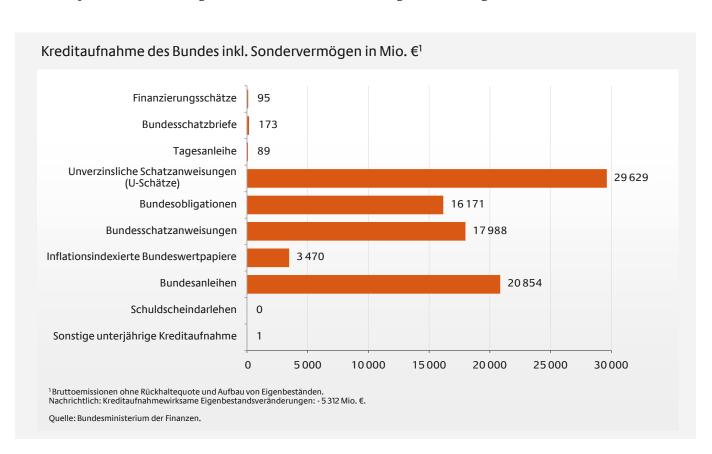
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 5. Mai 2011 die seit April 2011 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,25 %, 2,00 % beziehungsweise 0,50 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug am 29. April 7514 Punkte (7041 Punkte am 31. März).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 911 Punkten am 31. März auf 3 011 Punkte am 29. April.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im März 2011 bei 2,3 % nach 2,1 % im Februar und 1,5 % im Januar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Januar bis März 2011 stieg auf 2,0 %, verglichen mit 1,8 % im



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

vorangegangenen Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

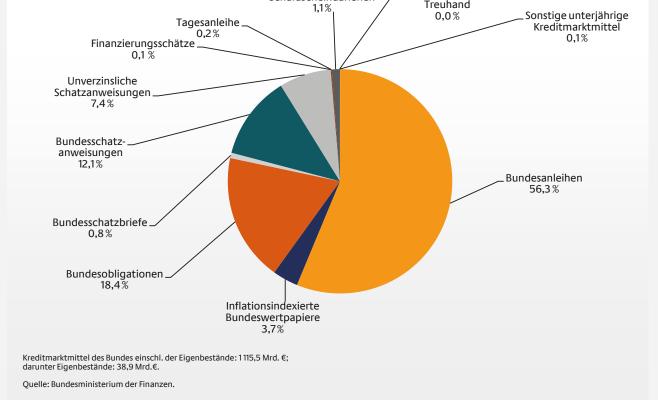
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im März 2,2% (nach 2,3% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,53 % im März (- 0,25 % im Februar).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich März 2011 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 88,47 Mrd. €. Davon wurden 80 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt.

# Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. März 2011 Schuldscheindarlehen Tagesanleihe Schuldscheindarlehen 1,1% Medium Term Notes Treuhand 0,0% Schuldscheindarlehen 0,0%



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	23,3	-	-										23,3
Bundesobligationen	-	-	-										-
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0										15,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0										32,9
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0										0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0										0,1
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1										0,2
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-										-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1										0,1
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8										0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0										-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0										72,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5										14,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 5,31 Mrd. €).

Die im März 2011 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich März 2011 die Tilgungen auf rund 72,75 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 14,53 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 88,47 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 2,19 Mrd. € (nur für Anschlussfinanzierungen und Zinszahlungen - keine Neukreditaufnahme), des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 1,12 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in geringfügiger Höhe eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	5. Januar 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	12. Januar 2011	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	1Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Neuemission	12. Januar 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Jnaur 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Aufstockung	19. Januar 2011	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	26. Januar 2011	30 Jahre fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Aufstockung	9. Februar 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Jnaur 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	16. Februar 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137339 WKN 113733	Neuemission	23. Februar 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013 Zinslaufbeginn 25. Februar 2011 erster Zinstermin 15. März 2012	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141596 WKN 114159	Aufstockung	2. März 2011	5 Jahre fällig 26. Februar 2016 Zinslaufbeginn 14. Jnaur 2011 erster Zinstermin 26. Februar 2012	5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	9. März 2011	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137339 WKN 113733	Aufstockung	16. März 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013 Zinslaufbeginn 25. Februar 2011 erster Zinstermin 15. März 2012	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Aufstockung	23. März 2011	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	4 Mrd. €
			1. Quartal 2011 insgesamt	53 Mrd. €

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115772 WKN 111577	Neuemission	10. Januar 2011	0. Januar 2011 6 Monate fällig 13. Juli2011	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115723 WKN 111572	Aufstockung	17. Januar 2011	9 Monate fällig 26. Oktober 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115780 WKN 111578	Neuemission	24. Januar 2011	12 Monate fällig 25. Januar 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115798 WKN 111579	Neuemission	7. Februar 2011	6 Monate fällig 10. August 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115749 WKN 111574	Aufstockung	21. Februar 2011	9 Monate fällig 23. November 2011	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115806 WKN 111580	Neuemission	28. Februar 2011	12 Monate fällig 29. Februar 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115814 WKN 111581	Neuemission	14. März 2011	6 Monate fällig 14. September 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115764 WKN 111576	Aufstockung	21. März 2011	9 Monate fällig 14. Dezember 2011	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115822 WKN 111582	Neuemission	28. März 2011	12 Monate fällig 28. März 2012	3 Mrd.€
			1. Quartal 2011 insgesamt	30 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt ist im 1. Quartal außerordentlich kräftig angestiegen.
- Positive Wachstumsimpulse kamen vor allem aus der Binnenwirtschaft.
- Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsaufbau setzen sich fort.
- Die j\u00e4hrliche Teuerungsrate liegt im April erneut oberhalb der 2 \u03c4-Marke.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat sich im 1. Quartal gegenüber dem Jahresende 2010 spürbar beschleunigt. Nach Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts nahm das Bruttoinlandsprodukt zu Beginn dieses Jahres um preis-, kalender- und saisonbereinigt 1,5 % zu. Die außerordentlich starke Aktivität ist teilweise ein Gegeneffekt auf den Einbruch der Bauinvestitionen im 4. Quartal 2010, der mit Witterungseffekten im Zusammenhang stand. Darüber hinaus ist die konjunkturelle Grunddynamik höher als von der Mehrzahl der Beobachter erwartet. Im Vorjahresvergleich nahm die gesamtwirtschaftliche Aktivität ebenfalls sehr stark zu. Der Anstieg von real 5,2% war der höchste seit der deutschen Einheit.

Dabei profitiert der kräftige
Konjunkturaufschwung in starkem Maße
von der Dynamik der Auslandsnachfrage.
Aber auch die binnenwirtschaftlichen
Wachstumskräfte sind stärker geworden:
Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie der
private Konsum konnten zum Teil deutlich
zulegen. Damit hat die Binnenwirtschaft
den größeren Anteil an der BIP-Zunahme im
Vergleich zu den Nettoexporten.

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland im weiteren Jahresverlauf. Allerdings dürfte sich das Wachstumstempo gegenüber dem 1. Quartal etwas verlangsamen. Dafür sprechen vor allem die Stimmungsindikatoren, die sich zuletzt etwas eingetrübt haben, jedoch weiterhin auf hohem Niveau liegen. Die Unternehmen sehen gute Absatzperspektiven im In- und im Ausland. Die in der Tendenz aufwärtsgerichtete Entwicklung der industriellen Auftragseingänge aus dem Inland spricht für eine weitere deutliche Ausweitung der Binnennachfrage. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau sowie Lohnzuwächse werden den privaten Konsum weiterhin begünstigen.

Die Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2011 werden zwar erst nach Redaktionsschluss am 24. Mai 2011 bekanntgegeben. Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits Entwicklungstendenzen der einzelnen Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erkennen:

Im 1. Quartal 2011 hat sich der Aufwärtstrend der nominalen Warenexporte im Vergleich zum Schlussquartal 2010 spürbar beschleunigt. Dies war vor allem auf den kräftigen Anstieg der Ausfuhren im März gegenüber dem Vormonat zurückzuführen. Dabei wurde das Vorkrisenniveau deutlich übertroffen. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis im 1. Quartal 2011 um rund 20 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei war der Anstieg der Exporte in Drittländer (+ 22,4 %) und in den Nicht-Euroraum der EU (+ 22,2 %) nahezu gleich

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

hoch. Die Ausfuhren in den Euroraum (+16,6%) verzeichneten ebenfalls ein deutliches Plus.

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die aktuellen Wirtschaftsdaten signalisieren, dass die Aussichten für eine Fortsetzung des Exportanstiegs in Deutschland günstig sind. So erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Prognose vom April 2011 für dieses Jahr eine Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung von 4,4% und des Welthandels von 7,4%. Damit setzt sich der weltweite Aufschwung fort, allerdings mit geringerer Dynamik als im vergangenen Jahr. Dabei erwartet der IWF unter anderem ein überdurchschnittlich hohes Wachstumstempo in den asiatischen Schwellenländern, insbesondere in China. Die Nachfrage dieser Länder nach Investitionsgütern, auf die vor allem deutsche Unternehmen spezialisiert sind, dürfte im weiteren Verlauf die Exporttätigkeit Deutschlands positiv beeinflussen. Dies zeigt sich auch in den ifo-Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Diese befinden sich auf einem hohen Niveau und sind zuletzt wieder angestiegen, nachdem sie im März vor dem Hintergrund der Natur- und Reaktorkatastrophe in Japan etwas zurückgegangen waren. Darüber hinaus dürfte sich der Anstieg der Auslandsnachfrage im 1. Quartal 2011 in ein weiteres Exportplus übersetzen.

Die nominalen Warenimporte nahmen im März gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Rechnung erneut deutlich zu und zeigten damit im 1. Quartal einen klaren Aufwärtstrend. Die Zunahme der Warenimporte erklärt sich zum einen aus Preiseffekten infolge der erheblichen Verteuerung von Rohstoffen und Energie und zum anderen aus dem hohen Importgehalt der dynamisch verlaufenden Warenexporte. Der Anstieg der Binnennachfrage dürfte die Importe ebenfalls begünstigt haben. Im Vorjahresvergleich war im 1. Quartal eine Zunahme der Importe um 22,4 % zu verzeichnen. Die lebhafte Importtätigkeit schlägt sich auch deutlich in den Einnahmen

aus der Einfuhrumsatzsteuer nieder, die im Zeitraum von Januar bis April das entsprechende Vorjahresniveau um 30,8 % überschritten.

Neben den anziehenden Importen ist auch die spürbare Ausweitung der Industrieproduktion im 1. Vierteljahr ein Indiz dafür, dass sich der Aufschwung der Binnenwirtschaft fortgesetzt hat. Dabei war die Ausweitung der Erzeugung von Vorleistungsgütern besonders ausgeprägt, auch wenn sich im Quartalsverlauf die Dynamik etwas verringerte. Die Konsumgüterproduktion zog ebenfalls an, während die Herstellung von Investitionsgütern nahezu stagnierte. Ausschlaggebend für die schwache Entwicklung der Investitionsgüterproduktion im 1. Quartal dürfte der spürbare Rückgang der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und der Produktion im Maschinenbau im Januar 2011 sein, der bisher nicht wieder aufgeholt werden konnte.

Der Anstieg der Umsätze in der Industrie im 1. Quartal war wesentlich geringer als die Ausweitung der Industrieproduktion in diesem Zeitraum. Dies könnte auf einen Lageraufbau hindeuten. Das Umsatzplus im Inland fiel deutlich höher aus als die Zunahme der Auslandsumsätze. Im Inland trug hierzu der spürbare Anstieg der Umsätze für Vorleistungsgüter bei. Die Umsatzentwicklung im Bereich der Investitions- und Konsumgüter war dagegen rückläufig.

Die Ausweitung der Industrieproduktion dürfte sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Dafür spricht der – aufgrund einer günstigen Auftragsentwicklung im Januar/Februar – deutliche Anstieg des industriellen Bestellvolumens im 1. Quartal 2011. Dabei fielen die Nachfrageimpulse aus dem Inland mehr als doppelt so stark aus wie jene aus dem Ausland. Die Zunahme der Inlandsbestellungen kam aus allen drei Gütergruppen und war bei den Vorleistungsgütern am kräftigsten. Auch aus dem Ausland wurden verstärkt Vorleistungsgüter nachgefragt. Als ein vorlaufender Indikator für die zukünftige

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$ 

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2	010	Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd.€	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
	bzw. Index	in%	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,0	+3,6	+0,8	+0,4	+1,5	+3,9	+3,8	+5,2
jeweilige Preise	2 499	+4,2	+0,9	+0,4	+1,7	+4,3	+4,1	+5,6
Einkommen <sup>1</sup>								
Volkseinkommen	1 901	+6,1	+0,8	+0,7		+5,1	+5,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 260	+2,8	+0,8	+0,6		+3,2	+3,6	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	642	+13,4	+0,9	+0,9		+8,8	+8,5	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 596	+2,7	+0,8	+0,6		+3,2	+3,4	
Bruttolöhne ugehälter	1.020	+2,8	+0,4	+0,8		+3,2	+3,5	
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,4	-1,9	-0,7		+4,1	+4,2	
	2	010	Veränderung in % gegenüber					
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	14.1.6		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					r
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Feb 11	Mrz 11	Dreimonats- durchschnitt	Feb 11	Mrz 11	Dreimonats-
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-4,0	+18,0		-3,1	+53,9		+15,1
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	+2,8	+7,3	+3,9	+21,1	+15,8	+19,9
Waren-Importe	797	+20,0	+4,0	+3,1	+5,6	+27,3	+16,9	+22,4
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	103,8	+10,1	+1,7	+0,7	+2,6	+15,0	+10,9	+12,8
Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	1045	.111 5		10.5	12.2	1157	1110	112.6
Industrie <sup>3</sup>	104,5	+11,5	+1,8	+0,5	+2,3	+15,7	+11,8	+13,6
Bauhauptgewerbe Umsätze im	108,5	+0,2	+3,4	+6,2	+15,7	+34,1	+14,3	+25,0
Produzierenden Gewerbe <sup>2</sup>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>3</sup>	102,6	+10,5	+0,6	+0,8	+0,8	+13,2	+10,4	+12,3
Inland	98,9	+6,2	+1,7	+0,1	+1,4	+11,3	+7,0	+9,4
Ausland	107,1	+15,7	-0,6	+1,5	+0,3	+15,4	+14,2	+15,5
Auftragseingang (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>								
Industrie <sup>3</sup>	105,8	+21,2	+1,9	-4,0	+2,3	+19,9	+9,8	+15,3
Inland	102,7	+15,9	+2,1	-3,5	+3,3	+15,5	+6,5	+11,3
Ausland	108,5	+26,0	+1,8	-4,3	+1,4	+23,5	+12,5	+18,7
Bauhauptgewerbe	95,6	-7,0	+8,7		+0,4	-0,6		-2,1
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,2	+1,3	+0,1	-2,7	+0,3	+2,0	-3,6	+0,3
Handel mit Kfz	88,9	-4,9	+1,8	-4,3	+4,8	+22,1	+6,6	+15,1

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.		Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-53	-55	-37	-322	-350	-321	
Erwerbstätige, Inland	40,48	+0,5	+37	+38		+568	+554	•	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+84			+699			
		2010		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005=100		aaii Mari in %	Vorperiode			Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in%	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	
Importpreise	108,4	+7,8	+1,1	+1,1		+11,9	+11,3		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,7	+0,4		+6,4	+6,2		
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,5	+0,5	+0,2	+2,1	+2,1	+2,4	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden								
	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Dez 10	Apr 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	
Klima	+13,0	+14,6	+17,9	+18,9	+19,9	+21,8	+21,4	+19,9	
Geschäftslage	+15,5	+16,3	+20,3	+21,7	+21,6	+25,3	+27,3	+28,1	
Geschäftserwartungen	+10,5	+13,0	+15,5	+16,3	+18,2	+18,3	+15,6	+12,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand Februar 2011.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Produktion stellt der klare Aufwärtstrend der Auftragseingänge von Vorleistungsgütern ein weiteres Indiz für eine weiterhin günstige Entwicklung der Industrieproduktion dar.

Die jüngste Einkaufsmanager-Umfrage signalisierte bereits einen schwungvollen Start der deutschen Industrie in das 2. Quartal. Auch der leichte Anstieg des Indikators ifo-Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe, der sich zudem bereits auf einem hohen Niveau befindet, deutet in diese Richtung. Das industrielle Expansionstempo könnte sich jedoch im weiteren Verlauf etwas abschwächen. So könnte der voraussichtlich erfolgte Lageraufbau im 1. Quartal die Produktion in den nächsten Monaten etwas dämpfen. Zudem haben sich die ifo-Geschäftserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes im April den dritten Monat in Folge eingetrübt.

Die Produktionstätigkeit im Bauhauptgewerbe erwies sich im 1. Quartal als überaus dynamisch. Aufgrund eines dreimaligen Anstiegs seit Januar dieses Jahres erreichte die Bauproduktion in saisonbereinigter Betrachtung das höchste Niveau seit Mai 2000. Die vorlaufenden Indikatoren zeichnen ein uneinheitliches Bild. Zum einen zeigen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe einen deutlichen Aufwärtstrend, der sich sowohl auf den Tiefbau als auch auf den Hochbau erstreckt. Zum anderen haben sich die ifo-Geschäftserwartungen für diesen Wirtschaftsbereich im April zum dritten Mal in Folge eingetrübt. Letzteres könnte unter anderem auch auf das Auslaufen der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen zurückzuführen sein.

Das Umsatzplus im Einzelhandel (ohne Kfz) für das 1. Quartal deutete bereits auf einen erneuten leichten Anstieg der Privaten

 $<sup>^2</sup> Ver \"{a}nder ungen gegen\"{u}ber Vor jahr aus sa is on bereinigten Zahlen berechnet.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konsumausgaben hin. Allerdings konnte das Umsatzergebnis des Schlussquartals 2010 nur dank des guten Jahresauftakts übertroffen werden. Der deutliche Rückgang der Einzelhandelsumsätze im März deutet nun auf eine gewisse Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte hin. Diese könnte sich angesichts einer leichten Stimmungsverschlechterung der Verbraucher zu Beginn des 2. Quartals fortsetzen. Die Anschaffungsneigung stabilisierte sich zwar zuletzt auf hohem Niveau. Dämpfend wirkten jedoch vor allem die Verschlechterung der Konjunkturerwartungen und die Erwartungen eines weiteren Preisniveauanstiegs. Dies dürfte vor allem aus einer gewissen Verunsicherung der Verbraucher in Hinblick auf die Entwicklungen in Nordafrika, Japan sowie aus den gestiegenen Energiepreisen resultieren. Zugleich trübte sich auch die Stimmung der Einzelhändler zum vierten Mal in Folge ein (ifo-Umfrage im Einzelhandel). Angesichts des dennoch erhöhten Niveaus der Stimmungsindikatoren ist trotz gewisser Belastungen von der Preisseite her derzeit davon auszugehen, dass sich die positive Konsumkonjunktur im Zuge einer günstigen Beschäftigungsentwicklung im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird.

So hat sich die Lage am deutschen Arbeitsmarkt auch im April weiterhin verbessert. Der Abbau der Arbeitslosigkeit setzte sich fort, wenngleich – vermutlich auch aufgrund eines statistischen Effekts – im Vergleich zum März mit etwas vermindertem Tempo. Dabei verringerte sich die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen im April gegenüber dem Vormonat um 37 000 Personen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Ursprungszahlen) belief sich im April auf 3,08 Millionen Personen und lag damit um 321 000 Personen unterhalb des Vorjahresstands. Die entsprechende Arbeitslosenquote liegt nun bei 7,3% (April 2010: 8,1%). Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) stieg im März um 38 000 Personen gegenüber Februar an. Nach Ursprungswerten

überschritt die Erwerbstätigenzahl den Vorjahresstand um 554 000 Personen und liegt nun bei 40,51 Millionen Personen. Der Beschäftigungsaufbau spiegelt sich auch in einem spürbaren Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer wider. So erhöhten sich im April die Einnahmen aus der Lohnsteuer vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes (Lohnsteuer brutto) um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Dabei war der Beschäftigungsaufbau maßgeblich von der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse geprägt. Nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Februar gegenüber dem Vormonat um saisonbereinigt 84 000 Personen kräftig ausgeweitet. Zuvor war im Januar bereits ein ähnlich hoher Anstieg zu verzeichnen gewesen. Der Vorjahresstand wurde (nach Ursprungswerten) ebenfalls deutlich um 699 000 Personen überschritten. Rund zwei Drittel dieses Anstiegs entfallen dabei auf sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung (+ 457 000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung nahm indes um 239 000 Personen zu. Insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassungen sowie im Gesundheits- und Sozialwesen konnte im Vergleich zum Vorjahr ein spürbares Beschäftigungsplus verzeichnet werden.

Die aktuellen Umfragedaten deuten jedoch darauf hin, dass sich die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus im weiteren Verlauf leicht abschwächen könnte. So signalisierte die ifo-Umfrage eine zuletzt etwas zurückhaltendere Personalplanung der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Auch der Stellenindex der BA weist auf eine gewisse Stabilisierung der Arbeitskräftenachfrage auf hohem Niveau hin.

Die Preisniveauentwicklung in Deutschland wird vor allem vom Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl geprägt. So verteuerte sich Rohöl der Sorte Brent im April

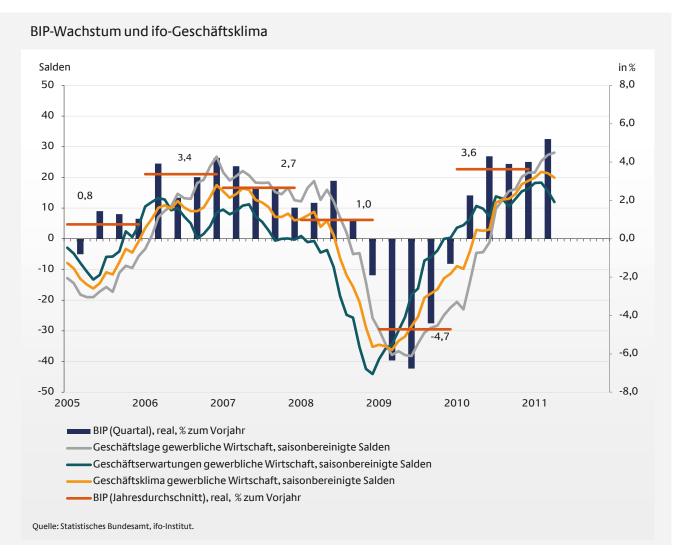
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

nochmals spürbar. Mit durchschnittlich rund 123 US-Dollar je Barrel lag der Rohölpreis im April etwa 7½% über dem Durchschnittsniveau des Vormonats und zugleich rund 45% über dem Vorjahresniveau. Am aktuellen Rand ist derzeit jedoch ein leichter Rückgang der Rohölpreise zu beobachten.

Vor allem die Entwicklung der Energiepreise trug dazu bei, dass der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland den dritten Monat in Folge oberhalb der 2 - %-Marke lag. Dabei waren Mineralölerzeugnisse um 15,2 % teurer als vor einem Jahr. Auch die Preise für Strom und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme zogen spürbar an. Ohne Berücksichtigung der Energie beträgt die Inflationsrate lediglich 1,5 %. Darüber hinaus

trug – bedingt durch die komplett in den April gefallenen Osterferien (2010 begannen diese bereits im März) – allein die Preisentwicklung bei Pauschalreisen gut 0,2 Prozentpunkte zum Anstieg des VPI bei.

Besonders deutlich zeigt sich die Verteuerung von Energie auf den vorgelagerten Preisstufen. So überschritt der Importpreisindex im März 2011 das Vorjahresniveau um 11,3 %. Dabei verteuerte sich Energie gegenüber dem Vorjahr um 36,4 %. Ohne die Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise somit um 7,7 % über dem Stand des Vorjahres. Auch die Importe von Metallen und ihrer Rohstoffe (Eisenerz + 78,6 %) verteuerten sich im Vorjahresvergleich spürbar. Im Vormonatsvergleich waren jedoch



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

auch für einige Rohstoffe Preisrückgänge zu verzeichnen. Im Nahrungsmittelsektor schlugen insbesondere Preiserhöhungen bei Getreide (+ 64,3 % gegenüber Vorjahr) zu Buche.

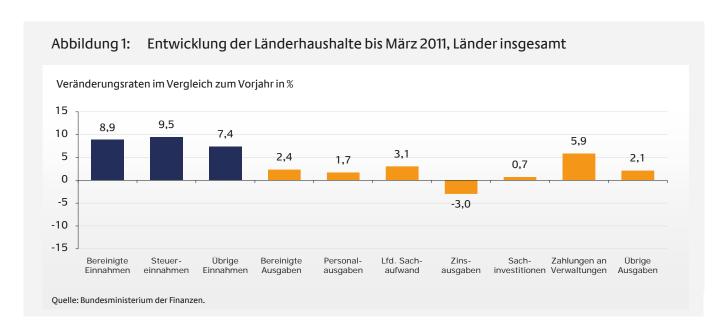
Der Index der Erzeugerpreise lag im März um 6,2% über dem Vorjahresniveau, wobei die Preisniveausteigerungen für Energie für gut die Hälfte der gesamten Jahresveränderungsrate verantwortlich waren. Dabei lagen die Erzeugerpreise für Mineralölerzeugnisse um 18,1% und für Erdgas um 14,2% über dem Vorjahresniveau. Strom verteuerte sich im März gegenüber Februar über alle Abnehmergruppen hinweg um 5,8%. Ohne die Berücksichtigung von Energie überschritten die Erzeugerpreise das Vorjahresniveau um 4,4%. Auch die Preise für Vorleistungsgüter erreichten einen neuen Höchststand. Der Teilindex für Verbrauchsgüter lag im März um 3,6% über Vorjahresstand.

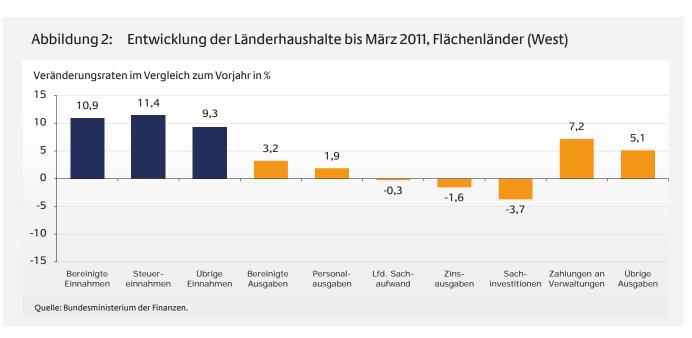
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011

# Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011

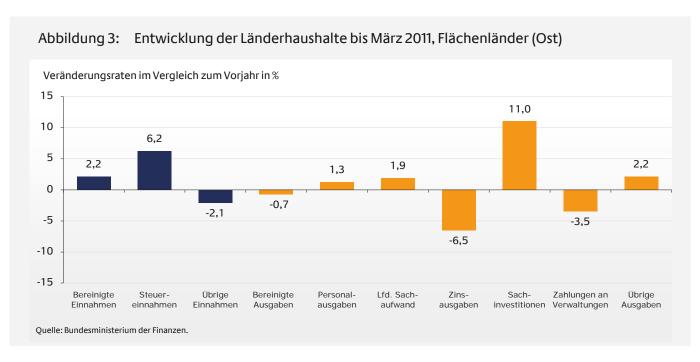
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich März 2011 vor.

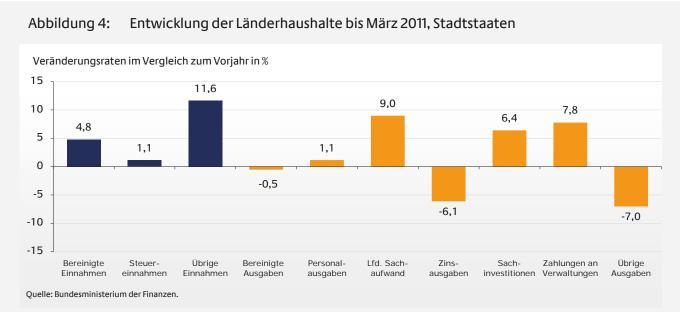
Die Haushaltsentwicklung der Länder besitzt nach den ersten drei Monaten eines Jahres erfahrungsgemäß nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Die Übersichtstabellen und Gegenüberstellungen zu den Haushaltsplanungen haben daher lediglich einen nachrichtlichen Charakter.





Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 17. Mai 2011 in Brüssel

# Gesetzgebungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Der Rat hat im März 2011 seine Haltung zu den sechs Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur Stärkung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung abgestimmt, das Europäische Parlament folgte im April 2011. Ende April 2011 haben dann die Trilogverhandlungen zwischen Präsidentschaft, Kommission und Europäischem Parlament zu den Gesetzgebungsvorschlägen begonnen. Die Vorschläge sind ein Kernelement der umfassenden Antwort zur Stabilisierung und Fortentwicklung des Euroraums. Nun ist wichtig, eine schnelle Einigung herbeizuführen, um die Parallelität zu den Arbeiten zur Errichtung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und zur Ertüchtigung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität sicherzustellen. Die ECOFIN-Minister haben der ungarischen Präsidentschaft für die Trilogverhandlungen ein entsprechendes Mandat erteilt.

#### Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps

Die ECOFIN-Minister haben sich auf eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps verständigt. Mit der Verordnung wird ein gemeinsamer Rechtsrahmen für Vorschriften und Befugnisse im Zusammenhang mit Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) geschaffen. Damit soll das Funktionieren des Binnenmarkts insbesondere auf den Finanzmärkten verbessert und die Stabilität der Finanzmärkte erhöht werden. Deutschland hatte bereits im Sommer 2010 mit der Einführung eines Verbots ungedeckter

Leerverkäufe von Aktien, Staatsanleihen und Credit Default Swaps sowie gesetzlichen Melde- und Offenlegungsvorschriften für diese Geschäfte ein Zeichen gesetzt. Mit der nun erzielten Einigung auf eine Allgemeine Ausrichtung wird der Weg für die Aufnahme von Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission freigemacht, sodass die endgültigen Vorschriften zügig verabschiedet werden können.

#### Haushaltsentwurf für 2012

Budgetkommissar Janusz Lewandowski hat den Kommissionsentwurf zum Haushalt 2012 vorgestellt. Dieser sieht eine Steigerungsrate von 4,9 % für die Mittel für Zahlungen gegenüber 2011 auf 132,7 Mrd. € vor. In der Diskussion wurde von zahlreichen Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, deutliche Kritik an dem vorgeschlagenen Ausgabenanstieg geübt. Damit verkenne die Kommission die massiven Konsolidierungsanforderungen bei den nationalen Haushalten der Mitgliedstaaten auch angesichts der Staatsschuldenkrise im Euroraum.

#### Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen

Über die Revision der Zinsrichtline wird seit Ende 2008 verhandelt. Bei der Revision geht es vor allem um die Erweiterung des persönlichen und sachlichen Anwendungsbereichs. Die sachliche Erweiterung betrifft insbesondere Erträge aus Wertpapieren und Lebensversicherungen. Die persönliche Erweiterung betrifft die Einbeziehung bestimmter Stiftungen und Vermögenstreuhandgesellschaften, die bisher häufig zur Abschirmung vor einer Besteuerung eingesetzt wurden. Die

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

ECOFIN-Minister haben darüber beraten, ob bereits jetzt die Verhandlungen mit europäischen Drittstaaten (Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino, Monaco) parallel zu den Arbeiten an der Zinsrichtlinie aufgenommen werden sollten. Damit soll sichergestellt werden, dass der erweiterte Anwendungsbereich der Zinsrichtlinie dann auch in den Zinsabkommen mit den Drittstaaten Anwendung findet.

#### Besteuerung des Finanzsektors

Die Europäische Kommission hat für Sommer 2011 eine Folgenabschätzung zu den diskutierten Varianten zur Besteuerung des Finanzsektors angekündigt, nämlich der Finanztransaktionsteuer und der Finanzaktivitätsteuer. Die ungarische Ratspräsidentschaft hat einen kurzen Zwischenbericht hierzu gegeben.

#### Rohstoffmärkte

Die ECOFIN-Minister haben Ratsschlussfolgerungen verabschiedet. Darin wird festgestellt, dass die stabilisierende Wirkung des Engagements von Finanzinvestoren auf Rohstoffmärkten nur dann zum Tragen kommen kann, wenn hinreichende und für alle Akteure verfügbare Informationen über die Preisentwicklung zur Verfügung stehen. Informationsasymmetrien können dagegen zu Blasenbildungen und Fehlentwicklungen führen. Daher ergibt sich ein Regulierungsbedarf mit dem Ziel einer Verbesserung der Markttransparenz. Die aktuellen Initiativen der Kommission zur Erhöhung der Integrität und Transparenz auf den Warenterminmärkten und den Derivatemärkten, die Gegenstand der Überarbeitung diverser Richtlinien sind, wurden begrüßt.

#### Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Irland

Der ECOFIN-Rat hat festgestellt, dass die Umsetzung des Anpassungsprogramms für Irland planmäßig erfolgt ist und damit die zweite Tranche aus dem Hilfsprogramm an Irland ausgezahlt werden kann. Außerdem wurde der geänderte Ratsbeschluss zur Vergabe von Hilfen unter dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) verabschiedet.

#### Finanzhilfen für Portugal

Die ECOFIN-Minister haben dem Hilfspaket für Portugal zugestimmt. Das Programm soll eine dreijährige Laufzeit haben und ein Gesamtvolumen von 78 Mrd. €. Hiervon wird der IWF 26 Mrd. € bereitstellen, der europäische Anteil beträgt 52 Mrd. €. Für Deutschland war wichtig, dass sich der EFSM und die EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) gleichrangig an der Hilfe beteiligen. Die portugiesische Regierung wird den Privatsektor ermutigen, sein finanzielles Engagement aufrechtzuerhalten. Das Anpassungsprogramm sieht Konsolidierungsmaßnahmen, Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors vor. Wichtig ist, dass auch die neu zu wählende Regierung Portugals zu dem Programm steht. Deutschland erwartet, dass die künftige Regierung bereit ist, weitere Maßnahmen zu ergreifen, z.B. bei Privatisierungen.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

#### Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen, Vorbereitung von UN-Treffen

Die ECOFIN-Schlussfolgerungen vom
Dezember 2010 und vom März 2011 sehen
die Erstellung einer detaillierten Analyse
möglicher Finanzinstrumente (national,
international, öffentlich, privat) und
deren Zusammenspiel vor, um die von
den Industrieländern im Rahmen der UNKlimagipfel in Kopenhagen und Cancun
zugesagten Mittel zur Finanzierung
von Klimaschutzmaßnahmen in
Entwicklungsländern von 100 Mrd. US-Dollar
jährlich im Jahr 2020 zu erreichen. Die ECOFINMinister haben Ratsschlussfolgerungen
verabschiedet, die Aussagen über mögliche

Finanzierungsquellen enthalten und den Arbeitsauftrag zur weiteren Analyse mit Blick auf eine detaillierte Positionierung im Vorlauf zum nächsten Klimagipfel Ende 2011 fortschreiben. Zudem wurde ein für 2010 aktualisierter Bericht der EU zur Fast-Start-Finanzierung für den Klimaschutz (für den Zeitraum bis 2012) indossiert, der im Mai 2011 dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) vorzulegen ist.

#### Auffangmechanismen für Banken

Die ECOFIN-Minister verständigten sich auf eine Erklärung entsprechend der Einigung beim Europäischen Rat vom 24./25. März, dass alle Mitgliedstaaten Vorkehrungen treffen sollen für den Fall, dass ihre Banken den Test nicht bestehen. Dabei besteht Einigkeit, dass dafür eine ganze Bandbreite von Maßnahmen infrage kommt, von staatlichen Rekapitalisierungen bis zur geordneten Restrukturierung und Abwicklung.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

#### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

23. Mai 2011	Stabilitätsrat in Berlin
20. Juni 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
11./12. Juli 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

#### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
vorauss. Oktober 2011	Stabilitätsrat
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

### ☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011	
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011	
August 2011	Juli 2011	22. August 2011	
September 2011	August 2011	22. September 2011 21. Oktober 2011	
Oktober 2011	September 2011		
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011	
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011	

### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick: Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich (2010)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

# **Analysen und Berichte**

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011	37
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2011	46
Ergebnisse des Treffens der G7- und G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der	
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank	50
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010	54
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

## Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	37
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	38
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	39
3.1	Auswirkungen der Schätzung auf den Bundeshaushalt	39
3.2	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	40
	Vergleich mit den letzten Schätzungen vom Mai und November 2010	
	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	

- Vor dem Hintergrund einer günstigen konjunkturellen Entwicklung rechnet der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" mittelfristig mit erheblichen Mehreinnahmen gegenüber der letzten Steuerschätzung.
- Ein großer Teil der geschätzten Mehreinnahmen des Bundes für die Jahre 2012 ff. ist allerdings im Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015 bereits berücksichtigt.
- Gegenüber dem Eckwertebeschluss verringert sich der geschätzte Zuwachs damit auf lediglich rund 5½ Mrd. € jährlich. Zudem sind zusätzliche finanzpolitische Anforderungen zu bewältigen, die in den Haushaltseckwerten vom 16. März 2011 noch nicht berücksichtigt worden sind. Neue Haushaltsspielräume ergeben sich aus der Steuerschätzung damit nicht.

Vom 10. bis 12. Mai 2011 fand in Fulda auf Einladung des Hessischen Ministeriums der Finanzen die 138. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2011 bis 2015. Die Steuerschätzung aktualisiert den Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2012 und zum Finanzplan bis 2015. Dieser bildet die Grundlage für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2012 sowie den neuen Finanzplanzeitraum bis 2015.

### 1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2011 bis 2015 wurden gegenüber der Schätzung vom November 2010 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze berücksichtigt:

- Jahressteuergesetz 2010
- Kernbrennstoffsteuergesetz
- Haushaltsbegleitgesetz 2011
- Fünftes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen
- Gesetz zur Änderung des Energiesteuerund Stromsteuergesetzes

Ferner waren die Umsetzung des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 26. Januar 2011 zum Beihilfeverfahren zu § 8c Absatz 1a KStG ("Rückabwicklung der Sanierungsklausel") sowie die Anwendung des EuGH-Urteils vom 22. Januar 2009 in der Rechtssache C-377/07 STEKO neu einzubeziehen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

Darüber hinaus wurden für die Jahre 2013 bis 2015 zusätzlich die finanziellen Auswirkungen des Ersten Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Neuregelung der einkommensteuerlichen Behandlung von Berufsausbildungskosten eingerechnet.

### 2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom April 2011 zugrunde. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Aufschwung im Vorausschätzungszeitraum fortsetzt. Die Wirtschaftslage und die Aussichten stellten sich im April dieses Jahres deutlich günstiger dar als zum Zeitpunkt der jeweils letzten Steuerschätzung (November 2010 für die Jahre 2011 und 2012, Mai 2010 für die Jahre 2013 bis 2014). Auch gegenüber der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts vom Januar 2011, die die Grundlage des Eckwertebeschlusses bildet, ergeben sich leicht verbesserte Einschätzungen hinsichtlich der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Für die Jahre 2011 und 2012 wird in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung ein Wirtschaftswachstum von nominal jeweils + 3,5 % erwartet, für die Jahre 2013 bis 2015 von durchschnittlich + 3,0 % p. a. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Binnennachfrage aufgrund einer dynamischen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen sowie einer leicht beschleunigten Zunahme

der Privaten Konsumausgaben einen größeren Wachstumsbeitrag als die Nettoexporte liefern. Der Beitrag der Nettoexporte dürfte dagegen - auch aufgrund einer kräftigen Inlandsnachfrage - in beiden Jahren gering ausfallen. Für sich genommen bleiben jedoch die Exporte die treibende Kraft. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich in diesem und im nächsten Jahr weiter verbessern. In beiden Jahren wird die Zahl der arbeitslosen Personen im Jahresdurchschnitt voraussichtlich die Drei-Millionen-Marke unterschreiten und die Erwerbstätigenzahl ein Niveau von rund 41 Millionen Personen erreichen.

Für den gesamten mittelfristigen
Schätzzeitraum wird eine Fortsetzung des
konjunkturellen Aufschwungs erwartet.
Die aus dem Konjunktureinbruch 2009
resultierende starke Unterauslastung
der gesamtwirtschaftlichen
Produktionskapazitäten wird allmählich
abgebaut. Zum Ende des Projektionszeitraums
(2015) wird die deutsche Wirtschaft
voraussichtlich wieder eine konjunkturelle
Normallage erreichen.

Die als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlagen für die Steuerschätzung besonders relevanten Einkommensaggregate, Bruttolöhne und -gehälter sowie die Unternehmensund Vermögenseinkommen sind in der Frühjahrsprojektion gegenüber der Prognose vom Januar 2011 nochmals etwas nach oben angepasst worden.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzung Mai 2011 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung

	20	11	2012		2013		2014		2015	
% gegenüber Vorjahr	Steuer- schätzung November 2010	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 2010	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung Mai 2010	Steuer- schätzung Mai 2011		Steuer- schätzung Mai 2011
BIP nominal	+3,0	+3,5	+2,8	+3,5	+2,9	+3,0	+2,9	+3,0	-	+3,0
BIP real	+ 1,8	+2,6	+ 1,5	+1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+1,6	-	+ 1,6
Bruttolohn- und Gehaltsumme	+ 2,5	+3,1	+2,4	+3,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+2,5	-	+ 2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+4,2	+4,9	+3,3	+4,1	+4,4	+ 4,7	+4,7	+4,7	-	+4,6
Private Konsumausgaben	+ 2,5	+3,4	+2,7	+3,3	+ 2,6	+ 2,9	+2,6	+2,9	-	+2,9

### 3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

# 3.1 Auswirkungen der Schätzung auf den Bundeshaushalt

Die aktuellen Schätzergebnisse sind eine wichtige Grundlage für die laufenden Haushaltsplanungen für das Jahr 2012 und die Erstellung des Finanzplans für die Jahre bis 2015. Infolge der Umstellung des Aufstellungsverfahrens auf das sogenannte Top-Down-Verfahren wurde bereits im Vorfeld der Steuerschätzung am 16. März 2011 ein Eckwertebeschluss der Bundesregierung gefasst. Dieser basiert auf einer regierungsinternen Aktualisierung der

November-Steuerschätzung 2010 für den Bund vom Januar 2011.

Die in der aktuellen Steuerschätzung gegenüber der jeweils letzten Steuerschätzung von November 2010 beziehungsweise Mai 2010 erwarteten Mehreinnahmen des Bundes sind zu einem großen Teil in diesem Eckwertebeschluss und damit in der aktuellen Haushaltsplanung bereits berücksichtigt. Tabelle 2 enthält einen Vergleich der Steuereinnahmen des Bundes gemäß Steuerschätzung Mai 2011 mit dem Eckwertebeschluss. Nach Einbeziehung der geplanten Steuerrechtsänderungen in das Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011 ergeben sich im Vergleich zum Eckwertebeschluss lediglich Mehreinnahmen in Höhe von 5,4 Mrd. € im Jahr 2012, 4,6 Mrd. €

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

Tabelle 2: Vergleich der Steuereinnahmen nach Steuerschätzung Mai 2011 mit dem Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt 2012 bis 2015 vom 16. März 2011

Steuereinnahmen in der Haushaltsplanung des Bundes in Mrd. €	2012	2013	2014	2015
Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011	247,2	255,4	265,0	274,3
in dem Ergebnis dieser Steuerschätzung nicht berücksichtigte geplante Steuerrechtsänderungen	1,2	2,1	2,0	2,7
Eckwertebeschluss vom 16. März 2011	243,0	252,9	261,4	270,5
Änderung gegenüber Eckwertebeschluss	5,4	4,6	5,6	6,6

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

im Jahr 2013, 5,6 Mrd. € im Jahr 2014 und 6,6 Mrd. € im Jahr 2015.

## 3.2 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 3
zu entnehmen.¹ Danach werden die
Steuereinnahmen insgesamt gegenüber
dem Ist-Ergebnis 2010 in diesem Jahr
um + 24,4 Mrd. € anwachsen. Für die
Folgejahre rechnet der Arbeitskreis basierend
auf den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben
mit einem weiteren kontinuierlichen
Anstieg des Steueraufkommens. Während
der Bund im Jahr 2011 mit einem Anstieg der
Steuereinnahmen um + 5,1% den höchsten
Zuwachs im Schätzzeitraum erreicht,
weisen Länder und Gemeinden den größten
Zuwachs erst im Jahr 2012 auf (Länder + 5,2%;
Gemeinden + 7,4%).

Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer setzen den im Jahre 2010 begonnenen Aufwärtstrend in der Entwicklung des

Aufkommens im gesamten Schätzzeitraum fort. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag folgen mit Verzögerung ab 2011, wobei die erheblichen Mehreinnahmen im Jahr 2011 zum größeren Teil auf einen Sonderfall zurückzuführen sind, der sich bereits im Januar 2011 im Kassenaufkommen bemerkbar gemacht hatte. Hinter dem scheinbaren Rückgang im Jahr 2012 verbirgt sich also bei Bereinigung des Basisjahres 2011 vielmehr ein prognostizierter Anstieg, welcher sich auch im restlichen Schätzzeitraum fortsetzt. Das Lohnsteueraufkommen war im Jahr 2010 noch durch Kurzarbeit und Steuermindereinnahmen aus dem Bürgerentlastungsgesetz verringert worden und profitiert ab dem Jahr 2011 ebenfalls erheblich von der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, die sich sowohl in steigenden Beschäftigungszahlen als auch in steigenden Bruttolöhnen je Arbeitnehmer niederschlägt. Der in zunehmendem Maße auch vom Binnenmarkt getragene Aufschwung zeigt sich zugleich im Aufkommen der Steuern vom Umsatz, das im Schätzzeitraum kontinuierlich ansteigt.

Die Grunderwerbsteuer als wichtigste Ländersteuer setzt ebenfalls die im Jahr 2010 begonnene Erholung im Aufkommen im gesamten Schätzzeitraum fort, wird allerdings im Jahr 2015 voraussichtlich mit 6,4 Mrd. € das Spitzenaufkommen des Jahres 2007 (7,0 Mrd. €) noch nicht wieder erreicht haben. Für die Gemeinden ist neben der Gewerbesteuer insbesondere das Aufkommen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hinsichtlich der Ergebnisse für die Einzelsteuern wird auf die auf der Internet-Seite des BMF veröffentlichten Ergebnistabellen verwiesen: (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\_4156/DE/Wirtschaft\_und\_Verwaltung/Steuern/Steuerschaetzung\_einnahmen/Ergebnis\_der\_Steuerschaetzung/1105131a6002,templateId=raw,property=publicationFile.pdf)

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

der Grundsteuer B von Bedeutung, welches im Schätzzeitraum weiter zunehmen wird.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote wird im Jahr 2011 voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 21,45 % ansteigen und liegt damit noch unter dem Niveau von 2009 (21,86%). In den Folgejahren steigt die Quote weiter an und überschreitet im Jahr 2013 mit 22,07% den Stand von 2009. Im Jahr 2015 wird die Quote voraussichtlich bei 22,30% liegen.

Tabelle 3: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1. Bund in Mrd. €	225,8	237,4	247,2	255,4	265,0	274,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-1,0	5,1	4,2	3,3	3,7	3,5
2. Länder in Mrd. €	210,1	217,3	228,7	238,3	246,4	254,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,4	3,4	5,2	4,2	3,4	3,4
3. Gemeinden in Mrd. €	70,4	73,7	79,1	83,7	87,4	91,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,9	4,7	7,4	5,8	4,4	4,1
4. EU in Mrd. €	24,4	26,6	29,6	31,3	31,8	32,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	18,9	9,2	11,1	5,9	1,5	1,5
5. Steuereinnahmen insgesamt in Mrd. €	530,6	555,0	584,6	608,7	630,5	652,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	4,6	5,3	4,1	3,6	3,5

 $Bund\ und\ L\"{a}nder\ nach\ Erg\"{a}nzungszuweisungen,\ Umsatzsteuerverteilung\ und\ Finanzausgleich.$ 

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

### 3.3 Vergleich mit den letzten Schätzungen vom Mai und November 2010

Tabelle 4 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der jeweils letzten Steuerschätzung (November 2010 für die Jahre 2011 und 2012, Mai 2010 für die Jahre 2013 und 2014). Für das erstmals in die Schätzung einbezogene Jahr 2015 ist naturgemäß kein Vergleich möglich.

Im Jahr 2010 werden die Steuereinnahmen mit 555,0 Mrd. € um + 17,6 Mrd. € erheblich über dem im November 2010 geschätzten Niveau liegen. Hierzu tragen sowohl erstmals einbezogene Steuerrechtsänderungen (+3,1 Mrd. €) als auch Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten konjunkturellen Entwicklung (+14,5 Mrd. €) bei. Bund und Länder können voraussichtlich mit je + 6,3 Mrd. € von der konjunkturellen Entwicklung profitieren, die Gemeinden dürfen insbesondere aus der Gewerbesteuer konjunkturelle Mehreinnahmen von circa +1,6 Mrd. € erwarten. Die für 2011 neu zu berücksichtigenden Steuerrechtsänderungen lassen für den Bund ein Mehraufkommen von +3,6 Mrd. € erwarten, während Länder und Gemeinden dadurch jedoch mit leichten Aufkommenseinbußen rechnen müssen. Zusätzlich führen die nunmehr für 2011 gegenüber November 2010 um - 2,1 Mrd. € geringeren EU-Abführungen zu einer überdurchschnittlichen Verbesserung des Schätzansatzes für den Bund im Jahr 2011. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Jahr 2012. Die EU-Abführungen tragen hierzu allerdings nur noch mit einer Verringerung des

Schätzansatzes um - 1,1 Mrd. € gegenüber der November-Schätzung bei. Der Anteil der Steuerrechtsänderungen wächst auf + 4,0 Mrd. € für den Bund an. Da die Länder nochmals mit - 0,1 Mrd. € einen leichten Rückgang hinnehmen müssen, ergeben sich 2012 per Saldo insgesamt + 3,9 Mrd. € Mehraufkommen aus Steuerrechtsänderungen gegenüber der November-Schätzung. Die konjunkturellen Aussichten lassen ein Mehr von + 17,6 Mrd. € erwarten. Insgesamt wird für 2012 mit 584,6 Mrd. € und somit einem Mehraufkommen gegenüber der November-Schätzung in Höhe von + 21,4 Mrd. € gerechnet.

Die Jahre 2013 und 2014 wurden im November 2010 noch nicht geschätzt. Aufgrund der erheblich geringeren Wachstumsannahmen im Mai 2010 sowohl gegenüber Mai 2011 als auch gegenüber November 2010 sind die Schätzabweichungen vom Mai 2011 gegenüber dem Mai 2010 wesentlich höher als in den beiden Vorjahren. Der Beitrag der Steuerrechtsänderungen zu den Gesamtabweichungen ist eher gering und verharrt mit + 3,8 Mrd. € im Jahr 2013 und + 4,0 Mrd. € im Jahr 2014 in etwa auf dem Niveau von 2012. Gegenüber Mai 2010 erwartete höhere EU-Abführungen mindern die Aufkommensprognosen für den Bund um - 0,4 Mrd. € im Jahr 2013 und 2014 um - 0,5 Mrd. €. Die niedrigeren Wachstumsannahmen vom Mai 2010 führen 2013 und 2014 zu erheblich größeren Schätzabweichungen im Vergleich zu den Abweichungen der Jahre 2011 und 2012. Die Schätzabweichungen betragen insgesamt im Jahr 2013 + 43,5 Mrd. € und + 45,0 Mrd. € im Jahr 2014.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2011 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2010 bzw. der Steuerschätzung Mai 2010 – Ebenen in Mrd €

in Mrd.	€					
			Abweich	nungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2011	Steuerschätzung November 2010	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Steuerschätzung Ma 2011
Bund <sup>3</sup>	225,4	12,0	3,6	2,1	6,3	237,4
Länder <sup>3</sup>	211,3	6,0	-0,3		6,3	217,3
Gemeinden <sup>3</sup>	72,3	1,4	-0,2		1,6	73,7
EU	28,4	-1,8	0,0	-2,1	0,3	26,6
Steuereinnahmen insgesamt	537,3	17,6	3,1	0,0	14,5	555,0
			Abweich	nungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2012	Steuerschätzung November 2010	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Steuerschätzung Ma 2011
Bund <sup>3</sup>	234,7	12,6	4,0	1,1	7,5	247,2
Länder <sup>3</sup>	221,3	7,3	-0,1		7,4	228,7
Gemeinden <sup>3</sup>	77,1	2,0	0,0		2,0	79,1
EU	30,0	-0,4	0,0	-1,1	0,6	29,6
Steuereinnahmen insgesamt	563,2	21,4	3,9	0,0	17,6	584,6
			Abweich	nungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2013	Steuerschätzung Mai 2010	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Steuerschätzung Ma 2011
Bund <sup>3</sup>	234,8	20,6	3,6	-0,4	17,3	255,4
Länder <sup>3</sup>	220,7	17,6	0,1		17,5	238,3
Gemeinden <sup>3</sup>	75,7	8,0	0,1		7,9	83,7
EU	30,1	1,2	0,0	0,4	0,8	31,3
Steuereinnahmen insgesamt	561,3	47,3	3,8	0,0	43,5	608,7

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

# noch Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2011 vom Ergebnis der Steuerschätzung November 2010 bzw. der Steuerschätzung Mai 2010 – Ebenen in Mrd. €

			Abweich	nungen		
	Ergebnis der			davon:		Ergebnis der
2014	Steuerschätzung Mai 2010	Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	Steuerschätzung Mai 2011
Bund <sup>3</sup>	243,4	21,6	3,8	-0,5	18,2	265,0
Länder <sup>3</sup>	228,1	18,4	0,1		18,3	246,4
Gemeinden <sup>3</sup>	79,5	7,9	0,1		7,8	87,4
EU	30,6	1,2	0,0	0,5	0,7	31,8
Steuereinnahmen insgesamt	581,5	49,0	4,0	0,0	45,0	630,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> 2011 f.:

Jahressteuergesetz 2010 (JStG 2010) vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I 2010 Nr. 62 S. 1768)

Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I 2010 Nr. 63 S. 1885)

Kernbrennstoffsteuergesetz (KernbrStG) vom 8. Dezember 2010 (BGBI. I 2010 Nr. 62 S. 1804)

Fünftes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen vom 21. Dezember 2010 (BGBI. I 2010 Nr. 67 S. 2221)

Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes vom 1. März 2011 (BGBI. I 2011 Nr. 8 S. 282)

Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission vom 26. Januar 2011 zum Beihilfeverfahren zu § 8c KStG ("Rückabwicklung der Sanierungsklausel")

Anwendung des EuGH-Urteils vom 22. Januar 2009 in der Rs. C-377/07 STEKO

#### 2013 f.:

Erstes Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 11. August 2010

Einkommensteuerliche Behandlung von Berufsausbildungskosten (BMF-Schreiben vom 22.September 2010).

- <sup>2</sup> aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.
- <sup>3</sup> nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen

 $(Betrag\ der\ Konsolidierungshilfen\ vorbehaltlich\ der\ Entscheidung\ des\ Stabilitätsrates\ gem.\ \S\ 2\ Abs.\ 2\ Konsolidierungshilfengesetz).$ 

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 10. BIS 12. MAI 2011

### 4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Ungeachtet der Mehreinnahmen gemäß aktueller Schätzung gegenüber dem Eckwertebeschluss muss im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren der Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt werden, um dauerhaft den Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes entsprechen zu können. Hierzu sind in den nächsten Jahren anhaltende strukturelle Konsolidierungsschritte erforderlich. Neue Haushaltsspielräume ergeben sich nicht aus einer verbesserten Konjunktur, sondern müssen zunächst im Einklang mit den Konsolidierungsverpflichtungen von Schuldenbremse und Stabilitäts- und Wachstumspakt erarbeitet werden. Gemäß diesen Vorgaben ist gerade in günstigen wirtschaftlichen Zeiten haushaltspolitische Disziplin zu wahren. Denn die konjunkturelle Entwicklung sollte im Aufschwung nicht durch expansive Finanzpolitik zusätzlich verstärkt werden, auch um aufkommenden Inflationsgefahren nicht Vorschub zu leisten.

Zu bewältigen sind auf der anderen Seite auch neue finanzpolitische Anforderungen, die in den Haushaltseckwerten vom 16. März 2011 noch nicht berücksichtigt sind, wie etwa der deutsche Beitrag für den Europäischen Stabilitätsmechanismus zum Schutz des Euro. Darüber hinaus sind beispielsweise Belastungen für den Bundeshaushalt infolge des mittlerweile anziehenden Zinsniveaus denkbar.

Risiken bestehen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. So könnten Energiepreissteigerungen vor dem Hintergrund der Spannungen in den für die weltweite Erdölversorgung wichtigen Ländern Nordafrikas die konjunkturelle Entwicklung dämpfen. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan den Aufschwung in der Weltwirtschaft und in Deutschland belasten.

Daneben sehen die Eckpunkte des Bundes ab 2012 jährliche Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer in Höhe von 2 Mrd. € p. a. vor. Mit Blick auf notwendige Gesetzgebungsverfahren haben sich die Chancen auf eine rechtliche Umsetzung bis Anfang kommenden Jahres jedoch deutlich verringert. Im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung wird der Bundesfinanzminister dem Kabinett mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs vorschlagen, die Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer im kommenden Jahr nicht weiter zu veranschlagen. Vielmehr werden die sich durch die Steuerschätzung ergebenden Verbesserungen verwendet, um die Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer im Jahr 2012 zu ersetzen. Dies bedeutet aber keine Abkehr von der Umsetzung der Finanzmarkttransaktionssteuer, vielmehr wird sich Deutschland auch weiterhin nachhaltig für eine europaweite Lösung einsetzen.

Insbesondere mit Blick auf die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleibt es das übergeordnete haushaltspolitische Ziel der Bundesregierung, die Nettokreditaufnahme des Bundes im Finanzplanungszeitraum bis 2015 spürbar und nachhaltig zurückzuführen. Nur so kann das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Finanzmärkten in eine langfristig tragfähige Finanzpolitik gestärkt und eine solide Grundlage für nachhaltiges Wachstum geschaffen werden.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder1 im 1. Quartal 2011

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder<sup>1</sup> im 1. Quartal 2011

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern steigen im 1. Quartal 2011 um + 10,8 % gegenüber dem 1. Quartal 2010.
  - Es gibt deutliche Zunahmen bei den gewinnabhängigen Steuern.
  - Es zeigt sich eine Belebung bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz.

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im1. Quartal 2011

Die bei Bund und Ländern im 1. Quartal 2011 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 123 131 Mio. €, das sind + 11 968 Mio. € beziehungsweise + 10,8 % mehr als im 1. Quartal 2010. Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2011 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 dar.

Das Aufkommen aus den **gemeinschaftlichen Steuern** überschritt im 1. Quartal
2011 das Vorjahresniveau um + 11,2 %,
getragen von hohen Zuwächsen bei fast
allen Einzelkomponenten. Lediglich
die Abgeltungsteuer auf Zins- und

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. Veräußerungserträge konnte ihr Vorjahresergebnis nicht erreichen.

Die Bruttoeinnahmen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) aus der **Lohnsteuer** stiegen im Berichtszeitraum um + 5,1%. Ursächlich hierfür war insbesondere die verbesserte Beschäftigungslage, aber auch Lohnsteigerungen machten sich bemerkbar. Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer lag um + 7,3 % über dem Vorjahresniveau. Hier wirkten sich die gesunkenen Kindergeldzahlungen (- 0,7 %) aufgrund des Rückgangs der Kindergeldkinder ebenso aus wie die rückläufigen Zahlungen der Altersvorsorgezulage (- 73,5 %). Bei letzterer konzentrieren sich die Auszahlungen zunehmend auf den Mai-Termin.

Die Einnahmen aus der veranlagten
Einkommensteuer nahmen im 1. Quartal
2011 gegenüber dem entsprechenden
Vorjahresquartal um + 9,7 % zu. Maßgeblich
für diesen Zuwachs ist der Rückgang
um gut ein Drittel (- 34,0 %) bei den
ausgezahlten Eigenheimzulagen. Hier
ist im Hauptauszahlungsmonat März ein
weiterer Jahrgang aus der Förderung
herausgefallen. Das Bruttoaufkommen der
veranlagten Einkommensteuer (vor Abzug der
Eigenheimzulage) ist leicht zurückgegangen.
Aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen
Lage erhöhten sich zwar die Vorauszahlungen

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder1 im 1. Quartal 2011

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2011

	1. Quar	tal 2011	Änderung gegenüber		
Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	in M	io.€	Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in %	
Gemeinschaftliche Steuern	98 084	88 234	+9 850	+11,2	
Reine Bundessteuern	20 515	19 001	+1 514	+8,0	
Reine Ländersteuern	3 408	2814	+595	+21,1	
Zölle	1 124	1115	+9	+0,8	
Steuereinnahmen	400 404	444.400	144.000	. 10.0	
insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	123 131	111 163	+11 968	+ 10,8	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

gegenüber dem Vorjahreszeitraum kräftig. Gleichzeitig gingen jedoch die Nachzahlungen zurück, und vor allem stiegen - infolge eines Sonderfalls im Februar - die Erstattungen deutlich an.

Das Kassenaufkommen aus der Körperschaftsteuer verzeichnete eine Zuwachsrate von + 27,4%. Wie bei der veranlagten Einkommensteuer sind auch bei der Körperschaftsteuer die Vorauszahlungen erheblich angestiegen. Auch hier verhinderte jedoch ein Sonderfall (im Januar) einen noch stärkeren Zuwachs: Aufgrund der Anrechnung einer großen Kapitalertragsteuerzahlung kam es zu sehr hohen Erstattungen von Körperschaftsteuer.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verringerten sich um -11,1%, bedingt durch das sehr niedrige Zinsniveau und die daraus resultierende erheblich verringerte Steuerbemessungsgrundlage. Darüber hinaus wurden höherverzinsliche Anlagen aus früheren Jahren fällig und neue Anlagen zu niedrigeren Zinsen getätigt, so dass sich die Durchschnittsverzinsung von Wertpapieren reduzierte.

Bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** ist das Ergebnis (+ 81,5 %) durch den bereits bei der Körperschaftsteuer angesprochenen Sondereffekt - hohe Nachzahlungen für das Vorjahr - verzerrt. Die unmittelbare Verrechnung der nachgezahlten Kapitalertragsteuer mit der Körperschaftsteuer führte im Saldo nicht zu Steuereinnahmen.

Die **Steuern vom Umsatz** (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer) übertrafen ihr Vorjahresergebnis im 1. Quartal 2011 um + 10.5 %. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern erhöhten sich dank der äußerst lebhaften Außenhandelstätigkeit auf sehr schwacher Vorjahresbasis um + 34,2 %. Die Umsatzsteuer verzeichnete aufgrund einer deutlichen Belebung des privaten Verbrauchs um + 4,3 % höhere Einnahmen. Angesichts der Dimension der Zuwachsrate bei den Steuern vom Umsatz ist zu vermuten, dass auch andere Einflüsse (z. B. Verschiebungen bei Zahlungsterminen) eine Rolle spielen, die in den kommenden Monaten zu einer Dämpfung der Zuwachsraten führen werden.

Die **Bundessteuern** übertrafen das Ergebnis des Vergleichszeitraumes um + 8,0 %. Die aufkommensstärksten Bundessteuern weisen teilweise beachtliche Zuwachsraten auf.

Bei der Tabaksteuer wurden Mehreinnahmen von +17,5 % erzielt. Hier spielen angesichts der Steuererhöhung zum 1. Mai 2011 vorgezogene Käufe eine große Rolle. Im Rest des Jahres wird es daher zu entsprechenden Mindereinnahmen kommen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder1 im 1. Quartal 2011

Auch bei der Stromsteuer mit + 19,1% (vor allem wegen steuerrechtlicher Änderungen zu Jahresbeginn) und bei der Versicherungsteuer mit + 8,3% nahm das Aufkommen kräftig zu. Gleiches gilt für den Solidaritätszuschlag, der spiegelbildlich zum Zuwachs bei seinen Bemessungsgrundlagen + 7,6% mehr erbrachte. Die Energiesteuer (+ 0,3%) lag ebenso leicht über dem Vorjahresniveau wie die Kraftfahrzeugsteuer (+ 0,2%). Erstmals wurden im 1. Quartal 2011 Einnahmen aus der zum 1. Januar 2011 neu eingeführten Luftverkehrsteuer in Höhe von 119 Mio. € erzielt.

Die Mehreinnahmen bei den Ländersteuern (+ 21,1%) werden insbesondere getragen von den Zuwächsen bei der Erbschaftsteuer (+ 27,5%) und der Grunderwerbsteuer (+ 26,6%). Auch die Feuerschutzsteuer übertraf ihr Vorjahresniveau um + 4,9% ebenso wie die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 2,5%). Lediglich die Biersteuer (- 2,5%) weist eine Minusrate aus.

# 2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des1. Quartals 2011

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Januar 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 5,5 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten insbesondere aufgrund der höheren Einnahmen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und bei den Steuern vom Umsatz ihr Niveau um + 6,4 % ausdehnen. Das Aufkommen bei den reinen Bundessteuern sank hingegen um - 1,3 %, geschuldet dem Rückgang bei der Energiesteuer (- 19,8 %) und der Tabaksteuer (- 10,4 %). Die reinen Ländersteuern weisen mit + 25,7 % ein deutliches Plus auf dank der hohen

Veränderungsraten bei der Erbschaftsteuer (+44,8%) und der Grunderwerbsteuer (+27,1%). Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) überschritten das Vorjahresergebnis um +11,0%, nicht zuletzt aufgrund der deutlich geringeren EU-Abführungen.

Im **Februar 2011** wurden insgesamt um + 9,7% mehr Steuern eingenommen. Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern verzeichnet gegenüber dem Ergebnis des Vorjahresmonats einen Zuwachs um + 9,8 %, geprägt von einem unerwartet kräftigen Anstieg bei den Steuern vom Umsatz (+13,5%). Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer verringerte sich demgegenüber aufgrund der Tatsache, dass in einem großen Einzelfall freiwillig geleistete Vorauszahlungen aufgrund der inzwischen erfolgten Klärung der Rechtslage zurückzuzahlen waren. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um + 8,5 %, während die Ländersteuern erneut zweistellige Zuwächse meldeten (+12,2%). Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) wseisen ein Plus von +10.0% aus.

Im von den Vorauszahlungsterminen bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer geprägten aufkommensstarken Monat März 2011 lagen die Steuereinnahmen insgesamt um +16,5% über dem Vorjahreswert. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern bei (+17,3%), deren Veränderungsraten allesamt im positiven Bereich lagen. Besonders hoch waren die Steigerungsraten bei der Körperschaftsteuer (+49,4%), der veranlagten Einkommensteuer (+17,5%) und den Steuern vom Umsatz (+ 15,8 %). Die reinen Bundessteuern übertrafen das Vorjahresniveau um + 12,2 %, die reinen Ländersteuern sogar um + 25,1%. Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnungen stiegen erneut im zweistelligen Bereich (+18,2%).

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder1 im 1. Quartal 2011

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Insgesamt meldeten Bund, Länder und Gemeinden im 1. Quartal 2011 spürbare Einnahmensteigerungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Trotz der höheren EU-Abführungen erzielte der Bund ein zweistelliges Ergebnis (+ 13,6 %). Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2011 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften finden sich im Internetangebot des BMF unter: http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/ Steuereinnahmen

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. Quar	tal 2011	Änderung gegenüber		
	in M	io.€	Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in %	
Bund <sup>1</sup>	53 590	47 184	+6 407	+13,6	
EU	8 717	8 2 7 8	+439	+5,3	
Länder <sup>1</sup>	53 571	48 909	+4 662	+9,5	
Gemeinden <sup>2</sup>	7 253	6793	+460	+6,8	
Zusammen	123 131	111 163	+11 968	+ 10,8	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

G7- und G20-Finanzminister- und Notenbankgouverneurtreffen sowie Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

# Ergebnisse des Treffens der G7- und G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

1	Einleitung	50
	Weltwirtschaft	
3	G20-Rahmenwerk für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum	51
4	Reform des internationalen Währungssystems	52
	Rohstoffe	
6	Finanzmarktreformen	53

- Global gewinnt die wirtschaftliche Erholung an Breite.
- Zur Bewertung im Hinblick auf die globalen Ungleichgewichte im Rahmen des "G20 Framework for Growth" einigte man sich auf das weitere Verfahren.
- Bei den Arbeiten zur Reform des internationalen Währungssystems gibt es Fortschritte.
- Das Financial Stability Board arbeitet weiter an der Umsetzung der Finanzmarktreformen.

### 1 Einleitung

Vom 14. bis 17. April 2011 trafen sich anlässlich der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington D.C. die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G7 und der G20 sowie der Lenkungsausschuss des IWF, das International Monetary and Financial Committee (IMFC) und das Development Committee der Weltbank. Schwerpunkte der Diskussion waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft sowie die Reform des internationalen Währungssystems. Erörtert wurden darüber hinaus das Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ("G20 Framework for Growth"), die Lage an den Rohstoffmärkten und Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung.

Aus deutscher Sicht können die Treffen als Erfolg gewertet werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde von den internationalen Organisationen wie auch unseren Partnerländern ausdrücklich positiv gewürdigt. Dies gilt sowohl für die Ausgewogenheit des deutschen Wachstums als auch für die Entwicklung des Arbeitsmarkts und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Bei der Reform des internationalen Währungssystems, bei der Deutschland als Vorsitzland der entsprechenden G20-Arbeitsgruppe eine zentrale Rolle spielt, konnten wichtige Fortschritte erzielt werden.

### 2 Weltwirtschaft

Für die Jahre 2011 und 2012 erwartet der IWF ein globales Wachstum von rund 4,5 %. Dabei muss aber festgestellt werden, dass die Wachstumsdynamik weiter starken regionalen Unterschieden unterworfen ist. So wird für Schwellenländer ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 6,5 % vorausgesagt. Die meisten Industrieländer werden laut dem

G7- und G20-Finanzminister- und Notenbankgouverneurtreffen sowie Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

Tabelle 1: Lage der Weltwirtschaft im Überblick Wachstumsrate des BIP in %

	Tatsächlich	Tatsächlich Projektion		Revision ggü. Januar 2011		
	2010	2011	2012	2011	2012	
Welt	5,0	4,4	4,5	0,0	0,0	
Industrieländer	3,0	2,4	2,6	-0,1	0,1	
Schwellen-/Entwicklungsländer	7,3	6,5	6,5	0,0	0,0	
China	10,3	9,6	9,5	0,0	0,0	
USA	2,8	2,8	2,9	-0,2	0,2	
Kanada	3,1	2,8	2,6	0,5	-0,1	
Japan	3,9	1,4	2,1	-0,2	0,3	
Eurozone	1,7	1,6	1,8	0,1	0,1	
Deutschland	3,5	2,5	2,1	0,3	0,1	
Frankreich	1,5	1,6	1,8	0,0	0,0	
Italien	1,3	1,1	1,3	0,1	0,0	
Vereinigtes Königreich	1,3	1,7	2,3	-0,3	0,0	

Annahmen: Ölpreis pro Barrel 107,2 USD in 2011 und 108,0 USD in 2012.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 2011.

IWF im selben Zeitraum ein Wachstum von rund 2,5 % aufweisen.

Bei ihrer Bewertung der Lage der Weltwirtschaft waren sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure einig, dass die globale Erholung an Breite gewinnt und sich zunehmend selbst trägt. In vielen Industrieländern entwickelt sich die private Nachfrage positiv, wodurch die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Rezession infolge der Rücknahme der expansiven Fiskalpolitik sinkt. Trotzdem sieht der IWF weiterhin Risiken. In den entwickelten Volkswirtschaften dämpfen die teilweise hohe Staatsverschuldung und die weiterhin schwachen Immobilienmärkte die Wachstumsaussichten. In vielen Schwellenländern zeichnen sich hingegen angesichts steigender Kapitalzuflüsse und zunehmender Inflation Überhitzungstendenzen ab. Weitere Unsicherheiten für den globalen Aufschwung bestehen in steigenden Energie- und Rohstoffpreisen infolge der Situation im Nahen Osten und in Nordafrika sowie in Japan.

Angesichts besserer Wirtschaftsaussichten und reichlicher Liquidität haben sich die Finanzmärkte in den vergangenen sechs Monaten insgesamt günstig entwickelt.
Allerdings bestehen auch hier Unsicherheiten fort. Im Mittelpunkt stehen Zweifel an der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte insbesondere in den Euro-Peripheriestaaten, aber auch in den USA und Japan, sowie die anhaltenden Schwächen im Finanzsektor der größten entwickelten Volkswirtschaften. Die Gefahr negativer Rückkopplungs-Effekte zwischen dem Real- und Finanzsektor besteht damit fort.

# 3 G20-Rahmenwerk für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum

Bereits beim G20-Finanzministertreffen im Februar des Jahres war eine Einigung auf die Indikatoren erzielt worden, auf deren Basis die Analyse dauerhafter globaler Ungleichgewichte erfolgen soll: Haushaltsdefizit/öffentlicher

G7- und G20-Finanzminister- und Notenbankgouverneurtreffen sowie Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

Schuldenstand, private Sparquote/privater
Schuldenstand sowie Elemente der
Leistungsbilanz. Nun wurde in Washington
das Auswertungsverfahren festgelegt, das
auf der Grundlage dieser Indikatoren jene
Länder bestimmen soll, die wegen ihres
(vermeintlichen) Beitrags zu globalen
Ungleichgewichten in der zweiten Stufe des
Verfahrens einer eingehenden Untersuchung
ihrer Wirtschaftspolitik unterzogen werden
sollen. Mit der Festlegung der Indikatoren und
des dazugehörigen Auswertungsverfahrens
sind die gemäß dem G20-Gipfel von Seoul
zu entwickelnden "indicative guidelines"
vollständig.

Unter Berücksichtigung des neuen Verfahrens wird jetzt erneut ein "Mutual Assessment Process (MAP)" durchgeführt, bei dem die G20-Länder ihre nationalen Politiken beschreiben, der IWF diese bewertet und darauf aufbauend beim G20-Gipfel im November in Cannes erneut ein "Action Plan" erstellt wird.

# 4 Reform des internationalen Währungssystems

Mit Blick auf das Schwerpunktthema der französischen G20-Präsidentschaft, der Reform des internationalen Währungssystems, zu dem Deutschland gemeinsam mit Mexiko die zuständige G20-Arbeitsgruppe leitet, gab es eine Reihe von Fortschritten mit Blick auf die folgenden Arbeitsfelder:

Angestrebt wird ein gemeinsamer
Ansatz zum Umgang mit internationalen
Kapitalströmen, der sich in einem
weiteren Schritt in ein entsprechendes
globales Rahmenwerk überführen
lassen könnte. Richtschnur dabei sollte
das Prinzip der Kapitalverkehrsfreiheit
sein, indem Länder beim Umgang mit
internationalen Kapitalflüssen und den
Folgen hoher Kapitalvolatilität zunächst
mit angemessener Geld-, Fiskal- und
Währungspolitik reagieren. Erst als letztes
Mittel sollen Kapitalverkehrskontrollen
zum Einsatz kommen.

- Einig waren sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure auch, an die bereits erzielten Fortschritte beim Aufbau lokaler Anleihe- und Kapitalmärkte mit Hilfe der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken anzuknüpfen und diese Erfolge auszubauen. Eine Stärkung lokaler Anleihe- und Kapitalmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern kann dazu beitragen, den Anteil der Verschuldung in Fremdwährung in diesen Ländern zu verringern und so die Anfälligkeit des Finanzsektors dieser Länder für Schocks zu reduzieren.
- Ferner kam es zu einer Vereinbarung über einen Pfad zur Erweiterung des den Sonderziehungsrechten des IWF zugrundeliegenden Währungskorbs. Dieser soll sich an klaren Kriterien orientieren, wie z. B. an der freien und breiten Nutzung einer Währung. Die Erweiterung des Währungskorbs um weitere Währungen, wie z. B. den chinesischen Renminbi, würde die zunehmende Bedeutung der großen Schwellenländer in der Weltwirtschaft widerspiegeln und würde einen ersten Schritt zu einer multipolaren Währungsordnung darstellen.
- Darüber hinaus wurde der IWF beauftragt, Analysen zur Stärkung der multilateralen finanziellen Sicherheitsnetze sowie zur Zusammenarbeit des IWF mit regionalen Finanzierungsabkommen vorzunehmen. Abschließend soll die Arbeit des IWF mit Blick auf die Überwachung der Stabilität des internationalen Währungssystems gestärkt werden.

### 5 Rohstoffe

Die IWF- und G7/G20-Gremien setzten zudem ihre intensive Diskussion zur Funktionsfähigkeit der Rohstoffmärkte und zu Maßnahmen zur Reduzierung übermäßiger Preisschwankungen auf diesen Märkten fort. Konsens bestand

G7- und G20-Finanzminister- und Notenbankgouverneurtreffen sowie Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

darüber, dass die Markttransparenz über eine verbesserte Datenlage erhöht werden soll, dies gilt insbesondere für den Energiesektor. Außerdem soll durch nachhaltige Investitionen von privater und öffentlicher Seite die Agrarproduktivität in Entwicklungsländern gesteigert und damit der Nahrungsmittelknappheit entgegengewirkt werden. Einigkeit bestand auch darin, die bereits in Paris diskutierten Ansätze zur besseren Beaufsichtigung und Regulierung des Handels mit Rohstoffderivaten entschlossen voranzubringen.

Auch das "Development Committee" der Weltbank beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Weltbank-Präsident Robert Zoellick kündigte an, dass die Weltbank der Nahrungsmittelsicherheit neben Fragen des Klimaschutzes und der Biodiversität sowie der wirtschaftlichen Integration durch Infrastrukturfinanzierung in den nächsten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit schenken werde.

### 6 Finanzmarktreformen

Die Umsetzung der Finanzmarktreformen stand nicht im Vordergrund des G20-Treffens. Nachdem das Financial Stability Board (FSB) 2009 auf alle G20-Länder erweitert wurde, finden die inhaltlichen Diskussionen zunächst weitgehend dort statt, bevor die politischen Entscheidungen durch die Finanzminister und Notenbankgouverneure erfolgen. Der FSB-Vorsitzende nutzte aber wie üblich die Möglichkeit, die G20 auf den neuesten Stand zu bringen. Darüber hinaus gaben die G20 dem FSB "Guidance" in offenen Fragen der Finanzmarktreformen.

So wurde das FSB gebeten, bis zum kommenden Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im Oktober Vorschläge zur Stärkung seiner Kapazitäten, Ressourcen und Governance vorzulegen.

Auf Vorschlag Frankreichs soll ebenfalls bis zum nächsten Treffen der G20 eine makroökonomische Auswirkungsstudie zu den Empfehlungen für eine höhere Verlusttragfähigkeit systemrelevanter Finanzinstitute (SIFIs) von FSB und Basel Committee on Banking Supervision (BCBS) in Zusammenarbeit mit IWF und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erstellt werden. Mehrfach wurde betont, dass diese Studie aber nicht die Einigung zum Umgang mit globalen SIFIs verzögern dürfe. Das FSB wird hier Empfehlungen erarbeiten, die eine intensivere Aufsicht, effektivere Abwicklungsmechanismen und eine höhere Verlusttragfähigkeit beinhalten.

Außerdem erhielt das FSB den Auftrag, für das nächste Treffen der G20 konkrete Handlungsempfehlungen zur besseren Regulierung und Beaufsichtigung sogenannter Schattenbanken auszuarbeiten. Hintergrund dieses Auftrags ist die Befürchtung, dass systemische Risiken für die Finanzmärkte auch außerhalb des klassisch bankaufsichtlichen Bereichs - etwa bei Hedgefonds oder in Zweckgesellschaften - entstehen können. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kreditinstitute einer schärferen Aufsicht und Regulierung unterzogen werden als solche Schattenbanken.

Die G20-Verpflichtung zur Umsetzung der FSB-Empfehlungen zur Regulierung der (over-the-counter)-Derivatemärkte wurde - des außerbörslichen Handels zwischen Finanzmarktteilnehmern - bekräftigt.

An alle Jurisdiktionen erging erneut der Aufruf, die FSB-Empfehlungen zur Vergütung im Finanzsektor umzusetzen. Bis zum nächsten Treffen der G20 wird es hierzu eine Überprüfung durch das FSB geben.

Zur Konvergenz der Rechnungslegungsvorschriften des International Accounting Standards Board (IASB) und des Financial Accounting Standard Board (FASB), die bis Ende 2011 abgeschlossen sein soll, wird beim nächsten Treffen der G20 eine Überprüfung erfolgen.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

# Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010

# Kurzfassung der Publikation "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010"

1	Einleitung	54
	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	56
	Körperschaftsteuertarife	
3.2	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer	60
3.3	Abschreibungsmöglichkeiten	62
4	Nominale Einkommensteuerbelastung natürlicher Personen	62
	Fazit	

- Die deutsche Steuerquote ist im internationalen Vergleich niedrig. Die Abgabenquote ist relativ moderat.
- Der Standort Deutschland ist für Unternehmen attraktiv.
- Die deutschen Einkommensteuersätze sind im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig.

### 1 Einleitung

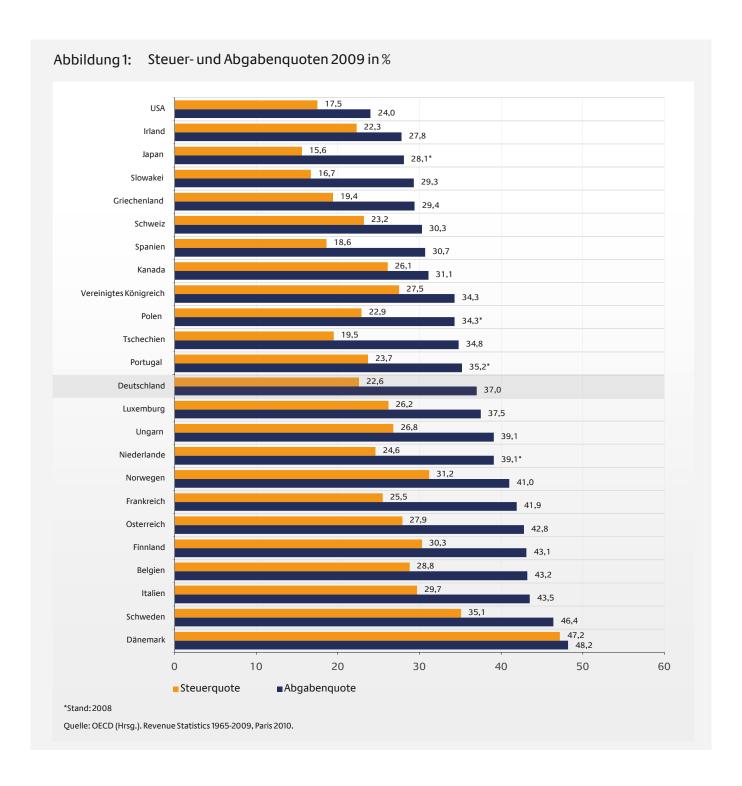
Der folgende Beitrag hebt einige Aspekte der internationalen Besteuerung hervor. Die erarbeiteten Vergleiche erstrecken sich grundsätzlich auf alle EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen) und beschreiben den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2010. Die Vergleiche enthalten dem Stichtagsprinzip folgend keine Maßnahmen, die bisher lediglich angekündigt oder zwar beschlossen wurden, sich jedoch erst ab 2011 auswirken werden.

### 2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch (in einer Volkswirtschaft gezahlte) Steuern zu ermitteln, werden sogenannte Steuerquoten ermittelt. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Länder ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige, nicht in der Steuerquote enthaltene Beiträge oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend höhere Steuern finanzieren. Erst wenn im Rahmen der Abgabenquote auch steuerähnliche Abgaben für das staatliche Sozialversicherungssystem berücksichtigt werden, ist die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 zeigt, dass insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich die Abgabenquote vergleichsweise hoch ist (> 40 %), während die USA, Irland, Japan, die Slowakei und Griechenland relativ niedrige Abgabenquoten aufweisen (< 30 %). Die deutsche Abgabenquote kann im Vergleich als relativ moderat bezeichnet werden (37,0 %). Die niedrigste Abgabenquote haben wie bereits

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

im vergangenen Jahr mit 24,0 % die USA, und die höchste Abgabenquote findet sich ebenfalls unverändert zum Vorjahr mit 48,2 % in Dänemark. Die deutsche Steuerquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht von 23,1 % auf 22,6 % gesunken. Sie verbleibt somit auf relativ niedrigem Niveau. Auch hier rahmen die USA im unteren und Dänemark am oberen Rand das Feld der Vergleichsstaaten ein.

Es sei darauf hingewiesen, dass hohe Abgabenquoten meist gut ausgebaute Sozialund Altersversicherungssysteme finanzieren, für die ansonsten private Mittel aufgewandt werden müssten. So ist etwa in den USA das staatliche System der Sozialen Sicherung im Vergleich zu Kontinentaleuropa deutlich geringer.

### 3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Um die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich darzustellen, werden häufig nominale Steuersätze als Belastungsindikatoren herangezogen. Die nominale Steuerbelastung lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen. Ihr kann eine bedeutende Signalfunktion bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und Verlusten zugesprochen werden. Die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz. Deshalb werden im Folgenden nicht nur die Steuersätze, sondern auch Eckpunkte der Bemessungsgrundlagen verglichen.

### 3.1 Körperschaftsteuertarife

Abbildung 2 gibt Informationen zur Höhe der Körperschaftsteuersätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften) sowie zu Art und Umfang der Entlastung

der Dividenden beim Anteilseigner. Diese Entlastung dient dazu, Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern. Fast alle Staaten haben inzwischen entsprechende Systeme eingeführt. Nur noch Irland und die Schweiz sind Staaten ohne Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners (klassische Systeme ohne Tarifermäßigung), haben aber als Ausgleich nach wie vor vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Drei Staaten besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, sodass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Estland, die Slowakei und Zypern). Zum gleichen Ergebnis kommen auch Malta und seit 2010 auch Griechenland, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (Vollanrechnungsverfahren).

Der in den vergangenen beiden Jahrzehnten international zu beobachtende Trend zur Senkung der (nominalen) Körperschaftsteuersätze setzte sich in einigen Staaten fort. So haben von 2009 zu 2010 folgende Staaten ihre Körperschaftsteuertarife herabgesetzt: Litauen, Slowenien, Tschechien und Kanada. Die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise führten dagegen in anderen Staaten auch zu höheren Steuersätzen. So erhöhte z.B. Ungarn den Körperschaftsteuersatz von 16 % auf 19 %. Andererseits setzte Ungarn die Schwelle für den ermäßigten Steuersatz von 50 Mio. HUF auf 250 Mio. HUF herauf, sodass mehr Unternehmen davon profitieren. Griechenland erhöhte ebenfalls den Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 40 % für ausgeschüttete Gewinne und wechselte gleichzeitig von einem klassischen System der Tarifermäßigung zu einem System der Vollanrechnung.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

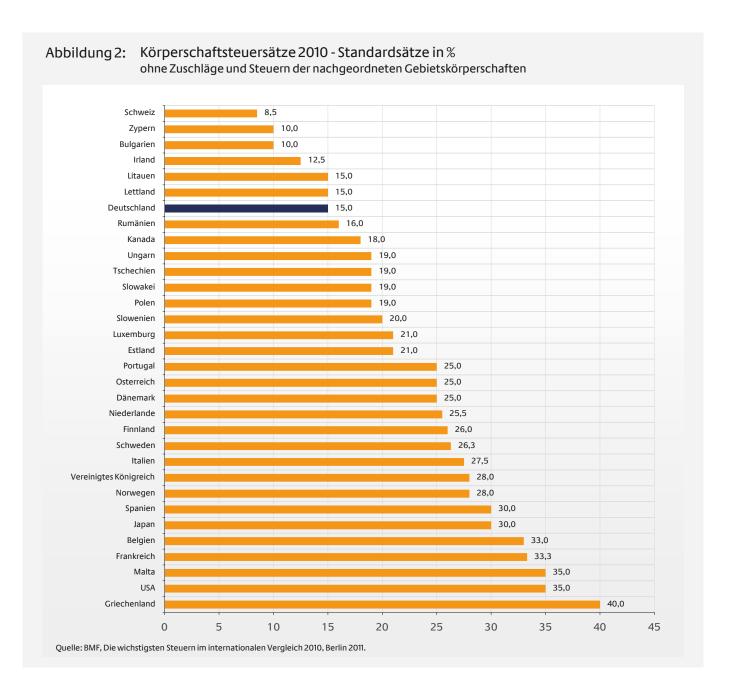
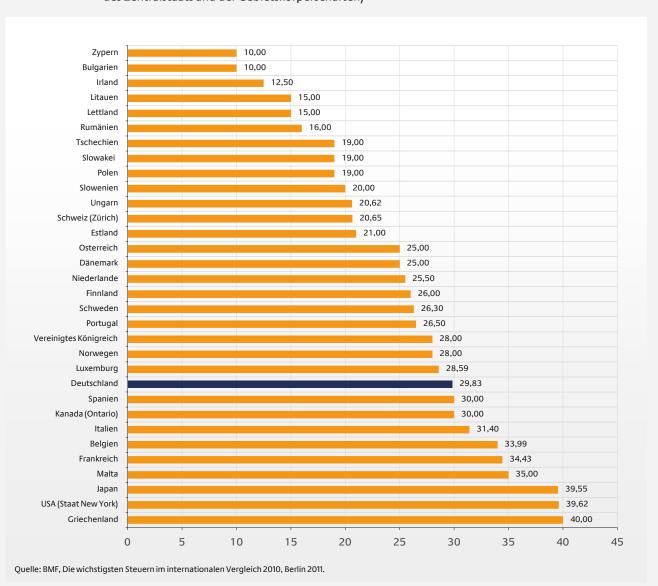


Abbildung 2 zeigte die geltenden Körperschaftsteuersätze auf zentralstaatlicher Ebene. Darüber hinaus erheben in mehreren Staaten die Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.) noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und ähnliches des Zentralstaats und/oder der Gebietskörperschaften. Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften

belastenden Unternehmenssteuern, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, sind in Abbildung 3 dargestellt. Zu beachten ist dabei, dass die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften in manchen Staaten abzugsfähig sind (z. B. Schweiz und USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Bis

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

Abbildung 3: Unternehmensbesteuerung 2010 im internationalen Vergleich Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2010 (nominal) in % (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)

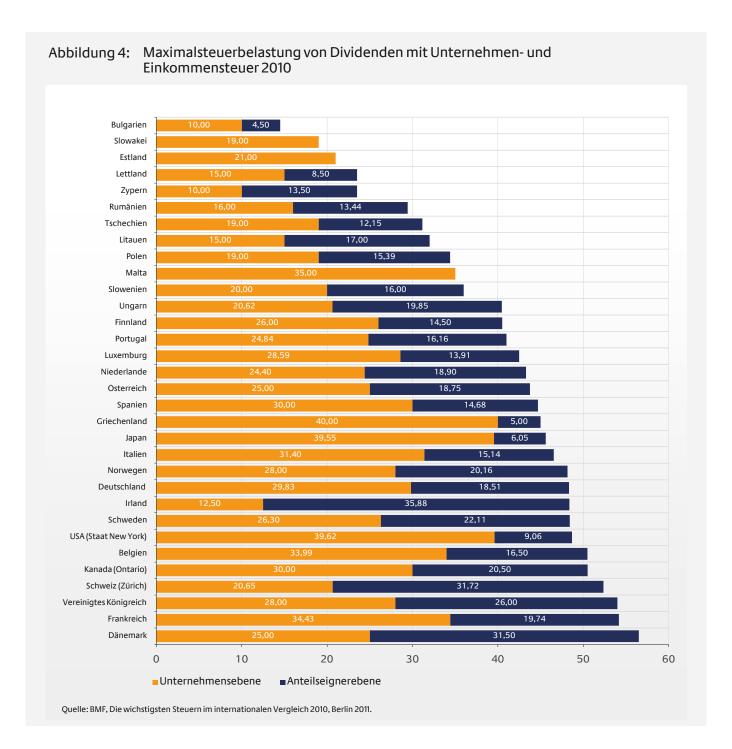


2008 minderte die Gewerbesteuer auch in Deutschland als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage. Um die Transparenz der Besteuerung zu erhöhen (additive Steuerbelastungsermittlung) und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, wurde der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer aufgegeben. Die Gewerbesteuer mindert in Deutschland heute weder die

eigene Bemessungsgrundlage noch die Bemessungsgrundlage der Körperschaftund Einkommensteuer. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften reicht von 10 % in Bulgarien bis zu 40 % in Griechenland. Deutschland bleibt knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.

Für eine Bewertung der Gesamtbelastung von Unternehmensgewinnen muss auch die

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010



Besteuerung der Anteilseigner berücksichtigt werden. Diese ist auf vielfältige Art und Weise möglich. Teilweise werden ausgeschüttete Gewinne gar nicht mehr beim Anteilseigner besteuert, in einigen Staaten nur noch zu einem gewissen Teil und in anderen Staaten vollständig. Deshalb kommt sowohl den

Steuersätzen als auch dem Umfang der Besteuerung der Dividenden ein großes Gewicht zu. Abbildung 4 stellt die maximale Gesamtbelastung des Anteilseigners bei Ausschüttung dar. Zu beachten ist, dass in Staaten mit einer Veranlagungsoption die Steuerbelastung geringer als abgebildet

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

sein kann; insbesondere wenn die Belastung des Gesamteinkommens des Anteilseigners unter dem Spitzensteuersatz liegt oder gar eine steuerliche Belastung durch die Berücksichtigung von Freibeträgen entfällt. Erhält etwa ein Aktionär in Deutschland, der sonst keine weiteren Einkünfte hat, Dividendenerträge in Höhe von 8 000 €, so ergibt sich allein aufgrund der Wirkung des steuerlichen Grundfreibetrags keine Steuerbelastung auf Anteilseignerebene. Hingegen ergibt sich in Staaten mit einer definitiven Abgeltungsteuer - etwa Schweden - immer eine Belastung auf Anteilseignerebene, unabhängig von der Einkommenshöhe.

### 3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des Verlustrück-

beziehungsweise Verlustvortrags. Hierbei weisen die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind die überperiodischen Verlustausgleichsregeln in den meisten Staaten - verglichen mit Deutschland - als restriktiver zu bezeichnen. Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele Staaten keinen Verlustrücktrag kennen. In Deutschland, aber auch in Frankreich, Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA führt die Möglichkeit, Verluste rückzutragen, zu einer Liquiditätszufuhr in wirtschaftlich weniger ertragsreichen Zeiten. Zudem ist der Verlustvortrag in den meisten Staaten auf 5 bis 7 Jahre befristet. In einigen Staaten ist es deutlich länger möglich, Verluste vorzutragen, in einigen Staaten ist der Verlustvortrag sogar zeitlich unbegrenzt gestattet. Eine zeitliche Begrenzung des Verlustvortrags hat zur Folge, dass die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verlorengehen können. Deutschland, Österreich und Polen erlauben einen zeitlich unbegrenzten Verlustvortrag. beschränken die jährliche Verrechnung jedoch der Höhe nach (Mindestbesteuerung).

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2010

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag	
EU-Staaten			
Belgien	-	Unbegrenzt	
Bulgarien	-	5 Jahre	
Dänemark	-	Unbegrenzt	
Deutschland	1 Jahr (Begrenzt auf 511.500 €)	Unbegrenzt (Bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 v. H. der jährlichen Einkünfte)	
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich	
Finnland		10 Jahre	
Frankreich	3 Jahre (Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauf folgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet wird und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	Unbegrenzt	
Griechenland		5 Jahre	
Irland	1 Jahr (Bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (Für Verluste aus der gleichen Quelle)	
Italien	-	5 Jahre (Für Anlaufverluste der ersten 3 Jahre keine zeitliche Begrenzung)	
Lettland	-	8 Jahre	
Litauen	-	Unbegrenzt	
Luxemburg	-	Unbegrenzt	
Malta	-	Unbegrenzt	
Niederlande	1 Jahr (für Verluste aus dem Steuerjahr 2010 über 3 Jahre möglich, jedoch in der Höhe auf max. 10 Mio. € pro Jahr begrenzt)	9 Jahre (Begrenzung auf 6 Jahre, bei Inanspruchnahme der Option für den Verlustrücktrag)	
Österreich	-	Unbegrenzt (Verrechnung von Verlustvorträgen nur bis zu 75 v. H. der jährlichen Einkünfte; Rest wird weiter vorgetragen)	
Polen	-	5 Jahre (Beschränkung des Vortrags auf max. 50 v. H. de entstandenen Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)	
Portugal		4 Jahre (7 Jahre in bestimmten strukturschwachen Gebieten)	
Rumänien	-	7 Jahre	
Schweden	(Indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sog. "Periodisierungsrücklagen" aus den Vorjahren)	Unbegrenzt	
Slowakei	-	7 Jahre	
Slowenien	-	Unbegrenzt	
Spanien	-	15 Jahre	
Tschechien	-	5 Jahre	
Ungarn	-	Unbegrenzt	
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (2 weitere Jahre für unverbrauchte Verluste bis max. 50.000 £ pro Jahr aus Bilanzierungszeiträumen, die zwischen dem 24.11.2008 und dem 23.11.2010 enden; bei Betriebsaufgabe in der Höhe unbegrenzt über 3 Jahre möglich)	Unbegrenzt	
Zypern	-	Unbegrenzt	

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2010

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
Andere Staaten		
Japan	1 Jahr (wird für Steuerjahre, die zwischen 1.4.1992 und 31.3.2012 enden nicht gewährt, ausgenommen für bestimmte kleine und mittlere Unternehmen und bei Liquidation)	7 Jahre
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	(ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig)	Unbegrenzt
Schweiz	-	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Die Übersicht stellt Regelungen für Verluste dar, die ab dem 1.1.2010 anfallen. Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen, wurden nicht betrachtet. Quelle: BMF, Die wichstigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010, Berlin 2011.

### 3.3 Abschreibungsmöglichkeiten

Neben der Berücksichtigung von Verlusten wirken sich ebenfalls die Abschreibungsmöglichkeiten des Anlagevermögens auf die steuerliche Belastung der Unternehmen aus. Als Abschreibungsmethoden kommen die lineare und die degressive Abschreibung in Betracht. Je schneller Wirtschaftsgüter abgeschrieben werden können, desto niedriger ist die steuerliche Bemessungsgrundlage und somit die steuerliche Belastung der Unternehmen. Bisher bestand in Deutschland. wie auch in vielen anderen Staaten, eine Wahlmöglichkeit zwischen linearer und degressiver Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Die Wahlmöglichkeit entfällt in Deutschland für ab dem Jahr 2011 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter. Somit können ab 2011 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter nur noch linear abgeschrieben werden. Gebäude können bereits heute ausschließlich linear abgeschrieben werden.

In Deutschland besteht seit Januar 2010 die Wahlmöglichkeit, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 € und 1000 € in einem Sammelposten zusammenzufassen und über fünf Jahre abzuschreiben. Neben der Bildung eines Sammelpostens besteht die weitere Möglichkeit, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sofort abzuschreiben, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten jeweils 410 € nicht übersteigen. Andere Staaten, die ebenfalls einen Sammelposten kennen, lassen regelmäßig keine Abschreibung der einzelnen Wirtschaftsgüter mehr zu (siehe Tabelle 2).

### 4 Nominale Einkommensteuerbelastung natürlicher Personen

Nur einige Staaten, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, hoben diesen im Vergleich zum Vorjahr an. Darunter waren neben Deutschland auch Finnland, Griechenland, Slowenien und Norwegen. Darüber hinaus senkten Dänemark, Finnland und Ungarn den Eingangssteuersatz. Beachtet werden muss, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Eine detaillierte Aufstellung der Einkommensteuereingangssätze findet sich in der Broschüre "Die wichtigsten

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2010

	Einzelnes Wirtschaftsgut		Pool-/	
Staaten	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	Sammel- abschreibung	Bemerkungen
U-Staaten				
Belgien	Х	Х		Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig
Bulgarien	x			Prozentuale Höchstgrenzen, bis zu denen die Abschreibungssätze jährlich geändert werden können
Dänemark			Х	Degressive Abschreibung mit prozentualer Höchstgrenze, bis zu der der Abschreibungssatz jährlic geändert werden kann
Deutschland	x	Х	Х	Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig; bei Sammelposten (Wahlrecht bei Wirtschaftsgütern mit AK/HK von 150 € bis 1.000 €) lineare Abschreibung
Estland				Keine Regelungen erforderlich (Gewinnausschüttungsteuer)
Finnland			Х	Degressive Abschreibung mit prozentualer Höchstgrenze, bis zu der der Abschreibungssatz jährlic geändert werden kann
Frankreich	X	X		Jährliche Begrenzung der degressiven Abschreibung au den Betrag der linearen Abschreibung zulässig
Griechenland	Х	X		
Irland	Х			
Italien	Х			
Lettland			Х	Degressive Abschreibung
Litauen	X	Х		
Luxemburg	Х	Х		Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig
Malta	Х			
Niederlande	Х	Х		
Österreich	Х			
Polen	Х	Х		
Portugal	Х	Х		
Rumänien	Х	Х		
Schweden	Х	Х		Jährliches Wahlrecht einheitlich für das bewegliche Anlagevermögen
Slowakei	X	X		
Slowenien	X			
Spanien	Х	X		Weitere Methoden möglich
Tschechien	X	X		
Ungarn	Х			
Vereinigtes Königreich			Х	Degressive Abschreibung
Zypern	X			

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

### noch Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2010

	Einzelnes Wirtschaftsgut		Pool-/	
Staaten	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	Sammel- abschreibung	Bemerkungen
Andere Staaten				
Japan	Х	X		Wechsel zwischen den Methoden möglich
Kanada			Х	Degressive Abschreibung mit prozentualen Höchstgrenzen, bis zu denen der Abschreibungssatz jährlich geändert werden kann
Norwegen			X	Degressive Abschreibung
Schweiz	Х	X		
USA	Х	Х		Übergang von der degressiven Abschreibung zur höheren linearen Abschreibung

Dargestellt wird der Grundfall. Die meisten Staaten haben Sonderregelungen, die tabellarisch nicht umfassend darstellbar sind. Auf wichtige Besonderheiten wird in den Bemerkungen hingewiesen.

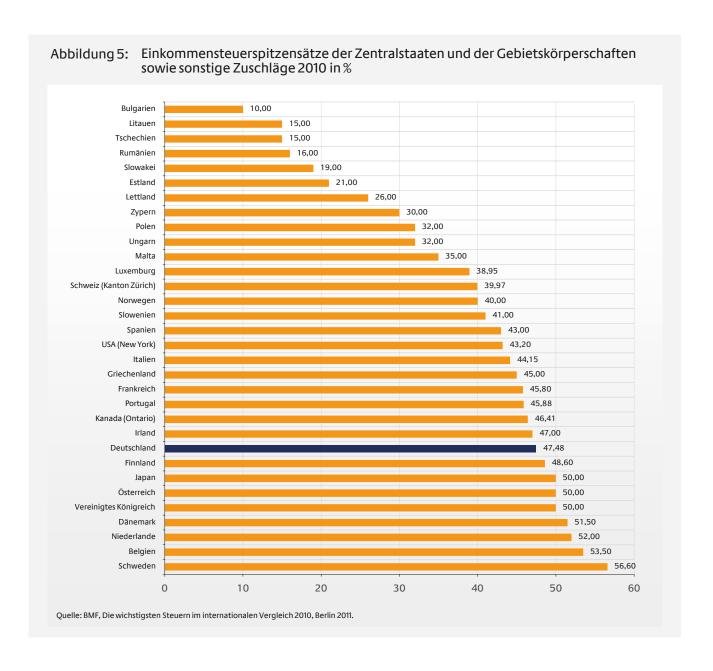
Quelle: BMF, Die wichstigsten Steuern im internationalen Vergleich 2010, Berlin 2011.

Steuern im internationalen Vergleich 2010". Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten wird eine Einzelveranlagung vorgenommen (etwa Österreich), in anderen eine Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa Deutschland) oder ohne (etwa USA) durchgeführt werden kann. Grundsätzlich stehen sich Ehepaare, bei denen die Partner stark voneinander abweichende Einkommenshöhen aufweisen, mit dem Splittingverfahren am besten.

Auch bezogen auf die Einkommensteuerspitzensätze haben einige Staaten Änderungen vorgenommen. Dänemark und Finnland senkten den Spitzensteuersatz. Eine entgegengesetzte Entwicklung zeigt sich in Lettland, Griechenland, Portugal und dem Vereinigten Königreich. Diese Staaten haben ebenfalls den Spitzensteuersatz angehoben, allerdings gleichzeitig die Schwelle erhöht, ab der der Spitzensteuersatz greift. Da die Anhebung des Spitzensteuersatzes im Vereinigten Königreich deutlich war, hat sich die relative Position Deutschlands leicht verbessert.

Abbildung 5 zeigt die höchstmöglichen Steuersätze (inklusive sonstige Zuschläge) im Rahmen der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen. Die Spitzensteuersätze bewegen sich zwischen 10 % in Bulgarien und 56,6 % in Schweden. Der Median der aufgezeigten Spitzensteuersätze beträgt 43 %. Somit ist der deutsche Spitzensteuersatz mit 47,48 % in der oberen Hälfte anzusiedeln.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010



DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2010

### 5 Fazit

Die Steuerbelastung insgesamt ist in Deutschland kein generelles Problem, die Belastung mit Sozialabgaben ist im internationalen Vergleich hoch, ihr steht allerdings auch ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Als Produktionsstandort ist Deutschland attraktiv. Die nominale Steuerbelastung in Deutschland versteuerter Gewinne liegt im oberen Mittelfeld der EU-Staaten. Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht

isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die "Leistungsseite" des Standortes berücksichtigen (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.).

Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung hat. Allerdings können auch bei gleichem Leistungs- und Abgabenniveau Unterschiede durch die Steuerstruktur entstehen. Dieser Ausgleich zwischen Steuerbelastung und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Dies gilt auch für die Steuer- und Abgabenstruktur.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

## Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	67
2	China	69
3	Indien	71
4	Indonesien	72
5	Korea	74
6	Russland	76
7	Ukraine	
8	Argentinien	80
9	Brasilien	81
10	Mexiko	83
11	Südafrika	85
12	Türkei	86
13	Äavnten	88

- Im vergangenen Jahr war in den Schwellenländern ein robustes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Aussichten für dieses Jahr sind weiterhin gut.
- Wachstumsmotoren, insbesondere in Asien, sind nach wie vor China, Indien und Indonesien.
- Die Inflationsentwicklung vor allem von steigenden Öl- und Nahrungsmittelpreisen, stellt aber viele Schwellenländer vor die Herausforderung, mit angemessener Finanz- und Geldpolitik zu reagieren.
- Auch die gestiegene Volatilität von Kapitalflüssen bereitet den Schwellenländern Probleme, vor allem in der Geld- und Währungspolitik.

### 1 Überblick

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet in seiner Frühjahrsprognose, dass sich die weltweite Wirtschaftsleistung nach 5 % im Jahr 2010 in diesem und im nächsten Jahr um 4 ½ % erhöhen wird. Dabei wird für die Schwellen- und Entwicklungsländer ein Wachstum von 6 ½ % erwartet, während die Industrieländer lediglich 2 ½ % erzielen dürften. Als Herausforderung für die Schwellen- und Entwicklungsländer sieht der IWF die Vermeidung von Überhitzungen in diesem Jahr. Daneben stelle die Volatilität der Kapitalströme für diese Länder ein Problem dar. Zwar seien die Kapitalströme in Schwellenländer nach der Krise

bemerkenswert schnell wieder gestiegen.
Sollten aber die Zinsen in den Industrieländern von ihrem derzeit ungewöhnlich niedrigen Niveau wieder steigen, dürften die Kapitalströme die Schwellenländer schnell wieder verlassen. Maßnahmen wie Kapitalverkehrsbeschränkungen könnten abhängig von den länderspezifischen Gegebenheiten unter bestimmten Umständen eine Rolle bei der Eindämmung exzessiver Volatilität spielen, sie seien aber kein Ersatz für restriktive Maßnahmen in der Geld- und Fiskalpolitik.

Nach Auffassung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), die im April ihren Ausblick für das Jahr veröffentlich hat, stehen die asiatischen Schwellenländer

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

insbesondere vor zwei Herausforderungen, die entscheidende Bedeutung für das Wachstum der Region in den nächsten Jahren haben werden: die Inflation und die Stärkung der Beziehungen zu anderen Schwellenländern. Das Wirtschaftswachstum Asiens (ohne Japan) werde sich von 9 % im Jahr 2010 auf 7,8 % beziehungsweise 7,7 % in den Jahren 2011 und 2012 abschwächen. Treibende Kräfte werden dabei China, Indien, aber auch Kasachstan, Bangladesh, Sri Lanka, Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Vietnam sein. Ein Grund für das nachlassende Wachstum sei, dass die Stimuli gegen die Krise auslaufen oder reduziert werden. Damit es dennoch gelinge, Wirtschaftswachstum sicherzustellen, müssten die Schwellenländer Asiens neue Wachstumsquellen erschließen und ausbauen. Dies bedeute den Ausbau der Handelsbeziehungen mit anderen Schwellenländern inner- und außerhalb der Region; der Abbau von Süd-Süd-Barrieren für Handel und Investitionen sei notwendig, da diese nach wie vor höher als diejenigen Asiens mit den Industrienationen seien. Die Inflationsbekämpfung stelle jedoch derzeit das wichtigere Problem dar. Zwar sei die derzeitige Inflationsentwicklung in der Region durchaus handhabbar, allerdings sei es erforderlich, eine weitere Verschärfung zu vermeiden.

Nach dem Einbruch 2009 im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Wirtschaft in Lateinamerika beeindruckend erholt. Nach einem sehr starken Jahr 2010 (Wachstum über 6%) bleibt das Wachstum nach Schätzung des IWF mit jeweils über 4% in diesem und im kommenden Jahr in fast allen Ländern der Region komfortabel. Damit einher geht jedoch zunehmend auch die Gefahr der konjunkturellen Überhitzung, die sich in steigendem Preisdruck, erhöhtem inländischen Kreditwachstum und verschlechterten Leistungsbilanzpositionen niederschlägt. Herausforderungen für die Politik ergeben sich unter anderem aus starken Kapitalzuflüssen aus dem Ausland, die zwar Wachstum

und Entwicklung in den betroffenen Ländern fördern, bei unzureichender Regulierung und Finanzmarkttiefe aber auch zu Vermögenspreisblasen und anderen finanzstabilitätsgefährdenden Übertreibungen führen können. Zudem besteht die Gefahr einer plötzlichen Umkehr dieser Kapitalströme.

Russland profitiert von der weltwirtschaftlichen Erholung insbesondere durch die anziehenden Weltmarktpreise für Öl und Gas. Die Rohstoffabhängigkeit der russischen Volkswirtschaft könnte jedoch bei Rückschlägen der Weltkonjunktur rasch wieder zur Achillesferse werden. Die Regierung ist deshalb bemüht, finanzielle Reserven aufzubauen und insbesondere die Diversifizierung der Wirtschaft voranzutreiben, ein Vorhaben, das angesichts eines nicht einfachen Investitionsklimas ein längerfristig angelegter Prozess bleiben dürfte.

Die zunehmende Bedeutung der Schwellenländer für die Weltwirtschaft zeigt sich auch in den seit einiger Zeit stattfindenden Gipfeltreffen der BRIC-Staaten. Die Staats- und Regierungschefs von Brasilien, Russland, Indien und China trafen sich erstmals in diesem Format im Juni 2009 in Russland. Es folgte im April 2010 ein Treffen in Brasilien. Ende 2010 wurde Südafrika eingeladen, diesem Format beizutreten. Das Gipfeltreffen Mitte April 2011 in China der sogenannten BRICS umfasste somit erstmals auch Südafrika. Die BRICS zusammen haben mehr als 3 Milliarden Einwohner - oder rund 43 % der Weltbevölkerung, tragen zu 16 % zum Welt-BIP bei, bestreiten 15 % des gesamten Außenhandelsvolumens und ziehen rund 53 % des Auslandskapitals an.

Seit den Unruhen in Ägypten sowie Tunesien und den Ereignissen in Libyen sind die Länder des arabischen Raums in den Blickpunkt des politischen Weltinteresses gerückt. Auch in Syrien und den Golfstaaten Bahrain, Jemen und Saudi Arabien fordern Demonstranten umfassende demokratische Reformen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

### 2 China

Im März 2011 fand in Peking die Tagung des Nationalen Volkskongresses statt. Dabei wurde der 12. Fünfjahresplan für den Zeitraum von 2011 bis 2015 verabschiedet. Seine Maßnahmen umfassen – wie bereits die vorangegangenen Fünfjahrespläne den Aufbau und die Weiterentwicklung des chinesischen Wirtschafts-, Rechts-, Bildungsund Sozialsystems. Der Fokus der Reformen soll vor allem in den ländlichen Regionen und in Zentral- und Westchina liegen, um dort nachhaltiges Wachstum zu erzeugen. Es soll ein entscheidender Schritt zur Herausbildung einer "Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand" erfolgen, wobei nach dem Prinzip "Mensch als Maßstab" der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert werden soll.

Im vergangenen Jahr ist es China gelungen, Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt abzulösen. Das nominale BIP betrug knapp 40 Billionen Yuan (rund 6 040 Mrd. US-Dollar). Nach offiziellen Angaben wurde eine reale BIP-Wachstumsrate von 10,3% erreicht. Für 2011 erwartet die chinesische Regierung ein Wirtschaftswachstum von 8 %. Die Prognosen der internationalen Finanzinstitutionen liegen zum Teil deutlich über dieser Erwartung (z. B. IWF, ADB 9,6%), was auch durch die Entwicklung im 1. Quartal dieses Jahres – die chinesische Wirtschaft wuchs in unvermindertem Tempo weiter mit 9,7% – gestützt wird.

Das robuste Wachstum hat zu erheblichem Inflationsdruck geführt. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2010 um 3,3 %. Im 1. Quartal 2011 wurde allerdings ein deutlicher Anstieg von 5,1% im Vergleich zum Vorjahr registriert. Im März war ein Anstieg um 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, die höchste Rate seit 32 Monaten. Ursache hierfür sind neben gestiegenen Rohstoff- insbesondere die gestiegenen Nahrungsmittelpreise.

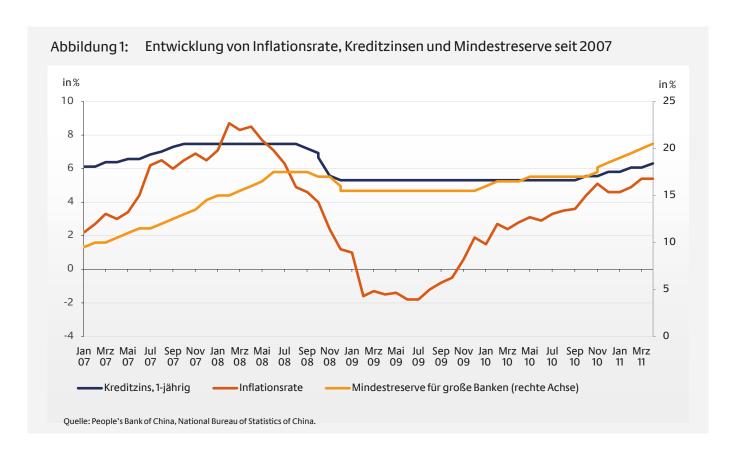
Das Haushaltsdefizit lag 2010 bei rund 2% des BIP (900 Mrd. Yuan oder 136 Mrd. US-Dollar). Davon wurden 700 Mrd. Yuan von der Zentralregierung und 200 Mrd. Yuan von den Provinzregierungen finanziert. Für 2011 wird ein Defizit von 2% angestrebt.

Im Jahr 2010 haben die chinesischen Banken neue, auf Yuan denominierte Kredite in Höhe von insgesamt 7,9 Billionen Yuan (rund 1,7 Billionen US-Dollar oder 19 % des BIP) ausgereicht. Damit wurde die Zielmarke zwar um rund 400 Mrd. Yuan übertroffen, lag aber bei weitem nicht so hoch wie 2009. Im 1. Quartal 2011 lag das Kreditvolumen insgesamt bei rund 2,2 Billionen Yuan (343 Mrd. US-Dollar).

Aufgrund des Inflationsdrucks hat die chinesische Zentralbank seit Anfang 2010 ihre lockere Geldpolitik aufgegeben und die Mindestreserveverpflichtungen für die großen Staatsbanken sowie die kleinen und mittleren Geschäftsbanken in mehreren Schritten auf 21% beziehungsweise 17% angehoben (zuletzt im Mai 2011). Da diese Maßnahmen offensichtlich nicht die gewünschten Effekte hatten, hat die Zentralbank die Leitzinsen 2010 zweimal und 2011 auch bereits zweimal (zuletzt ebenfalls im April) angehoben der Einlagenzins mit einjähriger Laufzeit liegt derzeit bei 3,25 %, der Kreditzins mit einjähriger Laufzeit bei 6,31%. Ziel ist es, die Inflationserwartungen zu dämpfen und einen erneuten Ausleiheboom zu vermeiden. Weitere Zinserhöhungen in diesem Jahr dürften nicht auszuschließen sein.

Der chinesische Aktienmarkt konnte 2010 nicht mit der Performance der Aktienmärkte anderer Schwellenländer mithalten. Während die Aktienmärkte der meisten Schwellenländer zum Teil erhebliche Gewinne verbuchen konnten, schloss der Shanghai Composite mit einem Verlust von rund 14 %. Seit Anfang dieses Jahres hat der chinesische Aktienmarkt bis Ende April leichte Gewinne erzielen können – knapp 4 %. Die Risikoaufschläge für chinesische

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Staatsanleihen gegenüber US-Staatsanleihen haben sich im vergangenen Jahr verdoppelt und schlossen mit 126 Basispunkten. Seit Jahresanfang bis Ende April sind sie um weitere 29 Basispunkte gestiegen, gehören damit aber noch zu den geringsten der Schwellenländer.

Seit der Ankündigung der Zentralbank im Juni 2010, die feste Anbindung des Yuan an den US-Dollar aufzugeben und eine stärkere Flexibilisierung des Wechselkurses zuzulassen, hat der Yuan um rund 5 % gegenüber dem US-Dollar aufgewertet. Seit Beginn dieses Jahres betrug die Aufwertung bisher knapp 2%. Ende April wurde erstmals der Wert von 6,50 Yuan für den US-Dollar unterschritten. Allerdings hat China weiter Währungsreserven in erheblichen Umfang angesammelt. Erreichten sie Ende 2010 noch 2847 Mrd. US-Dollar (rund 47 % des BIP), so überschritten sie im März 2011 erstmals die Marke von 3 000 Mrd. US-Dollar. Dieser Trend dürfte sich auch 2011 weiter fortsetzen, wenn nicht eine größere Flexibilisierung des Wechselkurses erfolgt.

Nach einem deutlichen Rückgang des Handelsvolumens 2009 konnte 2010 wieder ein rasanter Anstieg um knapp 35% verzeichnet werden. Die Exporte stiegen um 30%, die Importe um knapp 40 %. Das Handelsvolumen lag mit 2 972 Mrd. US-Dollar (Exporte: 1578 Mrd. US-Dollar, Importe 1394 Mrd. US-Dollar, Überschuss 184 Mrd. US-Dollar) nur knapp unterhalb der Grenze von 3000 Mrd. US-Dollar. Die EU war mit einem Handelsvolumen von rund 480 Mrd. US-Dollar (+ 32 % gegenüber Vorjahr) Chinas wichtigster Handelspartner, gefolgt von den USA, Japan, Hongkong und Südkorea. Im 1. Quartal 2011 stieg das Handelsvolumen um knapp 30 % gegenüber dem Vorjahr auf rund 800 Mrd. US-Dollar, China verzeichnete dabei erstmals seit vielen Jahren ein Handelsdefizit von 1 Mrd. US-Dollar. Es ist aber damit zu rechnen, dass sich diese Entwicklung bis Jahresende umkehren wird.

Die ausländischen Direktinvestitionen in China erfolgten auch im vergangenen

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Jahr ungebremst und erreichten mit fast 106 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzinvestitionen) einen neuen Rekordwert. Nachdem auch im 1. Quartal 2011 weiterhin hohe Zuflüsse zu verzeichnen sind (+ 29 % über Vorjahresniveau), könnte es in diesem Jahr wieder einen neuen Rekord geben. Interessant bleibt auch die Entwicklung der chinesischen Auslandsinvestitionen, die 2010 nach offiziellen Angaben ein Volumen von 59 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzsektor) erreichten (+ 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

#### 3 Indien

Die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens ist eine der führenden Volkswirtschaften bei der globalen konjunkturellen Erholung. Im Fiskaljahr 2009/2010 konnte Indien ein reales Wachstum von 8% verzeichnen. Für das Fiskaljahr 2010/2011 geht die Regierung von einem realen BIP-Wachstum von 8,6% aus. Damit kann Indien im internationalen Vergleich nach wie vor einen Spitzenplatz belegen.

Mit einem Ausgabevolumen von knapp 13 Billionen Rupien (umgerechnet etwa 280 Mrd. US-Dollar) liegt der Haushalt der Zentralregierung rund 3,4% über dem Vorjahresbudget. Dabei sind steigende Mittel für fast alle Wirtschaftssektoren vorgesehen: Verteidigung + 12 %, Bildung und Gesundheit + 24% beziehungsweise + 20%, Infrastruktur + 23 %. Angestrebt wird ein Budgetdefizit von 4,6 %, nach 5,1% im Vorjahr. Hier liegt die Annahme eines BIP-Wachstums von 9 % zugrunde. Für die Folgejahre ist eine weitere Rückführung des Defizits der Zentralregierung auf 4,1% in den Jahren 2012/2013 beziehungsweise 3,5 % in den Jahren 2013/2014 vorgesehen.

Die hohe Inflation (Großhandelspreisindex im März über 8 % höher als im Vorjahresmonat) gibt jedoch weiter Grund zur Sorge; vor allem gegen die Inflation bei den Lebensmittelpreisen findet die Regierung weiterhin kein Rezept. Um die von der

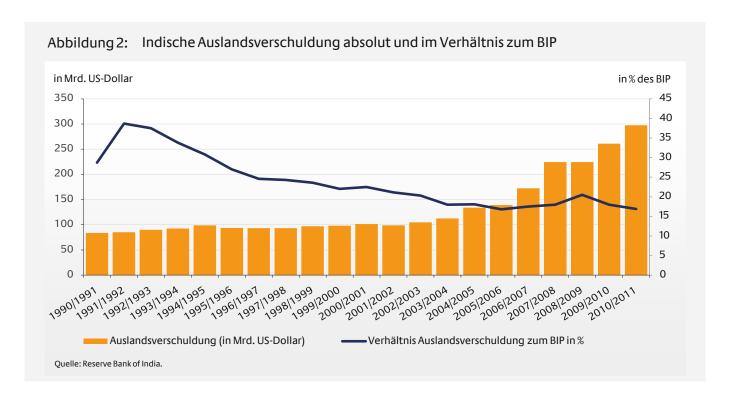
Regierung eingeführten stimulierenden Konjunkturmaßnahmen 2008 und 2009 zu unterstützen, hatte die Reserve Bank of India (RBI) Leitzinsen und die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken noch umfangreich reduziert. Angesichts bestehender Inflationsrisiken hat die RBI aber bereits Anfang 2010 eine Zinswende eingeleitet. Mittlerweile hat sie sowohl den Einlagenzins um 300 Basispunkte auf 6,25 % als auch den Repo-Zinssatz, zu dem sie Geschäftsbanken Geld leiht, um 250 Basispunkte auf 7,25 % (zuletzt April 2011) erhöht, um einer möglichen Überhitzung der Wirtschaft vorzubeugen. Eine weitere geldpolitische Straffung dürfte noch in diesem Jahr erforderlich sein.

2010 verzeichnete der indische Aktienmarkt deutliche Kursgewinne (+17% gemessen am Bombay Stock Exchange Sensitive Index -SESNEX) und schloss mit rund 20 500 Punkten. Bis Ende April 2011 setzte sich diese Tendenz jedoch nicht fort - der SENSEX verlor gegenüber dem Jahresbeginn rund 7%. Von seinem Höchststand im Januar 2008 von über 21 000 Punkten war er Ende April mit 19 000 Punkten noch weit entfernt. Die indische Währung (Rupie) hat im vergangenen Jahr gegenüber dem US-Dollar um 4% und gegenüber dem Euro um knapp 13 % aufgewertet. In diesem Jahr ist bis Ende April ein leichter Wertanstieg gegenüber dem US-Dollar (+1,7%) zu verzeichnen, gegenüber dem Euro jedoch eine Abwertung von fast 10 %.

Die indischen Währungsreserven, die 2008 noch über 300 Mrd. US-Dollar betrugen, waren im Folgejahr massiv eingebrochen. Seitdem ist aber wieder ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen, so dass Ende April 310 Mrd. US-Dollar verzeichnet werden konnten.

Die indische Auslandsverschuldung steigt weiter kontinuierlich an. Im Dezember 2010 überstieg sie erstmals seit 2004 wieder die Währungsreserven. Die Auslandsverschuldung erreichte dabei ein Volumen von fast 298 Mrd. US-Dollar, also etwa 17% des BIP. Die Schuldenstruktur aber ist mit einem geringen

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten (rund 21%) noch vorteilhaft. Der Anteil des Staats an der Auslandsverschuldung hat sich seit 1998 deutlich verringert und ist auf rund 25 % gesunken. Die Auslandsschulden des Staats betragen etwa 4,2 % des BIP.

Die Handelsbilanz weist für das Fiskaljahr 2010/2011 ein Defizit aus. Nach jüngsten Angaben des Statistikamts lag es bei rund 104 Mrd. US-Dollar. Die Exporte stiegen in diesem Zeitraum im Vergleich zum Vorjahr um 37,5 % auf 246 Mrd. US-Dollar an, während sich die Importe um 13,5 % auf 350 Mrd. US-Dollar erhöhten.

Von April 2010 bis Februar 2011 flossen insgesamt 16 % weniger ausländische Direktinvestitionen nach Indien als im Vorjahr. Damit dürfte bis zum Ende des Fiskaljahres das Vorjahresniveau deutlich verfehlt worden sein.

#### 4 Indonesien

Indonesien konnte den positiven Trend beim Wirtschaftswachstum der letzten Jahre auch 2010 fortsetzen. Die Wirtschaft des Landes wuchs um 6,1% gegenüber dem Vorjahr. Hauptgründe für das starke Wachstum sind neben der kräftigen Staatsnachfrage der starke private Konsum (60%-70% des BIP) sowie hohe Kapitalzuflüsse und damit verbundene Investitionen des Privatsektors und ein wieder steigendes Handelsvolumen. Das nominale BIP erreichte mehr als 700 Mrd. US-Dollar, und das Pro-Kopf-Einkommen stieg auf rund 3 000 US-Dollar. Für 2011 erwartet die Regierung einen BIP-Zuwachs von 6,4%, der IWF geht von 6,2% aus.

Aufgrund des nachlassenden Inflationsdrucks hatte die indonesische Notenbank (Bank Indonesia) von Dezember 2008 bis August 2009 den Leitzins in mehreren Schritten um 300 Basispunkte auf 6,5% reduziert. In der Folgezeit sind keine weiteren Zinssenkungen erfolgt. Die durchschnittliche Inflationsrate lag 2010 bei circa 5,1%, also noch im Zielkorridor der Zentralbank. Allerdings war ein deutlicher Anstieg der Verbraucherpreise bis Ende des Jahres zu beobachten. Die Inflationsrate lag im Dezember bei rund 7%. Maßgeblich haben dazu der Anstieg der Rohstoff- und der Nahrungsmittelpreise (insbesondere Reis) sowie der hohe Zufluss ausländischen

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

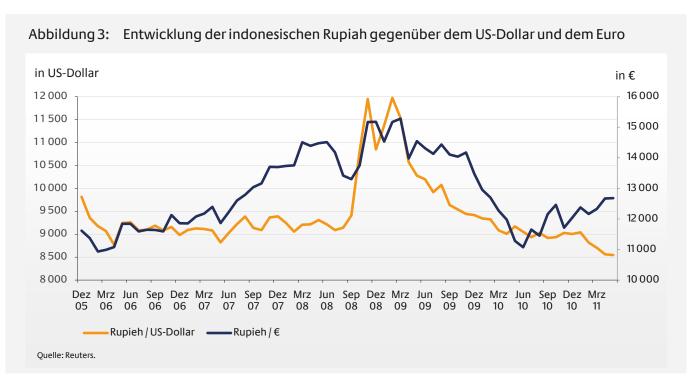
Kapitals beigetragen. Zur Dämpfung der Inflationsentwicklung und angesichts der robusten Konjunktur hat die Bank Indonesia im Februar dieses Jahres den Leitzins auf 6,75 % erhöht. Das Inflationsziel für 2011 hat sie mit 5 % (mit Korridor von  $\pm 1$ %) vorgegeben. Derzeit geht die Bank Indonesia davon aus, dass die Inflationsrate auch 2011 innerhalb des Zielkorridors liegen wird.

Auch die indonesischen Finanzmärkte konnten sich im vergangenen Jahr positiv entwickeln. Der indonesische Aktienmarkt schloss 2010 mit einem Wertzuwachs von 46 % gegenüber dem Vorjahr. Im Dezember erreichte der Jakarta Composite ein Hoch von über 3 700 Punkten. Der positive Trend setzte sich zunächst 2011 nicht fort, bis Ende April konnte der Jakarta Composite jedoch ein Allzeithoch von über 3 800 Punkten erreichen. Die Risikoaufschläge für indonesische Staatsanleihen sind seit Jahresbeginn leicht gestiegen und lagen Ende April bei 196 Punkten.

2010 stiegen die Währungsreserven des Landes weiter auf rund 96 Mrd. US-Dollar an. Dieser Trend setzt sich auch 2011 fort. Aufgrund starker Kapitalzuflüsse aus dem

Ausland, bedingt durch hohe Zins- und Renditedifferenzen zu den Industrieländern, haben die Währungsreserven Indonesiens im März 2011 erstmals die Grenze von 100 Mrd. US-Dollar überschritten. Ende März lagen sie bei 106 Mrd. US-Dollar. Dies entspricht einer Importdeckung und einem Schuldendienst von mehr als 6 Monaten. Die hohen Kapitalzuflüsse in den vergangenen Monaten haben auch zu einer Stärkung der Landeswährung geführt. Die indonesische Rupiah wertete 2010 gegenüber dem US-Dollar um 5% und gegenüber dem Euro um fast 14% auf. Infolge des vermehrten Kaufs von Staatsanleihen und Zentralbankzertifikaten durch Ausländer in diesem Jahr setzt sich diese Entwicklung fort (Rupiah gegenüber dem US-Dollar +5 % bis Ende April), dies ist der höchste Wert seit mehr als vier Jahren.

Waren die indonesischen Im- und Exporte 2009 aufgrund der globalen Rezession noch stark zurückgegangen, konnten sie 2010 wieder deutlich expandieren. Die Exporte stiegen um gut 35 % auf knapp 158 Mrd. US-Dollar, während sich die Importe um 40 % auf knapp 136 Mrd. US-Dollar erhöhten. Der Handelsüberschuss erhöhte sich um 12 %



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

im Vergleich zum Vorjahr. Importe aus den ASEAN-Staaten und China – wichtigstes Importland - werden dabei für Indonesien immer bedeutender. Größte Handelspartner Indonesiens waren 2010 die ASEAN-Staaten, China, Japan, die EU und die USA.

Die realisierten Investitionen in Indonesien verzeichneten 2010 nach einem krisenbedingten Rückgang von 12% im Jahr 2009 einen Anstieg um 54% auf knapp 23 Mrd. US-Dollar. Nach Angaben der staatlichen Investitionsbehörde (BKPM) erhöhten sich die ausländischen Investitionen um 52% auf knapp 17 Mrd. US-Dollar, während das einheimische Engagement um 60% auf fast knapp 7 Mrd. US-Dollar stieg. Investitionen ausländischer Unternehmen erfolgten überwiegend in die Bereiche Transport und Kommunikation. Wichtigstes Herkunftsland internationaler Investitionen war Singapur mit mehr als 20 % der Investitionen, gefolgt von Großbritannien, den USA und Japan. Im 1. Quartal 2011 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um fast 12 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf knapp 5 Mrd. US-Dollar.

Die Kreditwürdigkeit des Landes hat sich weiter verbessert (Ratingheraufstufungen). Die führenden Rating-Agenturen Moody's, Fitch und S&P bewerten die Kreditwürdigkeit Indonesiens knapp unterhalb des Investment-Grade-Status. Als Begründung wird die Schockresistenz des Landes angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die sich weiter verbessernde Lage der Staatsfinanzen (Schuldenstand zu BIP seit Jahren rückläufig, 2010: 26,4% des BIP) angeführt. Indonesien erwartet, dass 2011 der Investment-Grade-Status erreicht wird.

#### 5 Korea

Die koreanische Wirtschaft wuchs 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 % auf über 930 Mrd. US-Dollar. Das ist das höchste Wachstum seit 2002. Die Aussichten für 2011 und 2012 werden ebenfalls recht positiv gesehen, der IWF erwartet ein BIP-Wachstum von jeweils über 4%.

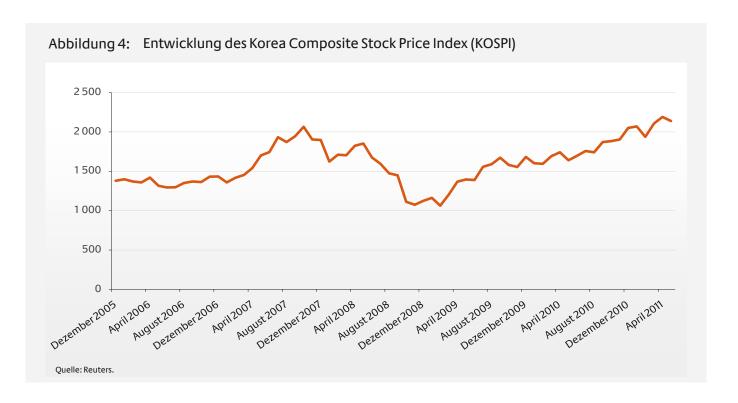
Die Staatsverschuldung erhöhte sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr um gut 9 % auf circa 33,5 % des BIP. Das koreanische Parlament hat Ende 2010 den Haushalt für 2011 verabschiedet, der im Vergleich zu 2010 um 5,5 % auf 270 Mrd. US-Dollar ansteigen soll. Nach dem vorgelegten Haushaltsplan wird die Staatsverschuldung 2011 auf rund 35 % des BIP steigen.

Die koreanische Zentralbank (BoK) hat Anfang März den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 3% angehoben. Dies ist als Reaktion auf die Inflationsentwicklung zu sehen, da die Inflationsrate im Februar bei 4,5 % lag und somit den Zielkorridor der Zentralbank von 3 % (±1%) überschritten hat. Bereits 2010 war ein deutlicher Anstieg der Verbraucherpreise zu beobachten. Ursache hierfür sind steigende Öl-sowie Lebensmittelpreise. Damit ist der Leitzinssatz erstmals seit Anfang 2009 wieder auf die 3%-Marke angestiegen. Die Zentralbank erwartet, dass diese Entwicklung in den kommenden Monaten anhalten wird, getrieben durch steigenden Nachfragedruck, instabile Rohstoffpreise und steigende Inflationserwartung.

Die koreanischen Finanzmärkte, die bereits 2009 wieder deutliche Wertzuwächse verbuchen konnten, stiegen 2010 weiter an. So konnte der Aktienindex Seoul Composite 2010 einen Kursgewinn von rund 22% verzeichnen. Im Verlauf dieses Jahres setzt sich die steigende Tendenz bis Ende April fort – wenn auch langsamer (+7,5%). Der gesamte Aktienwert der zehn größten koreanischen Konglomerate nahm Ende 2010 gegenüber dem Vorjahr um 29% auf rund 555 Mrd. US-Dollar zu. Damit stiegen die Anteile dieser Konglomerate an der Börse von 51% auf 54%.

Die Währungsreserven stiegen auch 2010 weiter an und erreichten 291 Mrd. US-Dollar (über 30 % des BIP). Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort. Die koreanischen

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Währungsreserven sind weiterhin die sechsthöchsten der Welt. Die koreanische Währung hat 2010 gegenüber dem US-Dollar um knapp 3% aufgewertet, gegenüber dem Euro um 11%.

Korea konnte 2010 einen starken Anstieg des Außenhandels verzeichnen, wobei der Handelsüberschuss noch leicht über dem Rekordniveau des Vorjahres lag. Das Außenhandelsvolumen wuchs um knapp 30 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei stiegen die Exporte um 30 %, während sich die Importe noch etwas stärker erhöhten (+32%), sodass sich letztendlich ein Überschuss von gut 41 Mrd. US-Dollar ergab. Diese Entwicklung setzt sich in diesem Jahr weiter fort; sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen zeigten sich bis einschließlich März wieder deutliche Zuwächse (+ 30 % beziehungsweise +26%). Wichtigster Außenhandelspartner Koreas ist nach wie vor China, gefolgt von Japan, den USA, Saudi-Arabien, Hongkong und Taiwan. Nach Angaben der BoK konnte Korea 2010 aufgrund der starken Exporte auch einen Leistungsbilanzüberschuss von 28 Mrd. US-Dollar (2,8 % des BIP) erzielen, was deutlich

unter dem Vorjahresniveau liegt, aber noch immer die vierthöchste Summe nach dem Rekord von 1998 (knapp 43 Mrd. US-Dollar) darstellt.

Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2010 rund 13 Mrd. US-Dollar und übertraf das Vorjahresniveau um 16 %. Für 2011 hat die Regierung ausländische Direktinvestitionen von 15 Mrd. US-Dollar eingeplant, wobei insbesondere Investitionen in den Bereichen grüne Energie, Dienstleistungen und Industriekomponenten angestrebt werden. Infolge der sich erholenden Konjunktur sind die koreanischen Auslandsinvestitionen 2010 im Vergleich zu 2009 um 8,5 % auf fast 33 Mrd. US-Dollar gestiegen. Die koreanischen Auslandsinvestitionen in Asien stiegen um 15 % auf rund 13 Mrd. US-Dollar, während in Lateinamerika ein Anstieg um 138 % und in Nordamerika ein Rückgang um 27% zu verzeichnen war. Die USA waren aber mit knapp 5 Mrd. US-Dollar das Hauptziel. Investitionen insbesondere in China, Brasilien, Vietnam und Indonesien nahmen signifikant zu.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

2010 stiegen die Netto-Auslandsforderungen gegenüber dem Vorjahr um 23 Mrd. US-Dollar auf 88 Mrd. US-Dollar. Die gesamten Auslandsforderungen beliefen sich Ende 2010 auf 448 Mrd. US-Dollar. Die Auslandsverschuldung ist ebenfalls um knapp 15 Mrd. US-Dollar auf 360 Mrd. US-Dollar angestiegen, wobei die kurzfristige Auslandsverschuldung knapp 38 % ausmachte. Sie entsprach damit gut 46 % der Währungsreserven und zeigte somit das niedrigste Niveau seit 2005.

#### 6 Russland

Russland war von der Weltwirtschaftskrise insbesondere durch den Abzug von Kapital und den Einbruch der Rohstoffpreise betroffen. Ziel des Landes ist es, diese Schwachstellen zu überwinden und den Übergang zu einer diversifizierten Volkswirtschaft zu erreichen. Mit den im Dezember 2011 anstehenden Duma-Wahlen und den für März 2012 terminierten Präsidentschaftswahlen stehen wichtige politische Entscheidungen an. Es ist aber absehbar, dass die Frage der stärkeren wirtschaftlichen Integration des postsowjetischen Raums und die Eingliederung in die Weltwirtschaft weitere Kernthemen der wirtschaftspolitischen Agenda bleiben dürften. Dieser Prozess wird von der 2010 ins Leben gerufenen Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan begleitet, die bis 2012 zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenwachsen soll. Außerdem will Russland noch in diesem Jahr der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten.

Nach dem tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 hat die russische Wirtschaft 2010 zu einem stabilen, aber relativ moderaten Wachstum zurückgefunden. Eine Zäsur stellten zur Jahresmitte 2010 die Dürrekatastrophe und die Torf- und Waldbrände dar. Wurde vor der Sommerpause für das Gesamtjahr 2010 noch von einem BIP-Wachstum bis zu 5 % ausgegangen, so konnte bis zum Jahresende nur ein Plus von 4 % erreicht werden. Für 2011 werden Wachstumsraten in ähnlicher Größenordnung erwartet (IWF: +4,8%). Getragen wird die Entwicklung insbesondere von hohen Rohstoffpreisen; Wachstumsimpulse kommen aber auch von der steigenden Industrieproduktion.

Das Haushaltsdefizit fiel 2010 mit etwa 4% des BIP geringer aus als erwartet. Dies basierte vor allem auf dem deutlich erholten Ölpreis. Nach dem Ende 2010 verabschiedeten Haushaltsgesetz für die Jahre 2011 bis 2013 rechnet die Regierung mit weiter sinkenden Defiziten, die bis 2015 in einen ausgeglichenen Haushalt münden sollen. Die für Russland günstige Ölpreisentwicklung in den letzten Monaten dürfte diesen Konsolidierungskurs unerwartet beschleunigen. Zusammen mit einer geringen staatlichen Verschuldung von derzeit 11 % des BIP zeigt sich ein Bild solider finanzpolitischer Perspektiven. Dies sollte allerdings nicht über die unverändert hohe Anfälligkeit der Haushaltseinnahmen für Schwankungen des Ölpreises und die damit verbundenen Risiken hinwegtäuschen. Die Regierung ist deshalb bemüht, die unerwarteten Einnahmen aus dem Rohstoffbereich nicht vollständig in zusätzliche Ausgaben zu stecken, sondern zunehmend Mittel in den Reservefonds einzustellen. Bereits vor der Krise wurde ein Teil der Öl- und Gaseinnahmen abgeschöpft und dem Reservefonds zugeführt, wovon Russland in der Krise profitieren konnte.

Disziplin bei den Ausgaben erscheint auch angezeigt, um die nach wie vor hohe Teuerungsrate in diesem Jahr in dem von der Zentralbank avisierten Bereich von 6 % bis 7 % zurückzufahren. Bis zur Jahresmitte 2010 war die Inflationsrate noch stetig gesunken und erreichte im Juli 2010 mit 5,5 % einen historischen Tiefstand. Ausgelöst durch die sommerliche Trockenheit und die Brandkatastrophe kam es dann aber zu drastischen Preissteigerungen. Aufgrund des hohen Anteils der Grundnahrungsmittel im Warenkorb stieg die Inflationsrate bis zum Jahresende auf 8,8 % an. Die Zentralbank beließ den wichtigsten Notenbankzinssatz

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

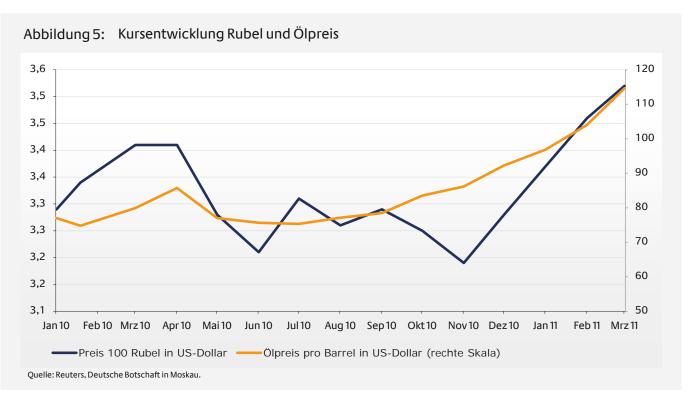
zunächst unverändert bei 7,75 %, um das noch verhaltene Wirtschaftswachstum zu stützen. Der zunehmende Aufschwung schlägt sich jedoch immer deutlicher in steigenden Verbraucherpreisen nieder, sodass die Zentralbank zur Inflationseindämmung zuletzt Ende April 2011 den Leitzins auf 8,25 % erhöhte; hinzu kamen deutliche Anhebungen der Mindestreservesätze.

Nachdem die Zentralbank in den Zeiten der Krise teils massiv zur Stützung des Rubels interveniert hatte, signalisiert sie nun durch eine Ausweitung des Interventionsbandes, dem Markt bei der Kursbildung mehr Spielraum einzuräumen. Nachdem Rubelkurs und Ölpreis Ende des Jahres 2010 vorübergehend deutlich auseinanderdrifteten, ist zuletzt wieder eine hohe Korrelation zu beobachten.

Die Entwicklung des Außenhandels ist ein weiterer Beleg für die Stärke der russischen Volkswirtschaft im Rohstoffsektor. Von den 2010 getätigten Exportumsätzen in Höhe von 396 Mrd. US-Dollar entfallen allein über zwei Drittel auf die Energieträger Öl und Gas. Die Importe 2010 (229 Mrd. US-Dollar) umfassten zum Großteil Maschinen, technische Anlagen und Transportmittel. Aufgrund der angestiegenen Rohstoffpreise konnte 2010 ein Handelsüberschuss von 167 Mrd. US-Dollar erzielt werden. Der Trend positiver Außenhandelssalden hielt auch in den ersten Monaten 2011 an.

Die Währungsreserven Russlands, die in den Boomjahren bis 2008 ständig angewachsen waren, gingen in der ersten Hälfte des Krisenjahres 2009 aufgrund von Stützungsverkäufen zugunsten des Rubels und staatlichen Hilfsmaßnahmen deutlich zurück. Seitdem erfolgt jedoch wieder ein kontinuierlicher Aufbau; die Reserven belaufen sich derzeit auf über 500 Mrd. US-Dollar, wovon ein gutes Viertel auf staatliche Fonds entfällt. Russland verfügt weltweit über die dritthöchsten Währungsreserven.

Ausländische Direktinvestitionen sind von über 27 Mrd. US-Dollar in den Jahren 2007 und 2008 im Krisenjahr 2009 auf gut die Hälfte zurückgegangen. Trotz wirtschaftlicher Erholung finden die ausländischen



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Direktinvestitionen nicht wieder zu den alten Ständen zurück, sondern haben sich 2010 noch weiter auf knapp 14 Mrd. US-Dollar reduziert. Auch haben russische Investoren Kapital zuletzt tendenziell eher außer Landes gebracht: Die Nettokapitalabflüsse lagen 2010 bei gut 38 Mrd. US-Dollar. Diese Tendenz setzt sich auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres fort; so wurde Kapital im Saldo von geschätzten 21 Mrd. US-Dollar abgezogen.

Gerade der zuletzt zu beobachtende Abzug von Kapital verdeutlicht die Notwendigkeit, auf dem Weg zu einer modernen und diversifizierten Wirtschaftsstruktur das Investitionsklima im Land zu verbessern. Die Regierung hat hierzu eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. So soll beispielsweise durch umfangreiche Teilprivatisierungen die Dominanz des Staats in der Wirtschaft (zumindest in gewissem Umfang) reduziert werden. Mit steuerlichen Anreizen und Subventionen werden Leuchtturmprojekte wie das geplante Innovationszentrum "Skolkowo" beworben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Erfolge bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft kaum kurzfristig zu erwarten sind, da es sich um einen langfristigen und vielschichtigen Prozess handelt.

#### 7 Ukraine

Die Ukraine ist auf ihrem Weg, Reformen und Stabilität auszubalancieren, weiterhin vielen Herausforderungen ausgesetzt. Präsident Viktor Janukowytsch will den Lebensstandard der Ukrainer in den nächsten Jahren deutlich verbessern, ebenso das Geschäftsklima und die Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Staatsfinanzen sollen konsolidiert, die Rolle des Staats reduziert und die Entwicklung der Regionen durch eine Verwaltungsreform befördert werden. Gefragt sind insbesondere Investitionen in Energiesparmaßnahmen und Heiztechnik. Zu den Branchen außerhalb des Energiesektors, die für Investoren besonders interessant sind, werden mittelfristig

wieder die bis 2008 boomende, jetzt aber daniederliegende Bauwirtschaft und der Logistikbereich gehören. Es gibt einen hohen Investitionsbedarf zur Modernisierung der Infrastruktur, auch im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2012, die die Ukraine gemeinsam mit Polen ausrichtet.

2010 gab es erste Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung. Die Wirtschaft wuchs real um rund 4,2 %. Die Arbeitslosenquote lag bei etwa 8 %. Der IWF hatte zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes im Sommer 2010 einen neuen Kredit in Höhe von 15,1 Mrd. US-Dollar bewilligt, der bis Dezember 2012 läuft. Die Wachstumserwartungen für 2011 (IWF prognostiziert 4,5 %) hängen davon ab, wieweit die Regierung die angekündigten wirtschaftspolitischen Reformen auch tatsächlich umsetzt.

Aufgrund der insgesamt positiven makroökonomischen Entwicklung und der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem IWF hat sich die gravierende Krise der öffentlichen Finanzen etwas entspannt. Weiterhin stellt sie jedoch eine Hypothek für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung dar. Das Haushaltsdefizit, das 2010 bei 7% und damit leicht über der vom IWF vorgegebenen Marke von 6,5 % lag, soll 2011 nur noch bei 3,5 % liegen. Dies dürfte die Regierung aber vor eine große Herausforderung stellen. 2010 war der Ukraine auch die Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte möglich. Die Staatsverschuldung im Ausland ist 2010 um knapp 36 % auf 32,5 Mrd. US-Dollar angestiegen. Die Gesamtauslandsverschuldung beträgt 117 Mrd. US-Dollar, dies entspricht knapp 86 % des BIP.

Die Inflation erreichte 2010 mit 9,4% den niedrigsten Wert seit vier Jahren – trotz gestiegener Energie- und Lebensmittelpreise. Für 2011 erwartet der IWF einen Rückgang auf 9,2%. Das Geldmengenwachstum lag nahe an der vom IWF vorgeschriebenen Quote von 15,4% und wirkte sich damit nur wenig auf die Inflation aus. Der Zentralbank gelang

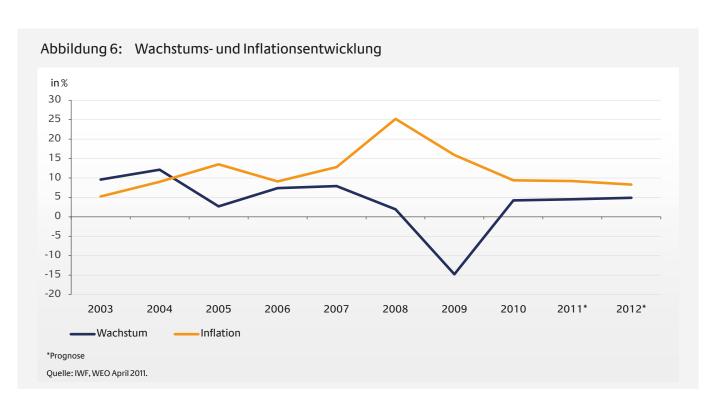
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

es, den Wechselkurs das Jahr über relativ stabil zu halten. Allerdings geriet der Kurs der ukrainischen Währung in den letzten Monaten des Jahres 2010 aufgrund steigender Importe und erhöhter Devisennachfrage unter Druck. Der IWF mahnte im Dezember mehr Wechselkursflexibilität und Wachsamkeit gegenüber steigendem Inflationsdruck an.

Der ukrainische Bankensektor konnte sich stabilisieren und so Vertrauen zurückgewinnen, zeigt sich aber weiterhin störanfällig. 2010 verzeichneten die Banken nach wie vor Verluste (1,7 Mrd. US-Dollar), diese fielen jedoch geringer aus als noch im Vorjahr. Trotz hoher Liquidität im Bankenbereich investieren die Geschäftsbanken jedoch eher in Staatstitel und zahlen nach und nach die Staatshilfen zurück, die die Nationalbank während der Krise zur Verfügung gestellt hatte. Die Ausleihungen an die Realwirtschaft verlaufen dagegen noch recht schleppend.

Die Exporte der Ukraine sind 2010 um rund 28 % gestiegen; die Importe um

rund 30 %. Der Leistungsbilanzsaldo ist negativ (2,5 Mrd. US-Dollar beziehungsweise - 1,9% des BIP, für 2011 geschätzt - 3,6 %); dies wird aber durch ausländische Direktinvestitionen (2010: 4,7 Mrd. US-Dollar) und Mittel der internationalen Finanzinstitutionen kompensiert. Die wichtigsten Handelspartner der Ukraine sind Russland, Deutschland, Polen und China. Für die Ukraine hat der Handel mit den Mitgliedstaaten der Zollunion (Russland, Kasachstan, Weißrussland) einen hohen Stellenwert, da fast ein Drittel des gesamten Außenhandels mit diesen Staaten abgewickelt wird. Die ukrainische Regierung strebt eine weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland und den GUS-Ländern an. Ein Beitritt zur Zollunion wird aber bisher überwiegend abgelehnt. Erklärtes Ziel der Regierung bleibt jedoch der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU. Für Unmut bei ausländischen Unternehmen sorgten zuletzt die staatlichen Regulierungsmaßnahmen auf dem Getreideund Ölsaatenmarkt.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

### 8 Argentinien

Die Regierung unter Cristina Fernandez de Kirchner konnte nach dem Tod ihres Vorgängers und Ehemanns Nestor Kirchner im Oktober 2010 ihre Zustimmungswerte steigern. Für den Fall einer Kandidatur werden ihr Chancen auf eine Wiederwahl im Oktober 2011 eingeräumt.

Der kräftige Aufschwung der argentinischen Wirtschaft hält an. 2010 betrug das BIP-Wachstum 9,2%, für 2011 erwartet der IWF 6 %. Eine trotz Hochkonjunktur expansive Fiskal- und Geldpolitik heizt die inländische Nachfrage im Wahljahr 2011 weiter an. So betonte die Staatspräsidentin auch jüngst öffentlich, die Ausrichtung der Kirchner-Regierungen in den vergangenen acht Jahren auf Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Einbezug sozialer Elemente sei erfolgreich gewesen und müsse fortgesetzt werden.

Staatliche Ausgabensteigerungen sind vor allem im Sozialbereich, bei Bauinvestitionen sowie bezüglich Subventionen für Energie und Transportleistungen zu verzeichnen. Der IWF geht für 2011 von einem Haushaltsdefizit – ohne Einrechnung des Zentralbankgewinns und der staatlichen Rentenkasse – in Höhe von 3,1% des BIP aus. Nach gescheiterten Haushaltsverhandlungen für 2011 führt die Regierung ihre Geschäfte auf Basis des letztjährigen Haushaltsgesetzes weiter, was ihren diskretionären Spielraum, insbesondere die Ausgabenpolitik mittels Dekret, weiter erhöht.

Für den Export ist vor allem die internationale Nachfrage nach Agrarrohstoffen bedeutsam. Der Industriesektor büßt allerdings aufgrund hoher Lohnsteigerungen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit ein. Entsprechend ist der Handelsbilanzüberschuss Anfang des Jahres auf weniger als die Hälfte des Vorjahres geschrumpft. Um der Verschlechterung der Handelsbilanz entgegenzuwirken, weitete die Regierung im Februar Importbeschränkungen

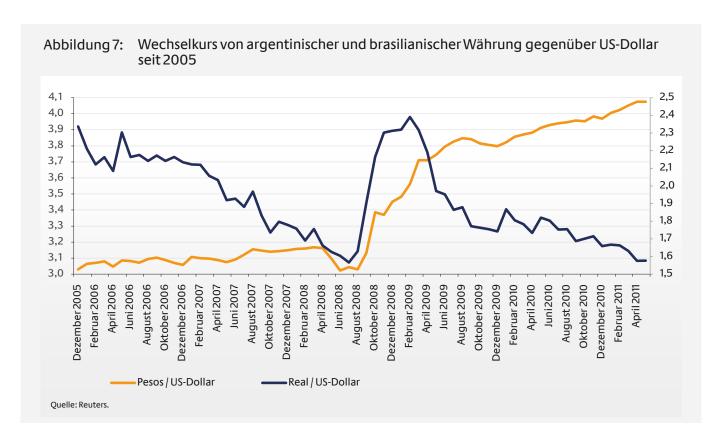
aus. Der IWF erwartet, dass Argentinien – nach einer schwarzen Null in diesem Jahr – 2012 erstmals seit zehn Jahren wieder ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen wird.

Das starke Wirtschaftswachstum geht auch mit erhöhtem Preisauftrieb einher. Die offiziellen Inflationsdaten liegen mit knapp 11% für das Jahr 2010 bereits im zweistelligen Bereich; für die nächsten Jahre prognostiziert der IWF ähnlich hohe Zuwachsraten. Mit einer Größenordnung von 25% bis 30% pro Jahr schätzen private Institute die tatsächliche Preissteigerung sogar deutlich höher ein als die offiziellen Angaben.

Insbesondere mit Blick auf die mangelnde Glaubwürdigkeit des offiziell ausgewiesenen Konsumentenpreisindexes ist die Inanspruchnahme technischer Hilfe des IWF durch die argentinische Regierung nach dem Tod Nestor Kirchners bemerkenswert. Die Regierung hatte aus Protest gegen die vermeintlich fehlerhafte und für das Land nachteilige Ausgestaltung der IWF-Hilfsprogramme von 2000 bis 2003 jegliche Zusammenarbeit über Jahre hinweg abgelehnt. Während zweier Besuche des IWF im Dezember 2010 und April 2011 ließ sich die Regierung nun erstmals bei der Inflationsmessung beraten. Inwieweit die nationale Statistikbehörde ihre Berechnungsund Erfassungsmethoden tatsächlich anpassen wird, bleibt abzuwarten.

Die Geldpolitik ist neben der Preisstabilität auch dem Wachstumsziel verschrieben. In einem Regime kontrollierter Wechselkursflexibilität (managed floating) versucht die Zentralbank mit gezielten Devisengeschäften, übermäßige Wechselkursschwankungen zu dämpfen. Tatsächlich setzte sich der leichte Abwertungstrend des argentinischen Pesos gegenüber dem US-Dollar (circa - 5 %) im vergangenen Jahr auch zu Beginn 2011 (Ende April circa - 2 %; aktuell 4,07 ARS pro US-Dollar) fort. Die Zentralbank hat angekündigt, diese Entwicklung mittels fortgesetzter Devisenmarktintervention weiter zu stützen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Damit entwickelt sich die argentinische Währung gegensätzlich zum Nachbarn Brasilien, dessen Real seit Beginn 2009 kontinuierlich aufgewertet hat.

Ende 2010 beliefen sich Argentiniens Währungsreserven auf einen historischen Höchststand von 52 Mrd. US-Dollar. Überschreitet der Nettoaufbau weiterer Währungsreserven in diesem Jahr 4,2 Mrd. US-Dollar, können darüber hinausgehende Devisenkäufe gemäß Dekret der Regierung zur Staatsschuldentilgung verwendet werden. Die Zentralbank rechnet damit, dass sie so nach 2010 auch in diesem Jahr wieder zur Haushaltsfinanzierung beitragen wird.

Um den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zurückzuerlangen, ist Argentinien um eine Lösung seiner Altschulden bemüht. Zwei Umtauschangebote an private Gläubiger im Juni und Dezember vergangenen Jahres verliefen weitgehend erfolgreich. Damit hat die Regierung inzwischen rund 94,5 % dieser offenen

Verbindlichkeiten umgeschuldet. Auch mit dem Pariser Club hat Argentinien wieder Verhandlungen aufgenommen. Zu ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber staatlichen Gläubigern in Höhe von rund 6,8 Mrd. US-Dollar aus der Staatsinsolvenz 2001/2002 kommt ein bisher noch strittiger Betrag aus Verzugs- und Strafzinsen hinzu. Mehrmals hat die argentinische Regierung das Zieldatum für eine Einigung bereits nach hinten verschoben; aktuell wird Ende 2011 angestrebt. Entsprechend ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Institution ist es der argentinischen Seite wichtig, eine Einigung ohne formellen Einbezug des IWF herbeizuführen.

#### 9 Brasilien

Zum Jahresbeginn hat Dilma Rousseff als erste Frau in Brasilien das Amt des Staatspräsidenten angetreten. Sie gehört der gleichen Partei an wie ihr Vorgänger Lula da Silva und steht damit für politische Kontinuität.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Das Wirtschaftswachstum in Brasilien setzt sich auch in diesem Jahr fort. Nach einem starken BIP-Zuwachs von 7,5 % im Jahr 2010 erwartet der IWF für dieses und nächstes Jahr eine Verlangsamung auf komfortable 4,5 % beziehungsweise 4,1%. Wachstumstreiber ist vor allem die lebhafte Binnennachfrage.

Kehrseite der Medaille sind hohe Teuerungsraten und ein wachsendes Leistungsbilanzdefizit. Die Inflation übersteigt mit über 6 % deutlich den Mittelwert des Zielkorridors der Zentralbank von 4,5 %. Die Geldpolitik wirkt dem Preisauftrieb mit Zinserhöhungen um 325 Basispunkte innerhalb eines Jahres auf inzwischen 12% sowie der Verschärfung von Mindestreserveund Eigenmittelanforderungen entgegen. Neben der Hochkonjunktur und einem entsprechenden Nachfragedruck tragen auch gestiegene Nahrungsmittelpreise zu einer höheren Gesamtinflationsrate bei. Die Staatspräsidentin hat sich Anfang des Jahres erfolgreich für eine Begrenzung des Mindestlohnanstiegs eingesetzt; 2012 soll dafür nach der beschlossenen Anpassungsformel eine kräftige reale Steigerung erfolgen.

Die Regierung bemüht sich um eine Drosselung der staatlichen Ausgabendynamik, wenngleich die Fiskalpolitik tendenziell noch expansiv ausgerichtet ist und damit wachstumsstützend wirkt. Zusätzliche Ausgabenkürzungen sollen sicherstellen, dass Brasilien in diesem Jahr sein Ziel eines Haushaltsüberschusses vor Zinszahlungen in Höhe von 3 % des BIP erreicht; dies war 2010 mit effektiv 1,6 % nur zur Hälfte gelungen. Präsidentin Rousseff hat sich allerdings klar gegen Kürzungen in Sozial- und Infrastrukturprogrammen ausgesprochen. Laut IWF dürfte das gesamte Haushaltsdefizit in diesem Jahr mit 2,4% des BIP leicht unter dem des Wahljahres 2010 bleiben.

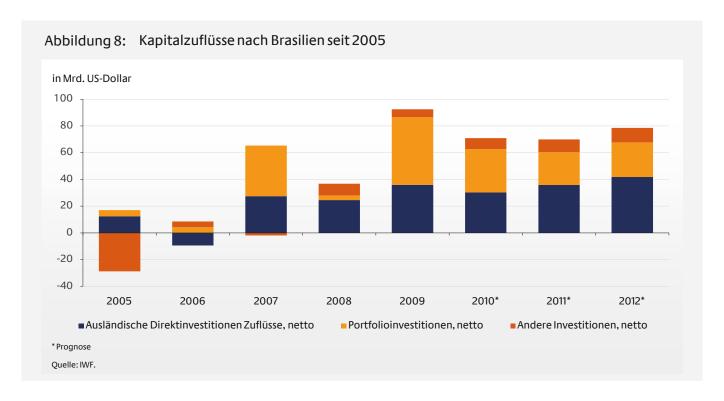
Um das starke inländische Kreditwachstum zu bremsen und kurzfristige Kapitalzuflüsse zu dämpfen, greift die Regierung verstärkt auf makroprudentielle Maßnahmen sowie Kapitalverkehrskontrollen zurück. Eine

Steuer auf den grenzüberschreitenden Erwerb brasilianischer Finanzprodukte wurde für Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere inzwischen auf 6 % verdreifacht und auf einen größeren Kreis an Anlageinstrumenten ausgedehnt. Mit einer Mindestreservepflicht von 60 % auf den Saldo von Bankverbindlichkeiten in US-Dollar oberhalb bestimmter Freigrenzen versucht die Zentralbank zudem, das Zinsarbitragegeschäft einzudämmen. Ende März wurde eine Steuer in Höhe von 6 % auf alle von Finanzinstituten sowie Unternehmen im Ausland aufgenommenen Kredite mit Laufzeiten unter einem Jahr eingeführt und diese Mindestlaufzeit wenige Tage später auf zwei Jahre verdoppelt.

Die Maßnahmen zur Begrenzung von Kapitalzuflüssen sind auch eine Reaktion auf die starke Aufwertung des Real. Dieser hat gegenüber dem US-Dollar seit Anfang 2009 um rund 40 % an Wert gewonnen (aktuell 1,57 BRL pro US-Dollar). Die Währungsaufwertung schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit brasilianischer Industrieprodukte, während die ohnehin durch starke Inlandsnachfrage stimulierten Importe relativ günstiger werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird nach Prognosen des IWF von 2,3 % des BIP im Jahr 2010 auf 3 % im Jahr 2012 wachsen. Die ergriffenen Maßnahmen konnten den Aufwertungstrend bislang nicht brechen. Marktakteure nennen die robusten Wachstumsaussichten, steigende Rohstoffpreise und die reichlich vorhandene, nach Anlagemöglichkeiten suchende globale Liquidität als fundamentale Faktoren, die den Wechselkursauftrieb künftig weiter stützen dürften.

Die brasilianischen Währungsreserven haben Ende Februar mit 308 Mrd. US-Dollar einen historischen Höchststand erreicht. Innerhalb von fünf Jahren haben sie sich damit mehr als verfünffacht. Obwohl damit ein Niveau erreicht ist, das der IWF als Puffer gegen Liquiditätskrisen für mehr als ausreichend ansieht, hält er einen weiteren Reserveaufbau in den kommenden Jahren für wahrscheinlich.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Dies bringt eine zunehmende Belastung für den Staatshaushalt mit sich. Die Kosten der durch Devisenankäufe der Zentralbank und gleichzeitiger Begebung von Anleihen in nationaler Währung der inländischen Wirtschaft entzogenen Liquidität (sogenannte Sterilisierung) belaufen sich wegen des Zinsdifferentials zu den Industriestaaten Schätzungen zufolge jährlich auf 1,5 % des BIP.

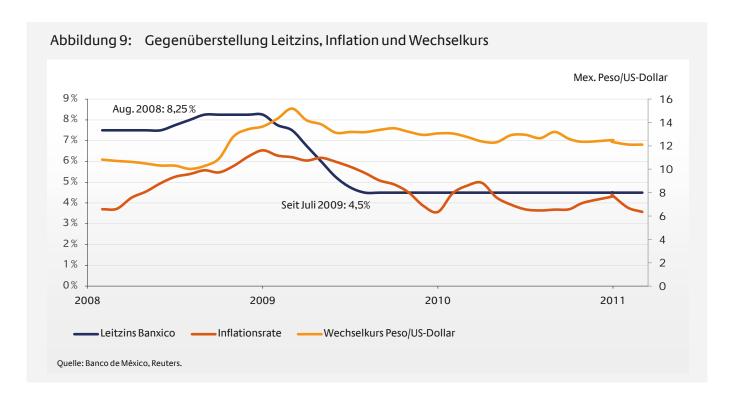
Die Herausforderungen, die von hohen und reversiblen Kapitalströmen auf die inländische Volkswirtschaft, Wirtschaftspolitik und Finanzstabilität ausgehen können, sind auch Gegenstand einer von Brasilien und Deutschland gemeinsam geleiteten Arbeitsgruppe im Rahmen der G20. Diese soll Möglichkeiten aufzeigen, wie der nationale Umgang mit Kapitalzu- und -abflüssen durch eine bessere Kooperation international stimmig und damit insgesamt wohlfahrtssteigernd ausgestaltet werden kann.

#### 10 Mexiko

Die Wirtschaft Mexikos entwickelte sich 2010 positiv. So konnte Mexiko ein reales BIP-Wachstum von 5,5 % ausweisen. Gemäß IWF-Prognose soll es sich 2011 leicht abgeschwächt um 4,6 % erhöhen.

Mexikos Nettostaatsverschuldung wird nach einer leichten Erhöhung in den Vorjahren 2010 auf 38,1% des BIP geschätzt. Die relativ **geringen Staatsschulden** beruhen unter anderem auf einer 2006 gesetzlich verankerten Regelung zum ausgeglichenen Staatshaushalt, die bei Einnahmeüberschüssen eine Einzahlung in Ölstabilisierungsfonds vorsieht und deren Auflösung bei verringerten Staatseinnahmen erlaubt. Das Gesetz wurde 2009 um eine Klausel zu außergewöhnlichen Umständen und kurzfristige Ausnahmen ergänzt; ab 2012 ist kein Defizit mehr vorgesehen. Daher zeichnet sich Mexiko durch hohe fiskalische Disziplin aus.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Die mexikanische Zentralbank Banco de México belässt den Leitzins seit Juli 2009 auf einem historischen Tief von 4,5 %, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die seit Anfang 2009 rückläufige Inflationsrate konnte sich mit einem Rückgang von 4,4 % Ende Dezember 2010 auf 3,6 % Ende März 2011 dem seit 2003 definierten 3 -%-Inflationsziel der Notenbank langsam annähern. Daher wird eine Erhöhung des Leitzinses vor Oktober 2011 nicht erwartet.

Der mexikanische Peso wertete 2010 um rund 5 % gegenüber dem US-Dollar auf und steht weiter unter Aufwertungsdruck. Mit einer Aufwertung Ende April dieses Jahres um rund 6 % gegenüber dem Jahresbeginn 2011 hat der Peso seinen bisher stärksten Wert seit Oktober 2008 erreicht Auch die Finanzmärkte spiegeln den wirtschaftlichen Aufschwung wider. So hat der mexikanische Leitindex IPC, der die 35 größten Unternehmen der mexikanischen Börse umfasst, im Januar 2011 mit 38 696 Punkten ein neues Rekordhoch erreicht, ist jedoch seither (bis Ende April) wieder knapp 4 % gefallen.

Das mexikanische Leistungsbilanzdefizit 2010 betrug 0,5 % des BIP (Vorjahr: 0,7 % des BIP). Der damit geringste Wert seit 2006 zeigt die im Verhältnis zum raschen Wiederanstieg der Exporte noch zögerliche Konsumnachfrage, die sich jedoch gemäß IWF-Prognose künftig wieder erholen und damit das Defizit für 2011 auf 0,9 % vergrößern dürfte. Mit den NAFTA-Partnern wickelt Mexiko dabei 90 % des Exports und 50 % des Imports ab.

Mexiko profitiert von ausländischen Direktinvestitionen als Quelle der externen Finanzierung und des Wirtschaftswachstums. Diese haben sich Schätzungen zufolge nach einem starken Rückgang im Vorjahr (rund 80 %) im Jahr 2010 wieder netto auf 18 Mrd. US-Dollar verdreifacht, wobei rund 65 % dieser Investitionen aus Nordamerika stammen. Die Währungsreserven wurden im Laufe der Wirtschafts- und Finanzkrise von der Zentralbank als gering im Vergleich zu anderen Schwellenländern eingestuft, obwohl sie Ende 2010 bei rund 121 Mrd. US-Dollar lagen und auch 2011 weiter steigen. Die

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

mexikanische Regierung verfolgt daher das Ziel einer Erhöhung der Währungsreserven als Absicherung gegen externe Schocks. Mexikos Auslandsverschuldung betrug Ende 2010 rund 221 Mrd. US-Dollar (rund 18 % des BIP) und zählt zu einer der geringsten der G20-Länder.

Der mexikanische Erdölproduzent und monopolistische Staatskonzern Pemex, der jährlich rund 40 % der mexikanischen Staatseinnahmen erwirtschaftet, soll als Konsequenz umstrittener Reformen ab dem Sommer 2011 erstmals Ölförderungsaufträge an ausländische Firmen vergeben. Die mexikanische Regierung reagiert damit auf den drohenden Einnahmenausfall durch eine gesunkene Förderung und die notwendige Erschließung neuer Ölfelder. Durch das fortbestehende Verbot von Privatbeteiligungen an der Exploration wird Pemex jedoch weiterhin das Monopol im Erdölgeschäft zugestanden.

#### 11 Südafrika

Nachdem Südafrika 2009 die erste Rezession seit Ende des Apartheidregimes 1994 erlebte, konnte 2010 erneut ein positives Wirtschaftswachstum von 2,8 % verzeichnet werden. Insbesondere die Fußballweltmeisterschaft trug zur Erholung der Wirtschaft bei. Für 2011 prognostiziert der IWF ein Wachstum von 3,5 %, für 2012 in Höhe von 3.8 %.

Nach Haushaltsüberschüssen zwischen 2005 und 2007 hat sich die Lage seit 2008 eingetrübt. Ursächlich hierfür war zunächst – trotz des konjunkturellen Einbruchs – die Beibehaltung der geplanten staatlichen Ausgaben. Die fiskalpolitische Ausrichtung liegt daher nun auf einer Begrenzung des Ausgabenwachstums. Trotzdem rechnet die Regierung mittelfristig mit einer leichten Verschlechterung der Situation. So ließen die geringeren Einnahmen sowie unerwartete Ausgaben das Haushaltsdefizit um einen halben Prozentpunkt stärker ansteigen als mittelfristig geplant. Es liegt damit im

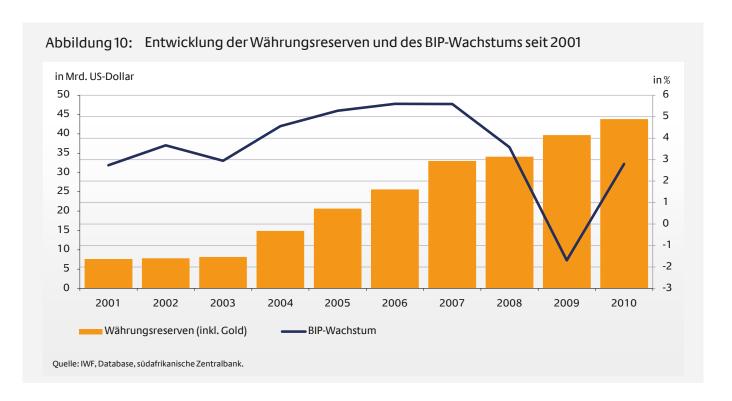
Fiskaljahr 2011/2012 bei 5,3 % des BIP. Die Schätzung für das Fiskaljahr 2012/2013 liegt bei 4,8 %, für 2013/2014 bei 3,8 %.

Die Inflation stieg im März 2011 auf ein 9-Monatshoch von 4,1% an. Dabei wird die Inflationsrate stark angetrieben durch den steigenden Ölpreis sowie die Teuerung bei Lebensmitteln. Die Zentralbank hat ihren Leitzins nach den zuvor erfolgten Zinssenkungen auf 6% im Jahr 2011 nicht weiter angepasst. Der IWF rechnet in seinen Prognosen mit einer steigenden Inflation auf einem Niveau von 4,9% für 2011 und 5,8% für 2012. Der Inflationszielkorridor der südafrikanischen Zentralbank liegt zwischen 3,0% bis 6,0%.

Der Index der Johannesburger Börse ist seit Jahresbeginn (bis Ende April) nur leicht um knapp 2% gestiegen. Als eines der großen Probleme für die südafrikanische Exportwirtschaft gilt der starke Wechselkurs des Rand gegenüber dem US-Dollar. Der südafrikanische Rand stieg seit Jahresbeginn gegenüber dem US-Dollar um 1,5 %, gegenüber dem Euro verlor er rund 10 %. 2010 waren Nettozuflüsse an ausländischem Kapital in Höhe von knapp 14 Mrd. US-Dollar nach Südafrika zu verzeichnen. Die Mittelzuflüsse trieben den Wechselkurs des Rand und damit auch die Preise der Exportprodukte der verarbeitenden Industrie stark in die Höhe. Anders als andere Schwellenländer (Brasilien, Korea, Thailand) hat Südafrika bisher von Gegenmaßnahmen, wie beispielsweise einer Besteuerung dieser Mittelflüsse, abgesehen. Die Entwicklung wird jedoch von der Notenbank aufmerksam verfolgt und Maßnahmen nicht ausgeschlossen.

Die Währungsreserven Südafrikas betragen (Stand März 2011) 49 Mrd. US-Dollar und sind damit in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, Ende 2007 lagen sie noch bei knapp 33 Mrd. US-Dollar. Südafrika konnte seine Auslandsverschuldung von einem zwischenzeitlichen Höchststand von 27,5 % des BIP im 1. Quartal 2009 auf 24,4% im 3. Quartal 2010 zurückfahren.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Das Leistungsbilanzdefizit fiel 2010 mit 2,8 % moderat aus, für 2011 rechnet der IWF mit einem Anstieg auf 3,6 %, für 2012 auf 4,2 %.

#### 12 Türkei

Die türkische Wirtschaft hat sich rasant von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erholt. Nach einer Schrumpfung der Wirtschaft um 4,7% im Jahr 2009 wuchs das BIP 2010 um beachtliche 8,9%. Damit gehörte das Land zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit. Wachstumstreiber war die stärker als erwartet gestiegene inländische Nachfrage (+50% im Vergleich zum Vorjahr). Vor allem die Industrie, die Bauwirtschaft sowie der Bereich Handel, Transport und Logistik zeigen überdurchschnittliche Steigerungsraten. Einen positiven Einfluss auf die relativ schnelle wirtschaftliche Erholung hatte der im Jahr 2001 tiefgreifend sanierte, relativ stabile türkische Bankensektor, der die Krise im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ohne staatliche Unterstützung überstehen konnte.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 führte auch zu einer kontinuierlichen Verringerung der Inflation. Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 %; im Dezember lag die Inflationsrate bei 6,4 % und unterhalb der von der türkischen Zentralbank vorgegebenen Zielrate. Im März 2011 betrug die Inflationsrate fast 4 %, dies ist der niedrigste Wert seit 41 Jahren. Für 2011 geht die Zentralbank von einer Inflationsrate von 5,5 % aus.

Die türkische Zentralbank hatte 2010 den Leitzins zur Konjunkturankurbelung mehrmals gesenkt. Zuletzt erfolgte eine Zinsanpassung im Dezember 2010. Dabei wurde die borrowing rate auf 1,5 % gesenkt, während die lending rate leicht auf 9 % angehoben wurde. Gleichzeitig hat die Zentralbank die Mindestreserveanforderungen für die Banken erheblich erhöht. Dies geschah unter anderem, um dem Inflationsdruck, der aufgrund der durch das hohe Zinsdifferential zu den Industrieländern ausgelösten Kapitalzuflüsse entstanden ist, entgegenzuwirken. Zuletzt stieg diese im April auf 16 %. Es ist davon

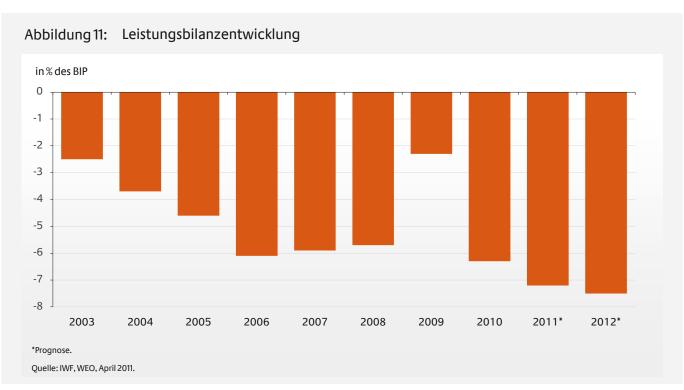
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

auszugehen, dass die Zentralbank auch den Leitzins im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs zu gegebener Zeit wieder anheben dürfte. Im April hat der bisherige stellvertretende Zentralbankgouverneur Erdem Başçi den amtierenden Zentralbankchef Durmuş Yilmaz an der Spitze der Notenbank abgelöst. Damit setzt die Regierung auf Kontinuität in der Geldpolitik. Es ist nicht zu erwarten, dass die Geldpolitik sich drastisch ändern wird, da Başçi schon bisher als Hauptfigur der eher unkonventionellen türkischen Geldpolitik gilt.

Der türkische Aktienmarkt konnte auch 2010 wieder einen deutlichen Anstieg verzeichnen, wenn auch nicht so rasant wie 2009. Der Aktienindex Istanbul SE 100 stieg 2010 um rund 27% an, wobei er Anfang November mit über 71 000 Punkten einen historischen Rekordwert erreichte. Zwar erfolgte bis Dezember dann ein Rückgang um rund 5 000 Punkte, seit Jahresbeginn – mit einem deutlichen Einbruch im März – konnte der Istanbul SE 100 dennoch immerhin bis Ende April wieder 2% zulegen.

Die türkische Lira wertete 2010 gegenüber dem US-Dollar um rund 3% ab und gegenüber dem Euro um rund 5% auf. Nach einer zwischenzeitlichen Abwertung im Februar konnte sie bis Ende April rund 4% an Wert gegenüber Jahresanfang zulegen. Auch die türkischen Währungsreserven sind 2010 weiter um über 10 Mrd. US-Dollar auf 86 Mrd. US-Dollar angestiegen.

Nach wie vor problematisch stellt sich für die Türkei die Leistungsbilanzentwicklung dar. 2010 lag das Defizit bei 6,5 %, und für 2011 erwartet der IWF ein noch höheres Defizit von 8%. Dies dürfte insbesondere durch das auf der inländischen Nachfrage basierende Wachstum verbunden mit zunehmenden Importen und steigenden Ölpreisen verursacht werden. Das Leistungsbilanzdefizit wird vor allem durch ein enormes Handelsbilanzdefizit getragen, das wiederum 2010 bedingt war durch einen starken Anstieg der Importe auf 186 Mrd. US-Dollar (+32% gegenüber dem Vorjahr) und weniger stark steigender Exporte (+12%) auf 114 Mrd. US-Dollar. Diese Entwicklung setzt sich auch 2011 fort.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Allein im Januar und Februar 2011 lag das Leistungsbilanzdefizit insgesamt bei knapp 12 Mrd. US-Dollar, bedingt durch einen über 150 %igen Anstieg des Handelsbilanzdefizits im Vergleich zum Vorjahr. Die noch 2007 und 2008 üppig geflossenen ausländischen Direktinvestitionen (über 20 Mrd. US-Dollar) sind 2009 stark zurückgegangen, 2010 sind sie wieder leicht auf 9 Mrd. US-Dollar angestiegen.

2010 erhöhte die Rating-Agentur Standard & Poor's ihr Länderrating für die Türkei auf "BB+" und bewertete den Ausblick als "positiv". Als Begründung wurde angeführt, dass der Finanzsektor in einer soliden Verfassung und es der Türkei gelungen sei, die öffentliche Verschuldung in den vergangenen zehn Jahren stetig zu verringern. So habe sie mehr Handlungsspielraum bei der Wirtschaftspolitik erhalten.

# 13 Ägypten

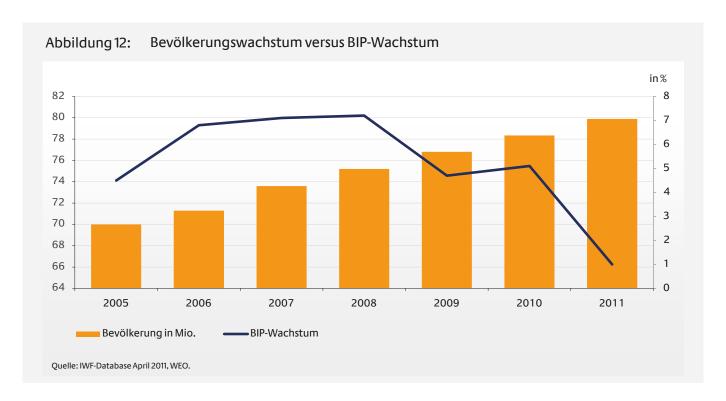
Ägypten ist eines der größten und am weitesten industrialisierten Länder im arabischen Raum (26,7% Anteil des produzierenden Gewerbes am BIP), dessen weitere Haupteinnahmequellen der Export fossiler Energieträger (9 % des BIP), der Suezkanal und der Tourismus sind. In der Revolution vom 25. Januar 2011 entlud sich der Zorn der Bevölkerung vor allem über die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (die Armutsquote ist sehr hoch, 40 % der Ägypter leben von weniger als 2 US-Dollar am Tag). In einer Volksabstimmung am 19. März 2011 wurde beschlossen, demokratische Wahlen von Staatsoberhaupt und Parlament zu ermöglichen und Voraussetzungen für die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung zu schaffen. Das Mandat des Präsidenten soll auf maximal zwei Amtszeiten von je vier Jahren beschränkt werden. Die Armee übernahm bis zur Neuwahl die Befugnisse des Präsidenten. Derzeit ist eine Übergangsverfassung in Kraft. Die Parlamentswahl soll im September dieses

Jahres und die Präsidentschaftswahl bis zu zwei Monate später stattfinden.

Hatte das Wachstum des realen BIP 2008 noch immerhin 7,2 % gegenüber dem Vorjahr betragen, so schwächte es sich 2009 wegen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf 4,7% ab, belebte sich 2010 mit 5,1% aber wieder. Der IWF rechnet für das laufende Jahr vor dem Hintergrund der Auswirkungen der politischen Unruhen nur noch mit einem BIP-Wachstum von 1%. Nach Angaben der ägyptischen Regierung sank das reale BIP im 1. Quartal 2011 um 7% gegenüber dem Vorquartal. Jedoch hätten selbst die hohen Wachstumsraten der Vorjahre wegen des rasanten Bevölkerungswachstums nicht ausgereicht, um wirksame Entlastung auf dem Arbeitsmarkt beziehungsweise bei der Armutsbekämpfung zu erzielen. Die offizielle Arbeitslosenquote lag für 2010 bei 9,2% und wird vom IWF mit demselben Wert für 2011 prognostiziert. Dabei ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit von etwa 25 % besonders brisant. Größter Arbeitgeber ist der Staat.

Die Regierung muss einerseits Wachstum und Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Inflation bekämpfen. Sie hatte mit 16,2% 2009 einen Spitzenwert erreicht, flachte 2010 mit 11,7% etwas ab und wird 2011 mit immer noch 11,2% prognostiziert. Die Preissteigerungen für Lebensmittel und Erziehungskosten dürften zu einem großen Teil zu den politischen Unruhen beigetragen haben. Seit 2008 hat die Regierung drei Konjunkturpakete zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufgelegt, die dieses Ziel jedoch nur bedingt erreichten und durch die expansive Haushaltspolitik ein Ansteigen des Haushaltsdefizits verursachten. Die Regierung hatte befristete Steuervorteile für Investoren eingeführt, verschiedene Einfuhrzölle gesenkt und eine weitere Energiepreiserhöhung für die Industrie verschoben. Der Versuch, das Steueraufkommen durch die Einführung von Mehrwertsteuer, Grundsteuer und Kapitalertragssteuer zu erhöhen, scheiterte an Widerstand im damaligen Parlament.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Die ägyptische Regierung rechnet für das nächste Fiskaljahr, das am 1. Juli 2011 beginnt, mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 10 % des BIP. Es wird erwartet, dass der ägyptische Staatshaushalt zunehmend auch in kurzfristige Liquiditätsschwierigkeiten kommen könnte. Die Einnahmen sind massiv eingebrochen (Produktionsausfälle wegen der Unruhen, Rückgang des Tourismus, rückläufige Überweisungen von im Ausland lebenden Ägyptern). Für das kommende Haushaltsjahr wird ein zusätzlicher Finanzbedarf von 10 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Die Staatsverschuldung beträgt rund 75 % des BIP. Trotz der Schwierigkeiten ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung an den Staat nach der Revolution hoch.

Im Jahre 2008 erwirtschaftete Ägypten noch einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 0,5 % des BIP, der sich bereits 2009 in ein Defizit von 2,3 % des BIP verwandelte und für das laufende Jahr vom IWF mit – 2,7 % prognostiziert wird.

Es ist bisher gelungen, das ägyptische Pfund gegenüber dem US-Dollar weitgehend stabil zu halten - es sank während der Revolution nur um moderate 8 %. Besorgniserregend ist aber der schnelle Abbau der Währungsreserven, die für die Stabilisierung eingesetzt wurden. Noch 2010 betrugen diese 35 Mrd. US-Dollar, sind jedoch seit Beginn der Revolution gefallen und betrugen Ende März nur noch 30 Mrd. US-Dollar.

Die Erhöhung der Ausgaben aus dem Staatshaushalt mag eine Möglichkeit der kurzfristigen Befriedung der politischen Situation sein. Der IWF empfiehlt jedoch eine langfristig nachhaltig ausgerichtete Haushaltspolitik, weg von Subventionen für Verbrauchsgüter wie Lebensmitteln und Treibstoffen beziehungsweise Steuererleichterungen hin zu einem kosteneffektiven Sozialsystem mit Stärkung der Einkommensbasis für die Bevölkerung. Es komme darauf an, integratives Wachstum zu schaffen. Langfristig sei dieses Ziel nur

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

durch tiefgreifende Wirtschaftsreformen mit der Schaffung der Grundlagen für einen funktionierenden Wettbewerb, mehr Transparenz sowie Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und Umwelt zu erreichen. Dadurch würden die Stärken der ägyptischen Wirtschaft wie die dynamische junge Bevölkerung, ein großer Binnenmarkt sowie die günstige geografische Lage zum Tragen kommen.

Übe	rsichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	93
1	Kreditmarktmittel	93
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	95
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entitlementally del 20 Maderialic 2010 bio 2011	
Übe	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	. 119
1	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder im Januar 2011	. 119
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder im Februar 2011	. 120
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder im Januar 2011	. 121
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder im Februar 2011	. 123
Kon	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	127
Ken	inzamen zur gesamtwirtschaftnehen Entwickfung	. 14/
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	127
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
•	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	100
,	Potenzialwachstum	134
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
10	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	140
	1 1 V. I. N. 11111 LA/1111 V	

13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	. 141
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 142
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 143
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 144
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	. 145
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 146
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 147
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 151

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	28. Februar 2011			31. März 2011
		in M	lio.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere <sup>1</sup>	39 000	2 000	0	41 000
Anleihen <sup>2</sup>	623 736	4 000	0	627 736
Bundesobligationen	200 000	5 000	0	205 000
Bundesschatzbriefe <sup>3</sup>	8 477	33	10	8 500
Bundesschatzanweisungen	144 000	6 000	15 000	135 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	80 814	12 893	10 955	82 752
Finanzierungsschätze <sup>4</sup>	575	31	36	570
Tagesanleihe	1 885	23	62	1 845
Schuldscheindarlehen	12 420	0	50	12 370
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 480	1	848	633
Kreditmarktmittel insgesamt	1 112 437			1 115 457

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		_	Stand:
	28. Februar 2011			31. März 2011
		in Mi	o.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	234 948			240 084
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	362 885			349 779
langfristig (mehr als 4 Jahre)	514 604			525 593
Kreditmarktmittel insgesamt	1 112 437			1 115 457

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>5- und 10-jährige ILB.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2011	Belegung am 31. März 2010
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	111,4	110,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	35,2	30,4
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,4	1,3
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	105,8	106,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	54,1	50,6
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	9,2	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	292,3	303,7	305,8	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,5	+3,9	+0,7	- 1,6	+0,2	- 0,1
2. Einnahmen <sup>1</sup>	257,7	259,3	257,0	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	+0,6	- 0,9	+1,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	229,2	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+1,3	+1,6	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	- 48,8	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	14,6	16,0	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	269,0	289,0	317,9	318,7	321,1	308,0
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	+ 6,4	- 5,0	- 3,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	240,0	273,1	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	- 48,4	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	33,8	29,0	26,4	25,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	+29,8	-10,2	- 9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2011.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$ 

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	). €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 799	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	21 117	20749	20 611	20 454	20 313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 443	9 2 4 8	9 2 5 6	9 2 6 7	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	7 079	7 050	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 443	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 620	4 606	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	22 336	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 350	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 429	10305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10 557	10699	10 746	10 798
Zinsausgaben	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	33 108	35 343	36354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	33 108	35 343	36354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	35 302	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	8	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	188 756	186 513	186 057	185 563
an Verwaltungen	14396	14114	15 094	14 563	14800	14783
Länder	8 754	8 579	9 3 5 4	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	17	18	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 5 1 8	5 721	5 824	5819	5 793
Zweckverbände	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	173 662	171 950	171 257	170 780
Unternehmen	22 951	24212	25 056	24767	24919	25 732
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	28 159	27 889	26350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	120 831	114 657	113 755	114436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 584	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4216	4205	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	3	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	274 234	272 897	276 681	283 566

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 499	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 830	6242	6014	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	910	898	882	895
Grunderwerb	643	503	576	647	740	704
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	14 975	14 773	14 591	14 415
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14 944	14581	14416	14 234	14 059
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 092	4927	4786	4 640
Länder	5 804	5 142	5 031	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	59	77	91	91
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	9 735	9 489	9 489	9 449	9 419
Sonstige - Inland	6 462	6 599	6 179	6 4 1 0	6 3 7 9	6 3 7 6
Ausland	2876	3 136	3 310	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	394	358	356	356
an andere Bereiche	429	406	394	358	356	356
Sonstige - Inland	148	137	157	138	136	136
Ausland	282	269	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	10 250	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	2 663	9 444	6 189	3 864	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	9 443	6 188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	5 400	2 150	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	2 368	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 587	1 675	1511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	26 483	32 724	29 399	26 755	26 305
Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	32 330	29 041	26398	25 948
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	-1 158	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	305 800	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 490	48 881	25 097	17 877	-	5 907
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6376	6 105	3 797	1311	-	997
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 3 1	3 787	494	171	-	3 122
3	Verteidigung	32 147	31 853	16 107	14769	-	977
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 606	3 2 5 8	2 085	980	-	193
5	Rechtsschutz	364	352	247	89	-	16
6	Finanzverwaltung	4166	3 525	2 3 6 7	557	-	601
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	16 933	13 759	480	801	-	12 478
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 771	2 771	-	-	-	2 771
15	Sonstiges Bildungswesen	555	480	9	67	-	404
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 471	7 5 6 6	461	719	-	6386
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	712	513	1	5	-	507
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	160 005	153 698	224	200	-	153 273
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	115 158	109 758	47	-	-	109 711
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6614	6614	-	0	-	6 614
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 587	2 3 4 6	-	36	-	2 3 1 0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 912	33 783	49	93	-	33 641
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 502	964	128	71	-	765
3	Gesundheit und Sport	1 580	883	275	277	-	331
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	444	370	146	151	-	72
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	444	370	146	151	-	72
32	Sport	132	113	-	5	-	108
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	81	66	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 098	777	-	16	-	761
41	Wohnungswesen	1 353	765	_	4	-	761
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
14	Städtebauförderung	732	12	-	12	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 163	749	28	165	-	557
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	351	351	-	70	-	281
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	351	351	-	70	-	281
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	245	199	28	94		77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	983	2 588	3 038	6 610	6 576
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	7	0	271	271
2	Auswärtige Angelegenheiten	101	2 464	2 480	5 044	5 043
3	Verteidigung	217	78	2 480	294	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	_	348	348
5	Rechtsschutz	12		_	12	12
6	Finanzverwaltung	82	0	558	640	640
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	178	2 986	11	3 175	3 175
13	Hochschulen	1	993	_	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten		-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	_	75	75
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	176	1718	11	1 906	1 906
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	199	-	199	199
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	895	5 401	6 307	5 947
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	5 400	5 400	5 400
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	467	231	-	697	697
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	57	17	-	74	74
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	57	17	-	74	74
32	Sport	-	19	-	19	19
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 317	3	1 320	1 320
41	Wohnungswesen	-	585	3	588	588
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	720	-	720	720
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 334	2 645	61	535	-	2 049
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	778	634	-	415	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	445	412	-	411	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 600	1 579	-	7	-	1 572
64	Handel	143	143	-	9	-	135
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	740	19	-	10	-	9
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 073	269	61	94	-	114
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	4 190	1 036	2 081	-	1 073
72	Straßen	7 262	1 018	-	878	-	140
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 719	837	508	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	-	-	-	4
75	Luftfahrt	207	196	47	21	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 211	2 135	482	893	-	760
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 999	12 070	-	13	-	12 057
81	Wirtschaftsunternehmen	10716	6 787	-	13	-	6 774
832	Eisenbahnen	3 877	77		5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 839	6711	-	8	-	6 703
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	35 462	36 581	597	371	35 343	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	35 362	35 362	-	19	35 343	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-208	949	597	352	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	305 800	274 234	27 799	22 336	35 343	188 756

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	812	1 796	2 689	2 689
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	721	-	721	721
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	1 796	1804	1804
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 775	1 771	-	7 546	7 546
72	Straßen	4832	1 412	-	6 2 4 4	6 2 4 4
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	27	-	76	76
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 929	-	3 929	3 929
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 929	-	3 929	3 929
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	128	-	128	128
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 499	14 975	10 250	32 724	32 330

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	
	Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-		
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	
5	wiid.e	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr						11,4			
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	NAd C	7.2	12.1	16.1	171	20.1	24.0	20.1	
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	
Anteil am gesamten	0/								
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9	
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011		
degenstand der Nachweisung		Ist-Ergebnisse S								
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,		
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	- 0,		
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,		
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,2	- 27,9	-14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 48,		
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,		
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-			
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-			
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1		
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9		
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,3	14,7	14,8	15,1	14,4	14,2			
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6		
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,		
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,3	57,9	58,6	60,9	60,8	56,5			
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	24		
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10		
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,9	37,0	25,7	29,7			
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-0,7	1		
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89		
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	43,0			
Steueraufkommen <sup>3</sup>										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48		
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15		
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149		
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	60,2	103,7	60,5	39,0	61,0			
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	16941/2				
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054	•			

 $<sup>^{1} {\</sup>it Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2010; 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
				in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>										
Ausgaben	614,7	627,0	638,2	649,2	676,9	727,1	733,1			
Einnahmen	549,2	574,5	597,7	648,5	667,7	634,8	652,1			
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-9,1	-92,3	-80,9			
darunter:										
Bund <sup>2</sup>										
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7			
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3			
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3			
Länder <sup>3</sup>										
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,1	287,9			
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	258,9	265,6			
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,2	-21,3			
Gemeinden <sup>4</sup>										
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182,2			
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	174,5			
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-7,7			
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								
Öffentlicher Gesamthaushalt										
Ausgaben	-0,9	2,0	1,8	1,7	4,3	7,4	0,8			
Einnahmen	-0,6	4,6	4,0	8,5	2,9	-4,9	2,7			
darunter:										
Bund										
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9			
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6			
Länder										
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,0	0,3			
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,8	2,6			
Gemeinden										
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,8			
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	2,6			

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,4	-3,9	-3,2
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,9
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,3	-12,7	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,5	-7,4
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-4,2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,3	30,3	29,3
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	11,9	11,5
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre Extrahaushalte. Der ÖGH ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2007 Rechnungsergebnisse; 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

 $<sup>^4</sup>$  Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 und 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen						
	insgesamt davon								
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in%					
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3	. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4				
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7				
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2				
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7				
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4				
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2				
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5				
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7				
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2				
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3				
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1				
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0				
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7				
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9				
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6				
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5				
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3				
		Bundesrepublik	k Deutschland						
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1				
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0				
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8				
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7				
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2				
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8				
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6				
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0				
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1				

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen									
	insgesamt	davon							
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in%					
Bundesrepublik Deutschland									
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3				
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6				
2010 <sup>2</sup>	525,5	251,9	273,6	47,9	52,1				
2011 <sup>2</sup>	537,3	260,1	277,3	48,4	51,6				
2012 <sup>2</sup>	563,2	281,1	282,1	49,9	50,1				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik <sup>3</sup>
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		in Relation zu		<u> </u>
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,1	37
2005	22,0	39,7	20,2	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	22,7	39,6	21,1	36

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2011.

 $<sup>^3</sup>$  Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Februar 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates					
lahe	inggesomt	darunt	er				
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>				
		in Relation zum BIP in %	BIP in %				
1960	32,9	21,7	11,2				
1965	37,1	25,4	11,6				
1970	38,5	26,1	12,4				
1975	48,8	31,2	17,7				
1976	48,3	30,5	17,8				
1977	47,9	30,1	17,8				
1978	47,0	29,4	17,6				
1979	46,5	29,3	17,2				
1980	46,9	29,6	17,3				
1981	47,5	29,7	17,9				
1982	47,5	29,4	18,1				
1983	46,5	28,8	17,7				
1984	45,8	28,2	17,6				
1985	45,2	27,8	17,4				
1986	44,5	27,4	17,1				
1987	45,0	27,6	17,4				
1988	44,6	27,0	17,6				
1989	43,1	26,4	16,7				
1990	43,6	27,3	16,4				
1991	46,3	28,2	18,0				
1992	47,2	28,0	19,2				
1993	48,2	28,3	19,9				
1994	47,9	27,8	20,0				
1995	48,1	27,6	20,6				
1996	49,3	27,9	21,4				
1997	48,4	27,1	21,2				
1998	48,0	27,0	21,1				
1999	48,1	26,9	21,1				

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates					
	insgesamt	darunter					
	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen <sup>3</sup>				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
2000	47,6	26,5	21,1				
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1				
2001	47,6	26,3	21,3				
2002	48,1	26,4	21,7				
2003	48,5	26,5	22,0				
2004	47,1	25,9	21,2				
2005	46,8	26,1	20,8				
2006	45,3	25,4	19,9				
2007	43,6	24,5	19,1				
2008	43,8	24,7	19,0				
2009	47,5	26,6	20,9				
2010 <sup>4</sup>	46,6	26,2	20,4				

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.
2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2011.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamt-rechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 882	1 694 368	1 998 81
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 750	1 053 814	1 284 12
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918	991 283	1 034 71
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	969 21
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	1197
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 832	62 530	249 40
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 60
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	5953
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	5953
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	577 4
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7	178
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 399	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 827	
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	1193
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	1193
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	79 2
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 1
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 771	
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724	
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	7146
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 6
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	15 500	15 500	15 500	15 500	145
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 8
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 5
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement	_		_	_	_	_		189 5

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
			,	Anteil an den S	chulden (in %)			
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,8
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	12,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	29,8
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	6,0
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,8
			Ar	teil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	80,0
Bund	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	51,4
Kernhaushalte	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	41,4
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	10,0
Länder	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	23,8
Gemeinden	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	4,8
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	28,6
Maastricht-Schuldenstand	63,9	65,8	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4	82 1/2
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	24 450
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 6, 5	2 432,4	2 481,2	2 397,1	2 498,8
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 710

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzui	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	trechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt <sup>a</sup>
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,9	0,1	-0,2	0,4	-7,3	-0,3
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-92,2	-3,8
2010 <sup>4</sup>	-82,0	-85,0	3,0	-3,3	-3,4	0,1	-89	-3 1/2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Jahresergebnis; Stand: Februar 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Februar 20114.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,8	-0,3	-1,3	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7	
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,4	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6	
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5	
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8	
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,0	-7,3	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1	
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5	
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2	
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-3,0	-2,3	-4,8	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,4	-0,5	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3	
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-2,8	-2,9	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0	
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	0,0	-1,8	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7	
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2	
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,6	-2,0	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9	
Bulgarien	-	-	-	-7,4	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0	
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,9	-0,9	-0,1	1,0	
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2	
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4	
EU	-	-	-	-5,1	-0,4	-2,5	-0,9	-2,3	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,1	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\ddot{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission,\ \ \ \ \ \ \ Europ\ddot{a}ische\ Wirtschaft",\ Statistischer\ Anhang,\ November\ 2010.$ 

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

 $<sup>^2 \, \</sup>text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,4	75,7	75,9	75,2	
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	98,6	100,5	102,1	
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	8,0	9,5	11,7	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,0	110,3	126,8	140,2	150,2	156,0	
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,2	64,4	69,7	73,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,8	67,5	78,1	83,0	86,8	89,8	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,3	65,5	97,4	107,0	114,3	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	103,6	106,3	116,0	118,9	120,2	119,9	
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	62,2	65,2	68,4	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,5	18,2	19,6	20,9	
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,9	61,7	63,1	68,6	70,4	70,8	70,9	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	64,8	66,6	67,3	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	59,3	62,5	67,5	70,4	72,0	73,3	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,7	61,7	62,7	65,3	76,1	82,8	88,8	92,4	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	42,1	45,1	47,4	
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	23,4	22,5	35,4	40,7	44,8	47,6	
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	49,0	51,1	53,0	
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,5	69,4	70,0	66,0	69,7	79,1	84,1	86,5	87,8	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,7	18,2	20,2	20,8	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,3	34,1	41,5	44,9	47,5	49,2	
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	45,7	51,9	56,6	
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	37,4	42,8	48,3	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,5	57,2	59,6	
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,6	13,4	23,9	30,4	33,4	34,1	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,2	53,2	50,2	40,0	38,2	41,9	39,9	38,9	37,5	
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	40,0	43,1	45,2	
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	78,5	80,1	81,6	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	52,1	68,2	77,8	83,5	86,6	
EU	-	-	-	69,7	63,1	62,7	58,8	61,8	74,0	79,1	81,8	83,3	
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	194,7	188,9	192,3	195,9	199,0	
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92.2	98,4	102,1	

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3	
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6	
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9	
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7	
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$ 

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

land				Steuern	und Sozialab	gaben in % de	es BIP			
Land -	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2\,</sup>Nicht\,vergleich bar\,mit\,Quoten\,in\,der\,Abgrenzung\,der\,Volkswirtschaftlichen\,Gesamtrechnung\,oder\,der\,deutschen\,Finanzstatistik,$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5		
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1	54,1	53,1	52,9	53,0		
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	42,5	42,0	41,4		
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	55,8	55,8	54,9	55,0		
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,8	56,0	56,5	56,1	55,8		
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2		
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8		
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4		
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7		
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3		
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5		
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1		
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9		
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3		
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9		
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2		
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7		
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0		
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1		
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7		
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8		
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6		
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4		
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5		
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4		
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1		
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9		
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9		
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4		
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3		
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4		

 $<sup>^{1}</sup>$ 1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2010.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 <sup>1</sup>			EU-Haus	shalt 2011 <sup>2</sup>	
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differenz	in%	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2			
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-59,8	5,0	- 148,9			
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9			
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9			

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

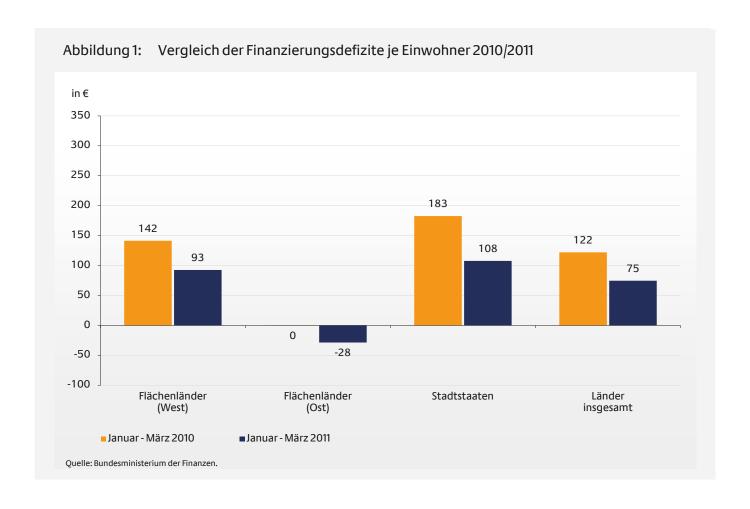
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtsta	aten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	185 368	48 427	49 619	12 767	31 844	8 578	261 051	68 67
darunter:								
Steuereinnahmen	142 274	37 242	25 619	6781	19 557	5 401	187 450	49 42
Übrige Einnahmen	43 094	11 185	24000	5986	12 287	3 178	73 601	19 246
Bereinigte Ausgaben	204 628	54 263	51 641	12 400	37 209	9 214	287 696	74 77
darunter:								
Personalausgaben	81 695	21 865	12385	3 157	10 689	3 031	104 769	28 053
Lfd. Sachaufwand	13 394	3 102	3 771	876	7 720	2 073	24884	6 05
Zinsausgaben	13 737	5 166	3 134	1 027	4 2 4 1	1 054	21 112	7 24
Sachinvestitionen	3 989	553	1 708	193	816	140	6512	88
Zahlungen an Verwaltungen	54 952	14 173	15717	4299	1 023	180	65 912	17 550
Übrige Ausgaben	36 861	9 404	14926	2848	12 721	2 737	64 508	14989
Finanzierungssaldo	-19 260	-5 836	-2 021	367	-5 355	- 635	-26 636	-6 10

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2011

		in Mio. €									
			März 2010		F	ebruar 2011			März 2011		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen <sup>2</sup> für das laufende Haushaltsjahr	53 961	63 061	113 378	34 012	43 005	74 427	58 442	68 670	123 228	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	52 703	59 668	112 370	33 514	40 288	73 802	57 667	64 588	122 25	
111	Steuereinnahmen	45 687	45 143	90 830	31 033	31 838	62 871	51 901	49 424	101 32	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	603	11 486	12 090	400	6 054	6 455	634	11 497	12 13	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	620	620	-	-	-	-	609	609	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>2</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 258	3 393	4 651	498	2 718	3 2 1 5	775	4 0 8 2	485	
121	Veräußerungserlöse	309	65	373	37	152	189	71	182	25	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	102	17	119	0	66	67	0	69	7	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	260	2 162	2 421	16	1 847	1 863	295	2 487	2 78	
2	Bereinigte Ausgaben <sup>2</sup> für das laufende Haushaltsjahr	81 856	73 046	151 258	63 623	48 152	109 185	83 915	74 775	154 80	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	76 974	67 500	144 475	60 384	44 935	105 319	79 404	68 815	148 21	
211	Personalausgaben	7 698	27 574	35 272	5 571	19 649	25 220	7817	28 053	35 87	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 218	7 897	10 115	1 591	5 715	7 3 0 6	2 241	8 115	1035	
212	Laufender Sachaufwand	4 289	5 872	10 161	2 752	3 997	6748	4065	6 051	1011	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 878	3 867	5 745	1 205	2 610	3 8 1 5	1 964	3 985	5 94	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 135	7 468	19 603	13 013	5 3 2 9	18 342	12 039	7 246	19 28	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 060	14288	17 348	2 067	7 509	9 5 7 6	3 2 1 9	15 006	18 22	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>2</sup>	-	-218	- 218	-	34	34	-	314	31	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	13 588	13 591	2	6 889	6 891	4	13 689	13 69	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	4 882	5 546	10 428	3 239	3 2 1 7	6 455	4511	5 959	1047	
221	Sachinvestitionen	849	880	1 728	363	476	839	703	886	1 58	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	889	2 286	3 175	757	1 255	2 012	895	2 544	3 43	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	4782	5 3 3 0	10112	3 170	3 207	6376	4 432	5 696	1012	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2011

						in Mio. €				
			März 2010		Fe	ebruar 2011		März 2011		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- <b>27 883</b> <sup>3</sup>	-9 985	-37 868	-29 593 <sup>3</sup>	-5 147	-34 739	-25 449 <sup>3</sup>	-6 105	-31 553
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	84 953	19 289	104 242	47 904	13 445	61 349	82 552	19 750	102 302
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	53 320	25 241	78 561	36 063	22 861	58 924	65 998	29 348	95 346
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-31 633	-5 959	-37 592	11 841	-9 416	2 425	-16 554	-9 598	-26 152
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-10 072	6 845	-3 227	-5 443	6910	1 467	-10034	8 248	-1 786
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	9 575	9 575	-	15 680	15 680	-	16 425	16 425
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	10 073	-2 908	7 165	5 443	-5 503	- 59	10 035	-6 070	3 965

 $<sup>^{1}\!</sup>Aufgrund\,von\,Korrekturmeldungen\,veränderte\,Werte\,gg\"{u}.\,BMF-Ver\"{o}ffentlichung\,M\"{a}rz\,2010\,und\,Februar\,2011.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern

 $<sup>^3\,</sup>Einschließlich \,haus haltstechnische \,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen</b> <sup>1</sup>									
<b>1</b> 11	für das laufende Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	<b>8 760</b> 8 331	<b>10 807</b> a 10 370	<b>2 455</b> 2 279	<b>5 017</b> 4 796	<b>1 640</b> 1 445	<b>5 651</b> 5 330	<b>12 857</b>	<b>2 886</b> 2 765	<b>67</b> 4
'' 111	Rechung Steuereinnahmen	6 2 7 8	8 508	1419	4 0 5 6	779	4082	10 208	2 052	551
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 455	924	719	501	533	650	1 364	506	80
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	37	-	36	10	44	21	g
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	80	-	63	77	111	20	15
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	429	437 a	177	220	195	321	637	121	15
121	Veräußerungserlöse	0	1	7	3	1	61	2	0	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	60	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	282	335	80	213	84	243	463	70	6
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 140	10 792 b	2 334	5 514	1 715	5 683	14 996	3 938	1 032
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 3 6 5	9947 b	2 097	5 108	1 565	5 3 6 4	13 504	3 591	978
211	Personalausgaben	4 402	5 113	647	1 931	401	2342 2	5 029 2	1 618	410
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 371	1 520	47	637	25	744	1718	492	155
212	Laufender Sachaufwand	421	713	124	419	101	356	776	249	44
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	367	593	103	347	90	307	592	220	40
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	949	531	191	722	117	545	1 597	400	136
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 271	2 460	750	1 256	534	1 277	3 479	834	115
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	517	665	-	471	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 741	1 780	620	775	461	1 276	3 462	822	101
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	775	845	237	406	150	319	1 492	346	54
221	Sachinvestitionen	135	229	8	79	28	27	32	22	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	468	340	91	223	66	113	781	135	14
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	734	790	237	383	150	319	1 415	327	48

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 380	15 <sup>d</sup>	122	- 498	- 75	- 32	-2 139	-1 052	- 358
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	1 618	1668 <sup>e</sup>	485	425	333	410	6718	3 200	- 17
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	2 353	2 125 e	769	3 055	390	938	6 587	5 197	225
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 735	- 457	-284	-2 630	- 57	- 528	131	-1 998	- 242
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	590	-	-	4275	1 586	337
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 048	3817	23	1 256	892	2 561	557	3	543
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	191	-	- 162	-1 872	191	1 445	-2 642	-1 586	- 60

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne April-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. €, b 169,4 Mio. €, c 169,3 Mio. €, d -163,3 Mio. €, e 50,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	4 084	2 262	2 012	2 326	5 091	914	2 592	68 670
11	Einnahmen der laufenden Rechung	3 495	2 122	1 893	2 015	4819	896	2510	64 588
111	Steuereinnahmen	2 148	1 243	1 508	1 192	2 771	577	2 053	49 42
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 144	775	234	677	1 532	230	175	11 49
1121	darunter: Allgemeine BEZ	79	48	3	43	242	39	-	609
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	118	96	13	83	558	122	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	589	140	119	311	272	18	82	4 082
121	Veräußerungserlöse	2	3	1	4	54	0	40	182
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	2	-	-	6
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	319	55	71	91	128	16	34	2 48
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	3 603	2 370	2 405	2 380	5 476	1 108	2 648	74 77
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 313	2 168	2 253	2 228	5 208	1 018	2 465	68 81
211	Personalausgaben	966	575	1 019	568	1 902	344	785	28 05
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	54	42	353	36	511	113	299	8 11
212	Laufender Sachaufwand	213	263	124	175	1 157	186	730	6 05
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	168	90	104	108	516	80	259	3 98
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	131	314	286	275	624	132	298	7 24
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 309	587	575	793	67	27	32	15 000
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	19	314
2142	Zuweisungen an Gemeinden	992	440	522	693	2	1	2	13 68
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	290	201	152	151	268	90	183	5 959
221	Sachinvestitionen	83	35	28	39	50	9	80	88
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	60	69	71	42	31	26	16	2 54
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	290	201	151	151	238	90	172	5 69

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	481	- 108	- 393	- 54	- 385	- 194	- 56	-6 10
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	395	956	1 2 1 7	607	3 021	- 225	-1 062	1975
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	470	1 324	2 060	660	2 616	579	-	29 34
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 75	-368	- 843	- 53	406	-804	-1 062	-9 59
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	678	-		-	599	183	8 24
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2712	87	-	-	360	354	2 213	16 42
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 678	-1 608	288	8	- 592	1 006	-6 07

 $<sup>^1 {\</sup>rm In}\, {\rm der}\, {\rm L\"{a}ndersumme}\, {\rm ohne}\, {\rm Zuweisungen}\, {\rm von}\, {\rm L\"{a}ndern}\, {\rm im}\, {\rm L\"{a}nderfinanzausgleich}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne April-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. €, b 169,4 Mio. €, c 169,3 Mio. €, d -163,3 Mio. €, e 50,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	nderung in % p.a.	
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	+2,2	+3,7	+2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	+0,5	+1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	+2,7	+2,8	+2,9	22,6
1995	37,6	+0,2	49,9	3,2	7,9	+1,9	+1,7	+2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	+1,0	+1,3	+2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	+1,8	+1,9	+2,5	21,0
1998	37,9	+1,2	50,7	3,7	9,0	+2,0	+0,8	+1,2	21,1
1999	38,4	+1,4	50,9	3,4	8,2	+2,0	+0,7	+1,4	21,3
2000	39,1	+1,9	51,3	3,1	7,4	+3,2	+1,3	+2,6	21,5
2001	39,3	+0,4	51,5	3,2	7,5	+1,2	+0,8	+1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	+0,7	+1,2	17,9
2004	38,9	+0,4	52,1	4,2	9,7	+1,2	+0,8	+0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	+0,8	+0,9	+1,4	17,4
2006	39,1	+0,6	52,5	4,3	9,8	+3,4	+2,7	+3,1	18,2
2007	39,7	+1,7	52,6	3,6	8,3	+2,7	+1,0	+1,0	18,7
2008	40,3	+1,4	52,8	3,1	7,2	+1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	-0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	+0,5	53,0	2,9	6,8	+3,6	+3,1	+1,0	17,9
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	+0,6	+0,8	+1,3	18,8
2010/05	39,8	+0,8	52,7	3,6	8,4	+1,1	+0,3	+0,5	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\,{\</sup>rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			٧	/eränderung in % p.a	ı <b>.</b>		
1991							
1992	+7,3	+5,0	+3,2	+4,1	+4,1	+5,1	+6,3
1993	+2,9	+3,7	+2,0	+3,2	+3,4	+4,4	+3,8
1994	+5,1	+2,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,2
1995	+3,8	+1,9	+1,5	+1,5	+1,3	+1,7	+2,1
1996	+1,5	+0,5	-0,7	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-2,2	+0,9	+1,4	+1,9	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,6	+0,1	+0,5	+0,9	+0,1
1999	+2,4	+0,3	+0,5	+0,2	+0,3	+0,6	+0,5
2000	+2,5	-0,7	-4,8	+0,9	+0,9	+1,5	+0,7
2001	+2,5	+1,2	-0,1	+1,3	+1,7	+2,0	+0,6
2002	+1,4	+1,4	+2,1	+0,8	+1,1	+1,4	+0,6
2003	+1,0	+1,2	+1,0	+1,0	+1,5	+1,0	+0,8
2004	+2,2	+1,0	-0,3	+1,1	+1,4	+1,7	-0,5
2005	+1,4	+0,6	-1,4	+1,2	+1,4	+1,6	-0,8
2006	+3,8	+0,4	-1,4	+0,9	+1,1	+1,6	-1,7
2007	+4,6	+1,8	+0,5	+1,7	+1,9	+2,3	-0,2
2008	+2,0	+1,0	-1,2	+1,6	+1,8	+2,6	+2,4
2009	-3,4	+1,4	+4,0	+0,0	-0,0	+0,4	+5,7
2010	+4,2	+0,6	-2,2	+1,4	+1,9	+1,1	-1,1
2005/00	+1,7	+1,1	+0,2	+1,1	+1,4	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+1,0	-0,1	+1,1	+1,3	+1,6	+1,0

 $<sup>^{1}</sup> Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€	Anteile am BIP in %				
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5	
1992	+0,2	+0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1	
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1	
1994	+8,9	+8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6	
1995	+7,7	+6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3	
1996	+5,5	+3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7	
1997	+12,7	+11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4	
1998	+7,0	+6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7	
1999	+5,0	+7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2	
2000	+16,4	+18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3	
2001	+6,9	+1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0	
2002	+4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1	
2003	+0,7	+2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1	
2004	+10,2	+7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8	
2005	+8,5	+8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2	
2006	+14,5	+14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6	
2007	+8,1	+5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7	
2008	+3,2	+5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7	
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0	
2010	+17,1	+18,1	130,2	126,3	45,9	40,7	5,2	5,1	
2005/00	+6,0	+3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1	
2010/05	+4,5	+4,8	138,8	144,9	44,6	38,8	5,8	6,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>	
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	·	·	
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	1.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991				71,0	71,0			
1992	+6,5	+2,0	+8,3	72,2	72,5	+10,3	+4,2	
1993	+1,4	-1,1	+2,4	72,9	73,4	+4,3	+1,2	
1994	+4,1	+8,7	+2,5	71,7	72,4	+1,9	-2,4	
1995	+4,2	+5,6	+3,7	71,4	72,1	+3,1	-0,6	
1996	+1,5	+2,7	+1,0	71,0	71,7	+1,4	-1,1	
1997	+1,5	+4,1	+0,4	70,3	71,1	+0,1	-2,6	
1998	+1,9	+1,4	+2,1	70,4	71,3	+0,9	+0,6	
1999	+1,4	-1,4	+2,6	71,2	72,0	+1,4	+1,5	
2000	+2,5	-0,8	+3,8	72,2	72,9	+1,5	+1,2	
2001	+2,4	+3,7	+1,9	71,8	72,6	+1,8	+1,5	
2002	+1,0	+1,7	+0,7	71,6	72,5	+1,4	-0,2	
2003	+1,5	+4,4	+0,3	70,8	71,9	+1,2	-0,8	
2004	+4,5	+14,5	+0,4	68,0	69,4	+0,6	+1,0	
2005	+1,3	+5,5	-0,6	66,7	68,3	+0,3	-1,0	
2006	+5,0	+11,5	+1,7	64,6	66,2	+1,0	-1,2	
2007	+3,3	+4,3	+2,7	64,3	65,8	+1,6	-0,6	
2008	+1,8	-1,4	+3,6	65,4	66,8	+2,2	-0,4	
2009	-4,2	-12,6	+0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3	
2010	+6,1	+13,4	+2,8	66,3	67,6	+2,3	+1,6	
2005/00	+2,1	+5,9	+0,5	70,2	71,3	+1,1	+0,1	
2010/05	+2,3	+2,6	+2,2	65,9	67,4	+1,4	-0,2	

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>2</sup>
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial	Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5	
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8	
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7	
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1	
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6	
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8	
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9	
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6	
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3	
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6

 $<sup>^1</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	inigt <sup>1</sup>	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 531,7	+3,7	1217,5	+5,5		
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3		
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9		
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1		
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8		
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5		
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1		
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6		
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4		
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5		
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5		
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4		
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0		
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2		
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4		
2006	2 196,2	+3,4	2 3 2 6, 5	+3,8		
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6		
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0		
2009	2 169,3	-4,7	2 397,1	-3,4		
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2		
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5		
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5		
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0		
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0		
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0		

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$ 

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsb	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı	
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8	
983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9	
984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9	
985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34 108	+1,4	
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34763	+1,9	
987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4	
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4	
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9	
1990	54 518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2	
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8	
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5	
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3	
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37 516	-0,1	
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2	
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3	
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1	
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37 911	+1,2	
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4	
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9	
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4	
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6	
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9	
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4	
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1	
2006	54 746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6	
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7	
2008	54377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4	
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0	
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5	
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0	
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6	
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1	
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1	
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1	
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5	
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4	
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	/	Arbeitszeit je Erwerbstät	Arbeitslosigkeit			
Jahr		end		w. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen <sup>2</sup>	NAIRU³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 707	-0,9	1 706	-0,6	5,8	5,1
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,5
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,9
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,2
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,4
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,6
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,7
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,8
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,9
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,9
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,1
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,2
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,4
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,5
1996	1 521	-0,7	1518	-1,0	8,5	7,8
1997	1510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,0
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,2
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,3
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,5
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,6
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,7
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,7
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,7
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,6
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,4
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,1
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,7
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,3
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,9
2011	1 418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,4
2012	1 418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,9
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,4
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,0
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,5
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4	-,-	.,,0
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4		
2018	1 391	-0,4	1 389	-0,4		

 $<sup>^112.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$ 

 $<sup>{}^2\,</sup> Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abschreibungsquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4
1983	4502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4
1984	4 580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6
1989	4 9 9 7, 6	+2,1	331,2	+7,2	4,7
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7
1995	5 810,7	+2,3	392,5	-0,2	4,6
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0
2001	6 530,4	+1,8	426,3	-3,6	4,8
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0
2004	6 741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,1
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,1

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1	
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2	
1984	73,4	+2,0	76,4	76,4 +2,5		+3,9	
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0	
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3	
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5	
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2	
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6	
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2	
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0	
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4	
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4	
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5	
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8	
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0	
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4	
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1	
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6	
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8	
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9	
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7	
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3	
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4	
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6	
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7	
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7	
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6	
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3	
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8	
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0	
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2	
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4	
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4	
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,7	+2,2	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,0	+1,8	+2,0
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+2,4	+4,4	+3,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,3	-2,3	-4,2	-3,0	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,2	+0,7	+1,7
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,6	+1,8
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-0,2	+0,9	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,0	+1,1	+1,1	+1,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+0,5	+1,5	+2,2
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,7	+3,2	+2,8	+3,2
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,0	+3,7	+2,6	-2,1	+3,1	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,7	+1,5	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+1,7	+2,1
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,6	+1,3	-1,0	+0,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,1	+3,0	+3,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,1	+1,9	+2,6
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,0	+2,9	+2,9	+2,3
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,7	+1,5	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-4,9	-0,1	+2,6	+3,8
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,3	+1,9	+1,8
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,4	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+0,4	+2,8	+3,2
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,5	+3,9	+4,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,9	+1,5	+3,8
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,4	-5,1	+4,8	+3,3	+2,3
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,4	+2,3	+3,1
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,1	+2,8	+3,2
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-5,0	+1,8	+2,2	+2,5
EU	+2,5	+3,0	+2,5	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,7	+2,0
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-5,2	+3,5	+1,3	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,7	+2,1	+2,5

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger			
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,1	+1,8	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+1,9	+1,9
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+3,6	+2,3
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,6	+2,2	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+1,7	+1,5	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+1,6	+1,6
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,5	+0,4	+0,6
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+1,8	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,8	+3,3	+2,5
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+2,1	+1,6
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+1,9	+2,0	+2,3
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+1,0	+1,5	+1,6
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,1	+1,8
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+2,3	+1,3
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,2	+2,8
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,0	+2,2
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,6	+2,1	+1,8
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,5	+1,8	+1,7
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+2,9	+3,2	+3,1
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,1	+2,0
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,3	+1,1	+1,8
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+2,3	+2,8
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,6	+2,9	+3,0
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,5	+3,2
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,8	+1,4	+1,9
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+2,2
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+3,7
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,2	+2,6	+1,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,0	+2,1	+1,8
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,9	-0,7	+0,0
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+1,1	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	8,4	7,3	7,5	7,3	6,7	6,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,6	8,8	8,7
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	17,5	15,1	13,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,5	15,0	15,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,2	19,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,6	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	13,5	12,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,3	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,8	6,6	5,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	5,5	5,6	5,6
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,6	6,6	6,5
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,4	4,3
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,0
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	10,5	11,1	11,2
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,5	14,2	13,4
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,2	7,2	6,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,3	7,8	7,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	7,5	7,5	9,5	10,1	10,0	9,6
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	9,8	9,1	8,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	6,9	6,3	5,8
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	19,3	17,7	16,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	16,9	15,1
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,5	9,2	8,5
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,5	7,4	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,6	6,1	6,2	8,3	8,3	8,0	7,5
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	7,0	6,7
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,1	11,0	10,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	7,9	7,8
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,2	7,2	7,0	8,9	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	9,4	9,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

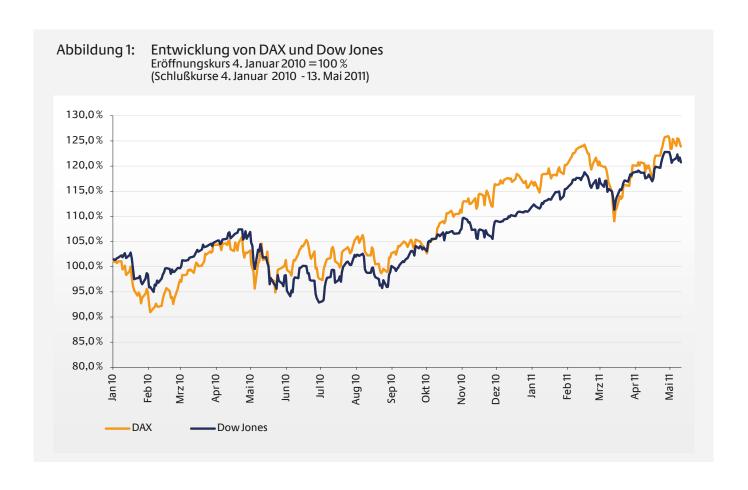
KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.



# 

T 1 11 47	Ubersicht Weltfinanz	
	I IDArcicht Walttinanz	markta
	THE SICILIAN VICINIAN	11141KIC

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.05.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	12 596	11 578	+8,8	9 686	12811
Eurostoxx 50	2 895	2 793	+3,6	2 489	3 068
Dax	7 403	6914	+7,1	5 434	7 528
CAC 40	4019	3 805	+5,6	3 331	4 157
Nikkei	9 649	10 229	-5,7	8 605	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.05.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	3,21	3,32	-	2,40	4,03
Deutschland	3,13	2,95	-0,1	2,11	3,49
Japan	1,13	1,13	-2,1	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	3,42	3,45	+0,2	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.05.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,43	1,34	+6,9	1,19	1,49
Yen/Dollar	80,75	81,52	-1,0	73,47	94,65
Yen/Euro	115,32	108,65	+6,1	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,88	0,86	+2,0	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	BIP (real) 2009 2010 2011 2012					Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	3,6	2,4	2,0	0,2	1,2	2,2	2,0	7,5	7,3	6,7	6,3
OECD	-4,7	3,5	2,5	2,2	0,2	1,0	1,2	1,4	7,4	6,9	6,3	6,2
IWF	-4,7	3,5	2,5	2,1	0,2	1,2	2,2	1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	2,7	2,1	2,5	-0,4	1,6	1,1	1,5	9,3	9,6	9,4	9,0
OECD	-2,6	2,7	2,2	3,1	-0,3	1,6	1,1	1,1	9,3	9,7	9,5	8,7
IWF	-2,6	2,8	2,8	2,9	-0,3	1,6	2,2	1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-5,2	3,5	1,3	1,7	-1,4	-0,9	-0,7	0,0	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-5,2	3,7	1,7	1,3	-1,4	-0,9	-0,8	-0,5	5,1	5,1	4,9	4,5
IWF	-6,3	3,9	1,4	2,1	-1,4	-0,7	0,2	0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	1,6	1,7	1,8	0,1	1,7	2,0	1,6	9,5	9,6	9,5	9,2
OECD	-2,5	1,6	1,6	2,0	0,1	1,6	1,1	1,1	9,1	9,3	9,1	8,8
IWF	-2,5	1,5	1,6	1,8	0,1	1,7	2,1	1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,0	1,1	1,1	1,4	0,8	1,6	2,2	1,9	7,8	8,4	8,3	8,2
OECD	-5,1	1,0	1,3	1,6	0,8	1,5	1,4	1,4	7,8	8,6	8,5	8,3
IWF	-5,2	1,3	1,1	1,3	0,8	1,6	2,0	2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	1,4	2,0	2,5	2,2	3,3	3,4	1,4	7,6	7,8	7,9	7,8
OECD	-5,0	1,8	1,7	2,0	2,2	3,1	2,6	1,6	7,6	7,9	7,8	7,6
IWF	-4,9	1,3	1,7	2,3	2,1	3,3	4,2	2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	3,0	2,3	3,0	0,3	1,6	1,7	1,5	8,3	8,1	7,8	7,4
IWF	-2,5	3,1	2,8	2,6	0,3	1,8	2,2	1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	1,7	1,6	1,8	0,3	1,6	2,2	1,7	9,5	10,1	10,0	9,6
OECD	-4,1	1,7	1,7	2,0	0,3	1,5	1,3	1,2	9,3	9,9	9,6	9,2
IWF	-4,1	1,7	1,6	1,8	0,3	1,6	2,3	1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	1,7	1,7	1,8	-	1,6	2,3	1,7	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	1,8	1,8	2,0	1,0	2,1	2,5	1,8	8,9	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	1,8	1,8	2,1	-	-	-	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

EU-KOM: Interimsprognose, März 2011 (nur für BIP & Preise in 2010 & 2011, hier nur für DE, FR, IT, UK, Eurozone u. EU27)

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011.

EZB: ECB. Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; March 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	2,0	1,8	2,0	0,0	2,3	1,9	1,9	7,9	8,6	8,8	8,7
OECD	-2,7	2,1	1,8	1,8	0,0	2,1	1,6	1,8	7,9	8,6	8,8	8,7
IWF	-2,7	2,0	1,7	1,9	0,0	2,3	2,9	2,3	8,0	8,4	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	-13,9	2,4	4,4	3,5	0,2	2,7	3,6	2,3	13,8	17,5	15,1	13,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-13,9	3,1	3,3	3,7	-0,1	2,9	4,7	2,1	13,8	16,9	14,8	12,8
Finnland												
EU-KOM	-8,0	2,9	2,9	2,3	1,6	1,4	2,1	1,8	8,2	8,3	7,8	7,2
OECD	-8,1	2,7	3,0	3,0	1,6	1,4	1,8	2,0	8,3	8,6	8,2	8,0
IWF	-8,2	3,1	3,1	2,5	1,6	1,7	3,0	2,1	8,3	8,4	8,0	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-2,3	-4,2	-3,0	1,1	1,3	4,6	2,2	0,5	9,5	12,5	15,0	15,2
OECD	-2,3	-3,9	-2,7	0,5	1,3	4,7	2,5	0,7	9,5	12,2	14,5	15,2
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	1,1	1,4	4,7	2,5	0,5	9,4	12,5	14,8	15,0
Irland												
EU-KOM	-7,6	-0,2	0,9	1,9	-1,7	-1,5	0,4	0,6	11,9	13,7	13,5	12,7
OECD	-7,6	-0,3	1,5	2,5	-1,7	-1,6	0,9	1,2	11,7	13,6	13,6	12,6
IWF	-7,6	-1,0	0,5	1,9	-1,7	-1,6	0,5	0,5	11,8	13,6	14,5	13,3
Luxemburg												
EU-KOM	-3,7	3,2	2,8	3,2	0,0	2,8	2,1	1,6	5,1	5,5	5,6	5,6
OECD	-3,7	3,3	3,3	3,2	0,0	2,6	1,8	2,2	5,7	6,0	5,9	5,8
IWF	-3,7	3,4	3,0	3,1	0,4	2,3	3,5	1,7	5,8	6,1	5,9	5,8
Malta												
EU-KOM	-2,1	3,1	2,0	2,2	1,8	1,9	2,0	2,3	7,0	6,6	6,6	6,5
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	3,6	2,5	2,2	1,8	2,0	3,0	2,6	7,0	6,5	6,5	6,4
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	1,7	1,7	1,7	1,0	0,9	1,7	1,6	3,7	4,5	4,4	4,3
OECD	-3,9	1,7	1,7	1,8	1,0	0,8	1,4	1,4	3,4	4,1	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,7	1,5	1,5	1,0	0,9	2,3	2,2	3,4	4,5	4,4	4,4
Österreich												
EU-KOM	-3,9	2,0	1,7	2,1	0,4	1,7	2,1	1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
OECD	-3,8	2,0	2,0	2,0	0,4	1,6	1,8	1,9	4,8	4,5	4,4	4,3
IWF	-3,9	2,0	2,4	2,3	0,4	1,7	2,5	2,0	4,8	4,4	4,3	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,6	1,3	-1,0	0,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,6	10,5	11,1	11,2
OECD	-2,5	1,5	-0,2	1,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,5	10,7	11,4	11,1
IWF	-2,5	1,4	-1,5	-0,5	-0,9	1,4	2,4	1,4	9,6	11,0	11,9	12,4
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	4,1	3,0	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8	12,0	14,5	14,2	13,4
OECD	-4,7	4,1	3,5	4,4	0,9	0,8	3,4	2,9	12,1	14,1	13,4	12,5
IWF	-4,8	4,0	3,8	4,2	0,9	0,7	3,4	2,7	12,1	14,4	13,3	12,1
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	1,1	1,9	2,4	0,9	2,1	2,0	2,2	5,9	7,2	7,2	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-8,1	1,2	2,0	2,4	0,9	1,8	2,2	3,1	5,9	7,2	7,5	7,2
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,1	0,8	1,7	-0,2	1,8	2,4	1,4	18,0	20,1	20,2	19,2
OECD	-3,7	-0,2	0,9	1,8	-0,2	1,5	0,9	0,3	18,0	19,8	19,1	17,4
IWF	-3,7	-0,1	0,8	1,6	-0,2	2,0	2,6	1,5	18,0	20,1	19,4	18,2
Zypern												
EU-KOM	-1,7	0,5	1,5	2,2	0,2	2,8	3,3	2,5	5,3	6,8	6,6	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	1,0	1,7	2,2	0,2	2,6	3,9	2,8	5,3	6,8	6,5	6,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

EU-KOM: Interimsprognose, März 2011 (nur für BIP & Preise in 2010 & 2011, hier nur für NL u. ES).

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,9	-0,1	2,6	3,8	2,5	2,9	3,2	3,1	6,8	9,8	9,1	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	0,2	3,0	3,5	2,5	3,0	4,8	3,7	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	2,3	1,9	1,8	1,1	2,2	2,1	2,0	6,0	6,9	6,3	5,8
OECD	-4,7	2,2	1,6	2,1	1,3	2,3	1,4	1,5	5,9	7,2	7,2	6,5
IWF	-5,2	2,1	2,0	2,0	1,3	2,3	2,0	2,0	3,6	4,2	4,5	4,4
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,4	3,3	4,0	3,3	-1,3	1,1	1,8	17,1	19,3	17,7	16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-0,3	3,3	4,0	3,3	-1,2	3,0	1,7	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	-14,7	0,4	2,8	3,2	4,2	1,2	2,3	2,8	13,7	17,8	16,9	15,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,7	1,3	4,6	3,8	4,4	1,2	3,1	2,9	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	1,7	3,8	4,1	4,2	4,0	2,7	3,3	3,0	8,2	9,5	9,2	8,5
OECD	1,7	3,5	4,0	4,3	3,8	2,4	2,5	3,1	8,2	9,6	8,9	7,8
IWF	1,7	3,8	3,8	3,6	3,5	2,6	4,1	2,9	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,9	1,5	3,8	5,6	6,1	5,5	3,2	6,9	7,5	7,4	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,3	1,5	4,4	5,6	6,1	6,1	3,4	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-5,1	4,8	3,3	2,3	1,9	1,8	1,4	1,9	8,3	8,3	8,0	7,5
OECD	-5,1	4,4	3,3	3,4	-0,3	1,1	1,5	2,3	8,3	8,4	8,0	7,5
IWF	-5,3	5,5	3,8	3,5	2,0	1,9	2,0	2,0	8,3	8,4	7,4	6,6
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	2,4	2,3	3,1	0,6	1,2	2,1	2,2	6,7	7,3	7,0	6,7
OECD	-4,0	2,4	2,8	3,2	1,0	1,6	1,9	1,7	6,7	7,5	7,1	6,8
IWF	-4,1	2,3	1,7	2,9	1,0	1,5	2,0	2,0	6,7	7,3	7,1	6,9
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	1,1	2,8	3,2	4,0	4,7	3,9	3,7	10,0	11,1	11,0	10,3
OECD	-6,7	1,1	2,5	3,1	4,2	4,9	2,9	3,1	10,1	11,3	11,7	11,0
IWF	-6,7	1,2	2,8	2,8	4,2	4,9	4,1	3,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

EU-KOM: Interimsprognose, März 2011 (nur für BIP & Preise in 2010 & 2011, hier nur für PL)

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8	73,4	75,7	75,9	75,2	5,0	4,8	4,6	4,3
OECD	-3,0	-4,0	-2,9	-2,1	73,5	76,9	78,3	79,0	4,9	5,1	5,9	7,0
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6
USA												
EU-KOM	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9	84,7	92,2	98,4	102,1	-2,7	-3,4	-4,0	-4,2
OECD	-11,3	-10,5	-8,8	-6,8	84,4	92,8	98,5	101,4	-2,7	-3,4	-3,7	-3,7
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3	188,9	192,3	195,9	199,0	3,5	3,8	3,7	3,7
OECD	-7,1	-7,7	-7,5	-7,3	192,8	198,4	204,2	210,2	2,8	3,4	3,7	3,7
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3
Frankreich												
EU-KOM	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8	78,1	83,0	86,8	89,8	-2,9	-3,3	-3,4	-3,5
OECD	-7,6	-7,4	-6,1	-4,8	78,1	83,2	88,0	91,0	-1,9	-2,2	-2,3	-2,4
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7
Italien												
EU-KOM	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5	116,0	118,9	120,2	119,9	-3,2	-3,2	-2,7	-2,4
OECD	-5,2	-5,0	-3,9	-3,1	116,0	119,5	120,9	121,2	-3,2	-3,3	-2,8	-2,3
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4	68,2	77,8	83,5	86,6	-1,3	-2,2	-1,5	-0,2
OECD	-11,0	-9,6	-8,1	-6,5	68,2	77,1	84,3	90,3	-1,3	-2,2	-1,6	-1,2
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,5	-4,9	-3,4	-2,1	83,4	84,4	85,5	87,0	-2,8	-2,7	-2,8	-2,1
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6
Euroraum												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9	79,1	84,1	86,5	87,8	-0,7	-0,5	0,0	0,1
OECD	-6,2	-6,3	-4,6	-3,5	79,0	84,3	87,4	88,9	-0,4	-0,2	0,3	0,9
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,2	0,1	0,0	0,0
EU-27												
EU-KOM	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2	74,0	79,1	81,8	83,3	-0,6	-0,5	-0,1	0,1
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD: Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.}$ 

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011.$ 

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsaldo	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7	96,2	98,6	100,5	102,1	2,0	1,7	2,0	2,0
OECD	-6,1	-4,9	-4,5	-3,6	96,3	98,4	100,2	101,0	0,8	1,0	1,0	1,1
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2
Estland												
EU-KOM	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7	7,2	8,0	9,5	11,7	4,5	4,1	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,1	8,1	7,8		4,5	3,6	3,3	3,1
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2	43,8	49,0	51,1	53,0	1,3	1,3	1,6	1,4
OECD	-2,7	-3,3	-1,7	-0,7	43,8	49,5	53,8	56,9	2,7	1,5	1,7	2,0
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-	-		2,3	3,1	2,8	2,6
Griechenland												
EU-KOM	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6	126,8	140,2	150,2	156,0	-14,0	-10,6	-8,0	-6,5
OECD	-13,7	-8,3	-7,6	-6,5	116,9	125,9	133,5	138,9	-11,4	-10,5	-7,5	-5,9
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1
Irland												
EU-KOM	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1	65,5	97,4	107,0	114,3	-3,1	-1,1	1,5	2,7
OECD	-14,2	-32,3	-9,5	-7,4	65,5	97,4	105,0	108,0	-3,0	-0,3	0,7	3,2
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6
Luxemburg												
EU-KOM	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2	14,5	18,2	19,6	20,9	6,7	8,4	9,4	9,9
OECD	-0,7	-2,2	-1,2	-0,3	14,5	17,7	22,5	24,7	6,7	7,8	5,1	5,7
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7
Malta												
EU-KOM	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3	68,6	70,4	70,8	70,9	-6,1	-3,9	-2,9	-2,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3
Niederlande												
EU-KOM	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8	60,8	64,8	66,6	67,3	3,4	5,2	6,8	7,9
OECD	-5,4	-5,8	-4,0	-3,1	60,8	65,9	68,9	70,9	4,6	5,3	6,2	6,7
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2
Österreich												
EU-KOM	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3	67,5	70,4	72,0	73,3	2,6	3,0	3,5	4,1
OECD	-3,5	-4,4	-3,4	-3,0	67,7	71,0	73,0	74,7	2,7	2,6	3,1	3,8
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9	-	-	-		2,9	3,2	3,1	3,1

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1	76,1	82,8	88,8	92,4	-10,4	-10,7	-8,0	-6,7
OECD	-9,4	-7,3	-5,0	-4,4	76,1	82,7	88,5	90,3	-10,3	-10,3	-8,8	-8,0
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5
Slowakei												
EU-KOM	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0	35,4	42,1	45,1	47,4	-3,4	-2,9	-1,9	-1,7
OECD	-7,9	-8,0	-5,2	-4,0	35,3	42,6	46,6	48,8	-3,2	-3,1	-0,9	-0,3
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	-	-	-	-	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7
Slowenien												
EU-KOM	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7	35,4	40,7	44,8	47,6	-1,3	-0,7	-0,6	-0,8
OECD	-5,8	-5,7	-4,7	-3,9	35,4	38,0	39,8	40,8	-	-	-	-
IWF	-5,5	-5,2	-4,8	-4,3	-	-	-	-	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5	53,2	64,4	69,7	73,0	-5,5	-4,8	-3,8	-3,6
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	53,2	62,9	68,9	70,3	-5,5	-5,5	-5,2	-4,9
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7	58,0	62,2	65,2	68,4	-8,5	-6,1	-5,7	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD: Wirtschaftsausblick,\ Dezember\ 2010.}$ 

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8	14,7	18,2	20,2	20,8	-8,4	-3,3	-2,5	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-4,9	-4,2	-	-	-	-	-	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5	41,5	44,9	47,5	49,2	3,6	4,5	4,2	4,0
OECD	-2,8	-4,6	-3,9	-2,8	41,4	43,3	44,8	47,6	3,6	4,4	4,4	4,8
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3	36,7	45,7	51,9	56,6	8,6	3,9	-0,5	-2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9	29,5	37,4	42,8	48,3	2,6	2,6	1,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0	50,9	55,5	57,2	59,6	-1,9	-2,7	-3,3	-3,7
OECD	-6,8	-7,9	-6,7	-4,8	51,0	54,8	57,9	58,7	-2,2	-2,4	-3,2	-3,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5	23,9	30,4	33,4	34,1	-4,5	-5,5	-5,6	-6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,9	-0,9	-0,1	1,0	41,9	39,9	38,9	37,5	7,3	6,6	6,5	6,1
OECD	-1,2	-1,2	-0,6	0,6	41,9	41,2	38,8	35,1	7,4	6,8	6,8	7,3
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2	35,3	40,0	43,1	45,2	-1,2	-1,9	-1,5	-1,1
OECD	-5,8	-5,2	-4,2	-3,4	35,3	41,7	45,1	47,7	-1,0	-1,9	-0,8	-0,7
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	-	-	-	-	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2	78,4	78,5	80,1	81,6	-0,4	0,8	0,4	-0,4
OECD	-4,4	-4,2	-3,1	-2,9	78,4	82,1	83,3	83,1	0,3	-0,3	-1,1	-1,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010. OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010. IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Mai 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X